Die burschenschaftliche Bewegung an der Universität Landshut-München in den Jahren 1815–1833.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

philosophischen Fakultät (I. Sektion)

der K. Ludwig-Maximilians-Universität zu München

vorgelegt von

Philipp Wehner.

München 1917

Kgl. Hofbuchdruckerei Kastner & Callwey.

Die burschenschaftliche Bewegung an der Universität Landshut-München in den Jahren 1815–1833.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

philosophischen Fakultät (I. Sektion)

der K. Ludwig-Maximilians-Universität zu München

vorgelegt von

Philipp Wehner.

München 1917

Kgl. Hofbuchdruckerei Kastner & Callwey.

Eingereicht am 23. Dezember 1915.
Mit Benützung eines Gutachtens des Herrn Prof. Dr. Bitterauf genehmigt auf Antrag des Herrn k. Geh. Rats Prof. Dr. v. Riezler.
Tag der mündlichen Prüfung: 26. Februar 1916.

I.
Entstehung und Geschichte der burschenschaftlichen Bewegung bis zum Jahr 1831.

Im Universitätsleben, in den studentischen Sitten und Gepflogenheiten der einzelnen Zeitabschnitte spiegeln sich immer die gerade herrschenden allgemeinen Volkszustände wieder. Aus allen Gauen, aus allen Klassen und Schichten Deutschlands strömen die Hörer an den Hochschulen zusammen, bilden dort ein gemeinsames Gemenge. Ansichten und Gefühle aller Richtungen kommen zusammen, vereinigen sich, stoßen sich oder schleifen sich ab. Die Lehrer entziehen sich diesem Einflusse nicht. Sie lehren nicht nur abstrakte Wissenschaft und allgemeine Geisteskultur, sie suchen auch auf die Charakterbildung ihrer Hörer einzuwirken, sind dabei aber wiederum den Strömungen und Ansichten ihrer Zeit unterworfen.

Die Wende des achtzehnten zum neunzehnten Jahrhundert, besonders die Zeit vor und nach den Befreiungskriegen, hat eine derartige Umwälzung im Volksleben mit sich gebracht, daß es uns nicht wundern darf, auch im Universitätsleben Neuerscheinungen zu finden. Zu diesen Neuerscheinungen gehört auch die Burschenschaft; und auch sie ist entstanden als Ausfluß einer großen Volksstimmung, sie ist nicht das Werk der Ideen einzelner. Neugestaltung der studentischen Gesellschaftsformen, Sammlung der akademischen Jugend zu einer Einheit als Vorbild und Vorstufe des geeinten Deutschland waren die Grundgedanken der Burschenschaft.

Diese Forderungen entstanden nicht auf einmal. Durch die Philosophie eines Thomasius und eines Wolf, durch den Aufschwung der deutschen Literatur, durch die Eindrücke der französischen Revolution waren Vorarbeiten geschaffen. Die Zeit des größten nationalen Tiefstandes, der schmachvolle Friede zu Luneville, der hoffnungslose Zusammensturz Österreichs, besonders aber die Demütigung Preußens, erweckten ungeahnte Kräfte.

In den Werken Schillers und Arndts suchte und fand man den Zündstoff der Begeisterung, die Worte eines Fichte, eines

Jahn, eines Schleiermacher blieben nicht ungehört, die Tätigkeit des Tugendbundes und des deutschen Bundes nicht erfolglos.

Der deutsche Bund wollte die akademische Jugend der deutschen Sache dienstbar machen, Frießen und Jahn verfaßten im Jahre 1812[1]) den ersten Entwurf zur Gestaltung einer Burschenschaft, d. h. zur Sammlung aller Studierenden zu einer Einheit mit dem Ziele eines gemeinsamen deutschen Vaterlandes.

Die Stürme des Befreiungskrieges unterbrachen diese Bestrebungen, pflanzten sie aber um so tiefer in alle deutsche Herzen. Das Land wurde vom Feinde gesäubert, der Rhein wurde wieder deutsche Grenze, wo aber blieb das deutsche Reich, wo blieben die landständischen Verfassungen? Enttäuschung, Mißmut und Hoffnungslosigkeit waren die Folgen.

Aber die Jugend wollte das Deutschland, für das sie Blut und Leben gegeben, nicht mehr missen. Sie glaubte, nicht nur ein paar Streifen toten Landes gewonnen, nicht nur die Befreiung von drückender Herrschaft erkämpft zu haben, die höchste Errungenschaft war für sie das geeinte Volk, das politisch geeinte Vaterland.

Die Studenten kehrten älter, gereifter, sittlich gekräftigt zu den Hochschulen zurück. Was sie dort fanden, sahen sie nun mit anderen Augen, die Sitten veraltet, die Formen unsinnig und unzweckmäßig, sie fanden kindische Tätigkeit, kindische Ehre und kindische Tapferkeit. Vor allem empfanden sie das Undeutsche der Landsmannschaften. Gegen diese wurde an erster Stelle Krieg geführt.

Nicht an allen Universitäten waren die Verhältnisse so günstig wie in Jena,[2]) wo viele Lützower, mit den Jahnschen Ideen schon während des Krieges vertraut geworden, hinzogen, wo unter den vier bestehenden Landsmannschaften drei der neuen Richtung zugetan waren, wo die Neuerer einen wirksamen Rückhalt an den deutschgesinnten Professoren Luden, Oken, Fries und Kieser fanden. Dort wurde am 12. Juni 1815 die erste allgemeine Burschenschaft unter Auflösung der bestehenden Landsmannschaften gegründet. Ihre allgemeinen Ziele hat sie in ihrer Verfassungsurkunde folgendermaßen klargelegt:[3])

Abkürzungen: Berliner Geheimes Staatsarchiv = B.G.St.A.
Allgemeines Reichsarchiv München = A.R.A.M.
Kreisarchiv München = K.A.M.
Universitätsarchiv München = U.A.M.
Burschenschaftliche Blätter = B.Bl.
Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burschenschaft u. der deutsch. Einheitsbewegung = Qu. u. D.

[1]) Spezialbericht XXI der Mainzer Untersuchungskommission (über die Burschenschaften) § e ff.

[2]) Robert und Richard Keil, Die Gründung der deutschen Burschenschaft in Jena. 2. Auflage. Jena 1883.

[3]) Qu. u. D. I, 122 ff.

„Lange Zeit wurden durch die Studierenden auf deutschen Universitäten und durch deren Verbindungen die Eigentümlichkeiten der einzelnen deutschen Stämme und die Liebe zu den einzelnen deutschen Stämmen bewahrt, aber eben dadurch gewöhnte man sich nach und nach daran, das gemeinsame Vaterland aus den Augen zu verlieren und sich selbst nur als einen Teil eines bestimmten Volksstammes zu denken. Zwar hat die Natur uns Deutsche in einzelne Stämme geteilt; heilig sei uns ihr Werk! Aber sichtbar muß auf Universitäten das Volksgefühl in einer eigenen Bildung hervortreten, damit wir uns stets des gemeinsamen Vaterlandes erinnern und stets in der allgemeinen Volkstümlichkeit fortstreben mögen. Auf deutschen Universitäten können und dürfen daher solche Verbindungen nie geduldet werden; denn durch sie wird gerade das vernichtet, was erstrebt werden soll, und statt die einzelnen der verschiedenen deutschen Stämme einander näher zu bringen, werden sie vielmehr auseinander gezogen, jeder hält sich zu den Seinigen und steht den übrigen, wenn auch gerade nicht feindselig, doch fremd gegenüber. In einem Zeitpunkt, wo sich der Deutsche dem Deutschen überall nähert, wo nur ein Geist alle Deutschen beleben und ganz Deutschland überströmen soll, wäre es eine Schande, wenn gerade auf Universitäten, von denen doch alles Bessere ausgehen und sich über das gemeinsame Vaterland verbreiten sollte, wenn auf diesen dieser schöne Geist erstarren und Kleinländereien und Erbärmlichkeiten weichen sollte, die doch nur in dem Getrenntsein der verwandten deutschen Stämme ihren Ursprung und ihre Rechtfertigung finden konnten.

Daher soll und darf auf deutschen Universitäten nur eine Einheit bestehen, alle Studierenden müssen zu einer Verbindung gehören, alle müssen Mitglieder einer Burschenschaft werden.

Nur in der edlen Liebe, nur in dem großen Gedanken an ein gemeinschaftliches, allumfassendes Vaterland, an den gemeinsamen deutschen Vaterherd kann sich der Deutsche groß und zu jeder Heldentat entschlossen fühlen; denn der Gedanke eines Brüdervolkes, in dem sich alle einzelnen Stämme vereinen, das lebendige Bewußtsein, Kinder des einen großen mütterlichen Landes zu sein, umschlungen von den Banden des einen germanischen Volkes, erhebt zu jenen gewaltigen Empfindungen des wahren Gemeingeistes und Volkssinnes, welche die Wunder der Vaterlandsliebe in der Geschichte verrichten lassen.

Erhoben von dem Gedanken an ein gemeinsames Vaterland, durchdrungen von der heiligen Pflicht, die dem Deutschen obliegt, auf Belebung deutscher Art und deutschen Sinnes hinzuwirken, hiedurch deutsche Kraft und Zucht zu erwecken, mithin die vorige Ehre und Herrlichkeit unseres Volkes wieder fest zu gründen und so es für immer gegen die schrecklichste aller Ge-

fahren, gegen fremde Unterjochung und Despotenzwang zu schützen, ist ein Teil der Studierenden in Jena, an untergesetztem Tage zusammengetreten und hat sich beredet, eine Verbindung unter dem Namen einer Burschenschaft zu gründen."

Durch sittliche Reinheit, durch körperliche Übungen, durch Ausbildung wissenschaftlichen Sinnes und männlich starken Charakters wollte die Burschenschaft ihre Mitglieder zu dem künftigen Beruf des Staatsbürgers erziehen. Gegenüber der oligarchischen Verfassung der Landsmannschaften führte sie eine demokratische ein. Die ganze Gemeinde der Burschenschaft hatte die gesetzgebende und beschlußfassende Gewalt. Diese Verfassung war nicht durch politisch-revolutionäre Erwägungen entstanden, glich sie doch den späterhin eifrig angestrebten demokratisch-konstitutionellen Verfassungen, sondern war nach Heinrich Leo[4]) ein Ausfluß der damals auf den deutschen Kathedern herrschenden politischen Theorien. Ebensowenig erfolgte der große Zulauf Burschenschaft nur aus politischen Erwägungen, sondern vielfach aus Freude, gegen die drückenden Gesetze der Landsmannschaften losziehen zu können. Zur richtigen Beurteilung der Burschenschaft muß man ferner den großen Einfluß der Romantik in jener Zeit kennen, mit den vielen Zügen christlich-germanischer Mystik, gesteigert durch die übertriebene Religiosität, die sich während der Befreiungskriege breit machte. Durch wunderlich gespreiztes Cheruskertum, durch lange Haartracht, durch den deutschen Rock kam diese in der jungen Burschenschaft nach außen hin zum Ausdruck.

Ähnlich wie in Jena waren fast an allen deutschen Hochschulen die Gesinnungen der Studierenden, und fast überall entstanden in den nächsten Jahren Burschenschaften, so in Halle, Heidelberg, Gießen, Göttingen, Leipzig, Marburg, Tübingen, Erlangen und Würzburg. Jena wurde zwar ab und zu um Rat gefragt, ein festerer Zusammenhang fehlte aber noch.

Die studentischen Reformen wurden von der Burschenschaft in den nächsten Jahren unter dem hartnäckigen Widerstand der Landsmannschaften durchgeführt. Die Absicht der Burschenschaft, den Pennalismus in seinen letzten rohen Resten zu brechen, ein neues Studententum auf den Grundlagen des Deutschtums und des Christentums zu gründen, hatte mit Politik nichts zu tun. Politische Strömungen wurden ihr erst von außen her zugetragen.

So entstand der Gedanke, die dreihundertjährige Wiederkehr der Reformation in Verbindung mit der Erinnerung an die Leipziger Völkerschlacht am 18. Oktober 1817 festlich zu

---

[4]) Heinrich Leo, Meine Jugendzeit, Gotha 1880, S. 147.

begehen, nicht im Schoße der Burschenschaft,[5]) ebensowenig der Gedanke das Fest mit jener Bücherverbrennung zu verbinden, die so verhängnisvoll werden sollte. Beides ging von dem politisch hochgespannten Jahnschen Kreise in Berlin aus.

Eine solche Feier entsprach aber den christlich vaterländischen Ideen der Burschenschaft, wurde daher sofort angenommen und die Einladungen aller deutschen Universitäten besorgt. Wegen der Bücherverbrennung schrieb der Vorstand nach Berlin zurück:[6]) „Dergleichen liege gänzlich außer seiner und des Festes Aufgabe." Es erscheint nach allem glaubhaft, daß nur wenige von der Sache wußten und, als am 18. abends die Verbrennung stattfand, diese auch das Werk weniger war. Leo meint daher mit Recht:[7]) „es ist schade, daß der Vorstand der Burschenschaft nicht energisch nach dem Feste gegen diesen Teil der Festfeier protestierte und ihn als Unternehmung einzelner darstellte."

Nach dem Feste, am 18. Oktober, fanden auf der Wartburg noch Besprechungen zur Gründung eines Verbandes aller Burschenschaften statt, die zur Abmachung führten, im kommenden Frühjahr (Ostern 1818) wieder zusammenzukommen; einstweilen sollte eine Burschenzeitung erscheinen.

Der burschenschaftliche Gedanke hatte durch die Wartburgfeier weitere Verbreitung und Beachtung gefunden, derzufolge neue Burschenschaften entstanden, die Anhängerschaft der alten wuchs.

Die Verfasser der verbrannten Bücher, darunter von Kamptz, Schmalz und Kotzebue, stempelten das Wartburgfest zu einer politischen Kundgebung. Daß sie dabei bei König Friedrich Wilhelm III. so viel Glauben fanden, führte Riemann[8]) in seinen Erinnerungen auf eine der Kronprinzessin in Halle durch Studenten zugefügte Beleidigung und auf abfällige Äußerungen von Offizieren des Colberger (2. pommerschen) Regiments zurück, die, während des Festes durch Jena gezogen, von einigen Studenten gekränkt worden waren und dies bei einer kurz darauf in Berlin stattgehabten Audienz mitteilten. Kurz, das Wartburgfest erregte allgemeine Beachtung, wurde von den Männern der Reaktion als „eines der furchtbarsten und drohendsten Zeichen der Zeit"[9]) betitelt. Der weimarische Staatsminister von Fritsch und, im Auftrage des Wiener Hofes, Graf Zichy untersuchten im Dezember 1817 die Zustände in Jena, konnten aber nichts Nachteiliges finden. Ihre Berichte über die Burschenschaft stellen dieser das beste Zeugnis aus.

---

[5]) Das. S. 150.
[6]) Das. S. 152.
[7]) Das. S. 152.
[8]) Robert und Richard Keil, Die burschenschaftlichen Wartburgfeste von 1817 und 1867, S. 58—62.
[9]) Robert und Richard Keil, Die Gründung usw., S. 101.

Im Frühjahr und Oktober 1818 kamen Abgesandte der Burschenschaften von vierzehn Universitäten in Jena zusammen, beschlossen die Gründung einer allgemeinen deutschen Burschenschaft und legten allgemein gültige Leitsätze und Satzungen fest. Versuche der Burschenschaft politische Färbung zu geben, wurden abgewiesen, „politische Parteiagitation als außer dem Bereich einer studentischen Gesamtheit liegend“ [10]) bezeichnet; man wollte auf die Errichtung des Deutschen Reiches hinarbeiten nicht mit politischen Mitteln, nicht als Werkzeug einer Partei.

Von einschneidender Bedeutung für die junge Burschenschaft war die Ausbreitung der sog. „Gießener Schwarzen“ von dort nach Jena. In Gießen war dieser Bund von den Gebrüdern Adolf und Karl Follenius im Jahre 1815 gegründet worden und bildete eine Nachbildung des im Sommer 1814 entstandenen von Justizrat Hoffmann gestifteten Wetterauer Vereins. In diesem hatte eine doktrinär revolutionäre Gruppe unter Führung des Konrektor Weidig die anfangs auf ähnlichem Boden wie der Tugendbund stehenden Grundsätze nach ihren Köpfen umzuändern versucht, war daran durch die Auflösung des Vereins gehindert worden und hatte in den Gebrüdern Follenius begeisterte Anhänger ihrer umstürzlerischen Ideen gefunden. Weidig stellte sein Programm folgendermaßen auf: [11]) „Alle Menschen seien vor Gott gleichberechtigt; da nun aber unser ganzes Leben und in allen Richtungen von der aus dem Egoismus und der Sünde geborenen Ungleichheit beherrscht werde, so sei unser ganzes Leben auch nur ein großer Sündenpfuhl, und es gäbe nichts Berechtigtes, als was aus diesem Sündenpfuhl hinausführe; jede einzelne Sünde sei berechtigt, wenn sie aus diesem Sündenpfuhl hinauszuführen verspreche und deshalb jedes Mittel gleichgültig, wenn es nur den Zweck habe, mit dieser Sünde der Ungleichheit, diesem Grundpfeiler aller übrigen Sünden, aufzuräumen; keine Obrigkeit sei rechtmäßig, die diesen Sündenpfuhl der Ungleichheit schütze und jeder Führer sei als Obrigkeit berechtigt, der den Weg aus diesem Sündenpfuhl hinauszeige.“

Im Winter 1817/1818 waren schon einige dieser Gesellschaft von Gießen nach Jena gekommen und hatten versucht in der Burschenschaft Anhänger zu gewinnen. Mit der Übersiedelung des Karl Follenius als Privatdozent nach Jena erhielt diese Agitation ein Haupt und einen Mittelpunkt. Obwohl die Mehrzahl der Burschenschaft sich gegen die krankhaften und verschraubten Ideen wandte, gelang es doch durch schlaue Ausnutzung der Verhältnisse Anhänger der „Schwarzen“ in den Vorstand und Ausschuß der Burschenschaft zu bringen und die Leitung derselben zu beeinflussen. [12])

---

[10]) Das. S. 103.
[11]) Leo a. a. O. S. 170.
[12]) Das. S. 176—177.

So entstand um Follenius ein kleiner, politisch gespannter Kreis, der in Deutschland eine Republik der Gleichheit herstellen wollte. Durch Aufrufe, teilweise von Follenius selbst verfaßt, sollte das Volk aus seiner Gleichgültigkeit aufgeweckt werden, die Fürsten wurden unter Androhung der Ermordung gewarnt. Diese selbst wurde, wie jedes andere Mittel, wenn es nur zur Erreichung der Gleichheit führte, als erlaubt gehalten. Diese Gleichgültigkeit der Mittel entfremdete die „Unbedingten" der größten Mehrzahl der Burschenschaft, die unter Führung von Fries nie in ungesetzlicher, nie in gewaltsamer Weise ihre Überzeugung zum Ausdruck bringen wollte. Im Kreise des Follenius befand sich auch Karl Ludwig Sand, der aber nach Heinrich Leo[13]) wegen seiner Unklarheit und Ungewandtheit nicht zu den Vertrauten desselben zählte. Von den Weidigschen Theorien angesteckt, daneben noch von der allgemein disputierten Streitfrage bewegt, ob das deutsche Volk Verständnis für einen politischen Mord habe, ihn verstehen und billigen werde, oder ob es sich mit Empörung abwende, kam er zu dem Entschluß, eine Entscheidung herbeizuführen. Er glaubte diese durch Ermordung des russischen Staatsrates von Kotzebue erzielen zu können, der durch seine Tätigkeit im „Literarischen Wochenblatt" und durch seine Berichte über die deutschen Zustände nach St. Petersburg einer der meistgehaßten Leute jener Zeit war.

Sand erdolchte von Kotzebue am 23. März 1819 zu Mannheim. Er selbst brachte sich in selbstmörderischer Absicht schwere Stichwunden bei, wurde schwerverwundet ins Gefängnis geliefert und am 20. Mai 1820 hingerichtet. Die Untersuchung hat nie volle Klarheit über seine Motive und Mithelfer gebracht, dagegen das eine, daß Sand in Erlangen und Jena der Burschenschaft angehört hatte, daß also die Burschenschaft Mitschuld an dem Verbrechen haben müsse. Gentz berichtet dementsprechend an Metternich:[14]) „Die allgemeine Burschenschaft ist ein so durchaus verwerfliches, auf so gefahrvolle und frevelhafte Zwecke gerichtetes Institut, daß kein Stein auf dem andern bleiben dürfe und daß sie, wenn man die Universitäten ferner beibehalten wolle, mit den schwersten Strafen verpönt werden müsse." Dabei hatte weder Sand weiteren Einfluß in der Burschenschaft gehabt, noch waren die Ideen eines Weidig und Follenius Allgemeingut derselben gewesen, noch ist es wahrscheinlich, daß Sand überhaupt Mitwisser hatte.[15])

Auf dem im August 1819 stattfindenden Karlsbader Kongreß wurden die Gesetze gegen die geheimen Verbindungen besonders auf die Burschenschaft ausgedehnt, ein Regierungs-

---

[13]) Das. S. 186.
[14]) Keil a. a. O.; Die Gründung, S. 120.
[15]) Leo a. a. O. S. 188, und Keil a. a. O. S. 117.

bevollmächtigter zur Überwachung der Universitäten aufgestellt und die Zentraluntersuchungsbehörde in Mainz eingesetzt „zu möglichst gründlicher und umfassender Untersuchung und Feststellung des Tatbestandes, des Ursprungs und der mannigfachen Verzweigungen der gegen die bestehende Verfassung und innere Ruhe sowohl des ganzen Bundes als einzelner Bundesstaaten gerichteten revolutionären Umtriebe und demagogischen Verbindungen.“[16])

Die Folgen dieses Beschlusses waren über ganz Deutschland ausgebreitete Inquisitionen; jeder, der nur im entferntesten mit der Burschenschaft in Beziehung stand, wurde zur Rechenschaft gezogen. Die Untersuchungen erstreckten sich vom Jahre 1806 bis zum November 1821, sie begannen mit Fichte, Schleiermacher, Reimer und dem Tugendbund und endigten mit Sand. Anfänglich für fünf Jahre eingesetzt, wurde die Kommission 1824 verlängert. Eine im Jahre 1819 zugesagte Veröffentlichung der Resultate fand nie statt. Hätte man doch zugestehen müssen, daß wirklich Belastendes nicht vorgefunden wurde, daß die Existenz des Männerbundes zweifelhaft, ein Zusammenhang zwischen Burschenschaften und im Ausland bestehenden revolutionären Vereinen nicht vorhanden war.

Die Jenenser Burschenschaft wurde am 26. November 1819 von der Behörde aufgelöst; das gleiche Schicksal ereilte die Burschenschaften an anderen Universitäten. An den meisten erhielt sich jedoch ein Kreis besonders Gesinnungstüchtiger, die den burschenschaftlichen Gedanken weiter erhielten. In der inneren Zusammensetzung trat aber eine merkliche Veränderung insoferne ein, als in den Jahren 1819 und 1820 die Leute aus dem Universitätsleben ausschieden, die noch persönlichen Anteil an den Freiheitskriegen genommen und durch ihre Reife und ihren sittlichen Ernst den Grundstein zur burschenschaftlichen Ideenwelt gelegt hatten. Der Nachwuchs bestand, wie vordem auch, aus Leuten, die nie eine selbständige Stellung innegehabt hatten, die sich erst die Gymnasiastenschuhe auslaufen mußten. Als Rückwirkung sehen wir die Burschenschaft immer mehr in den gewöhnlichen studentischen Interessen aufgehen, besonders die alten Gegensätze zu den neuaufblühenden Landsmannschaften oder Korps wieder entstehen.

Der Zusammenhang der Burschenschaften konnte in den nächsten Jahren, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, aufrecht erhalten werden; so fanden im Jahre 1820 in Dresden, 1821 in Streitberg, 1822 in Odenwald Burschentage statt, die über Satzungen und Zweck der Burschenschaft verhandelten und als solchen christlich-deutsche Ausbildung jeder geistigen und leiblichen Kraft zum Dienste des Vaterlandes festsetzten. Die

---

16) Keil a. a. O. S. 122.

immer weiter um sich greifenden Untersuchungen der Mainzer Kommission machten das Bestehen einer allgemeinen Burschenschaft unmöglich, zwangen auch die einzelnen noch vorsichtiger zu sein. Mit dem Jahre 1822 trat ein Stillstand in der Entwicklung der Burschenschaft ein.

Erst gegen Ende der zwanziger Jahre beginnt wieder ein Steigen der burschenschaftlichen Bewegung, besonders in den süddeutschen Staaten, in denen die Demagogenuntersuchungen nie mit besonderem Nachdruck geführt wurden; besonders in Bayern brachte der Regierungsantritt Ludwigs I. auf allen Gebieten eine freiere Auffassung mit sich; seit dem Jahre 1827 wurden Studentenverbindungen unter gewissen Bedingungen gestattet.

Das stärkere Wiederhervortreten der Burschenschaft fachte aufs neue die alte Feindschaft mit den Korps an. Über den Austrag dieses Gegensatzes entstand in der Burschenschaft eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit, die sie in zwei Lager spaltete. Die Germanenpartei betrachtete die gegenseitigen Verrufe als entehrend, wollte daher mit den Korps ein schlagfertiges Verhältnis herstellen, die bestehenden Gegensätze in studentischer Weise mit der Klinge austragen. Den Arminen erschien das bestehende Verrufsverhältnis und damit die Vermeidung der Duelle angenehm; sie erstrebten eine lose allgemeine Organisation der Burschenschaft, während die Germanen ein straffes Vereinsleben wünschten.

Die späteren Gerichtsbeschlüsse, so auch der vom Bundestagsausschuß erstattete und gedruckt veröffentlichte Bericht „Darlegung der Hauptresultate aus den wegen der revolutionären Komplotte der neueren Zeit geführten Untersuchungen" stellen sich auf den Standpunkt, daß der Zwist nicht aus studentischen, sondern aus politischen Gegensätzen entstanden sei. Die Germanen wären für die praktisch-politische Arbeit, für tätige Anteilnahme an der Herbeiführung einer politischen Einheit Deutschlands gewesen, die Arminen wollten nur durch sittliche und wissenschaftliche Ausbildung diese Einheit vorbereiten.[17]) Die in der Arbeit von G. Heer[18]) veröffentlichten Protokolle der Burschentage bis zum Jahre 1830, auf denen besonders die Streitigkeiten zwischen Arminen und Germanen behandelt wurden, enthalten keine Andeutung politischer Erwägungen, wohl aber die angeführten studentischen Gegensätze.

Die Spaltung in der Burschenschaft war im Frühjahr 1827 zu Erlangen offen zutage getreten und hat dort zur Gründung einer Germania und Arminia geführt. Beide Parteien suchten Fühlung mit den Burschenschaften anderer Universitäten und

---

17) Qu. u. D. IV, 247 ff.
18) Qu. u. D. IV, 256 ff.

wollten diese zur Anerkennung ihrer jeweiligen Ansichten veranlassen. Dadurch traten wieder engere Beziehungen unter den Burschenschaften ein, andererseits wurde die Uneinigkeit, wo sie nicht schon aus sich heraus aufgetreten, noch weiter verpflanzt.

Da beide Parteien auf Entscheidung drängten, berief die Jenenser Burschenschaft gemeinsam mit der Leipziger und Würzburger auf 15. September 1827 einen Burschentag nach Bamberg. Dort wurde die allgemeine Burschenschaft aufs neue gegründet und als Zweck derselben bestimmt:[19]) „Die Allgemeine Deutsche Burschenschaft ist die freie Vereinigung der wissenschaftlich auf den Hochschulen sich bildenden deutschen Jugend, die sich als Zweck gesetzt hat: Vorbereitung zur Herbeiführung eines frei und gerecht geordneten und in Volksfreiheit gesicherten Staatslebens im deutschen Volke, vermittels Beförderung eines freien, wissenschaftlichen, sittlichen und volkstümlichen Lebens auf der Hochschule und einer kräftigen Entwicklung des Körpers.“ In der Streitfrage wurde eine Versöhnung angebahnt; als dieselbe mißlang, die Germanenpartei anerkannt. Die Arminen fochten die Kompetenz des Bamberger Burschentages an; auf einem erneuten Burschentag, Ostern 1829 zu Würzburg, wurde wiederum die Germanenpartei anerkannt, über die Arminen nach abgeschlagener Versöhnung der Verruf ausgesprochen.

Der Kreis der allgemeinen Burschenschaft erweiterte sich immer mehr; bis zum Jahre 1830 bestand sie aus den Burschenschaften zu Jena, Erlangen, Würzburg, München, Leipzig, Halle, Marburg, Tübingen, Gießen und Kiel. Die große Mitgliederzahl und die sich immer mehr zuspitzenden politischen Verhältnisse legten den Wunsch nahe, die Verfassung der allgemeinen Burschenschaft zu erneuern. Ein auf Ostern 1830 nach Nürnberg berufener Burschentag befaßte sich mit dieser Aufgabe. In den dort beratenen und beschlossenen Satzungen ist wenig von aktiver Politik zu verspüren. Nur die dort beschlossene Aufnahmeformel läßt die spätere Entwicklung zu einer politischen Verbindung vorausahnen. Sie lautete:[20]) „Habt Ihr anerkannt den Sinn und Geist unserer Verbindung, der unser Grundgesetz bleibt und ihm Kraft und Ansehen gibt? Bekennt Ihr Euch zum Volke der Deutschen und erkennt Ihr, daß ohne deutsches Leben, ohne innige Teilnahme an dem Wohl und Wehe unseres Vaterlandes auch unsere Burschenschaft nach ihrem Zwecke nicht bestehen könne? Erklärt Ihr, daß Ihr in den Grundsätzen der Burschenschaft Eure Grundsätze wiederfindet und wollt Ihr denselben treu bleiben in allen Lagen des Lebens? Wollt Ihr mit uns als Brüder vereint nach allen Kräften für die Erreichung unseres Zweckes wirken? Wollt Ihr geloben

---

[19]) Qu. u. D. IV, 271—272.
[20]) Qu. u. D. IV, 283, Fußnote 73

Treue unserem Bunde, Gehorsam gegen unsere Gesetze und Achtung ihren Vertretern? Wollt Ihr dieses? So gebt Euer Ehrenwort durch ein lautes Ja!"

Der alte Gegensatz zwischen Arminen und Germanen war noch nicht verschwunden. Ein auf Ostern 1831 nach Dresden berufener Burschentag befaßte sich noch einmal mit dieser Frage, nahm aber eine versöhnlichere Stellung ein und wollte die Entscheidung über jeweils ausbrechende Streitigkeiten einem Burschentage überlassen, dessen Urteil sich beide Parteien fügen sollten. Der Dresdener Burschentag gewinnt dadurch an Bedeutung, daß er durch ein Schreiben der Breslauer Burschenschaft gezwungen wurde, zur Frage der aktiv-politischen Betätigung Stellung zu nehmen. Die Breslauer Burschenschaft bat um Aufnahme in die allgemeine Burschenschaft, verwahrte sich jedoch in ihren eingeschickten Satzungen ausdrücklich gegen aktive Politik. Der Burschentag wollte diese Verwahrungsklausel gestrichen sehen und richtete folgendes Schreiben an die Breslauer Burschenschaft:[21]) „Die Ansicht über den Zweck sei die, daß es niemals Sache der Burschenschaften als bloßer Studentenverbindungen sein könne, den Umsturz bestehender Verfassungen zu bewirken, noch weniger ihren Mitgliedern in dieser Hinsicht bindende Vorschriften zu machen, indem darin ein Gewissenszwang liege, den die Burschenschaft nicht ausüben dürfe. Aus demselben Grunde erscheine jedoch die Breslauer Verwahrungsklausel unzulässig, indem die Fälle nicht vorauszusehen wären, in welchen einzelne meinen dürften, gegen das Vaterland eine Pflicht erfüllen zu müssen. Die Burschenschaft beabsichtigt eine Vorbereitung ihrer Mitglieder auf wissenschaftlichem Wege, damit dieselben imstande wären, durch intellektuelle Mittel zu Bewirkung volkstümlicher Institutionen in den deutschen Staaten beizutragen."

G. Heer sieht in diesem Schreiben eine bestimmte Absage der Burschenschaft jeglicher aktiv-politischen Betätigung gegenüber. Man kann aber die Vermutung nicht ganz unterdrücken, daß vielleicht doch einigen der Verzicht auf aktive Politik noch mehr als Gewissenszwang erschien, als der Mehrzahl die Verpflichtung dazu. Sie wollten freie Hand behalten, ahnten die zukünftige Entwicklung voraus und zogen aus den Zeitumständen die Folgerungen für die zukünftige Tätigkeit der Burschenschaft. Die Julirevolution war ja ein Markstein in der Welt der politischen Ansichten geworden. Vor dieser hatte man keine klare Vorstellung über die einzuschlagenden Wege. Die Vorgänge in Frankreich zeigten bestimmte Richtlinien. Bei den Erhebungen in Spanien, Belgien, Italien und Polen fanden sich Beispiele genug, die bestätigten, daß nur Gewalt eine

---

21) Qu. u. D. IV, 310.

Besserung der politischen Verhältnisse herbeiführen könne. Auch in Deutschland brach sich diese Ansicht Bahn, man erwartete nur von einer Revolution eine tiefgehende Besserung im Verfassungsleben.

Die Burschenschaft ließ sich in diesen Wahn hineinziehen. Die einzelnen Abschnitte auf diesem abschüssigen Wege finden wir in der Geschichte der Münchner Burschenschaft.

II.

Der deutsche Gedanke in Bayern, an der Universität Landshut und der Zustand der dortigen Studenten-Gesellschaften.

Die Entstehung der Burschenschaft steht mit den nationalen Bestrebungen des Volkes einerseits, mit den durch die Landsmannschaften geschaffenen veralteten Zuständen auf den Universitäten andererseits in Zusammenhang. Wie war die Gesinnung des bayrischen Volkes und wie waren die Zustände auf der Landshuter Hochschule zu Beginn des 19. Jahrhunderts?

Im Norden haben die politischen Verhältnisse mit Naturnotwendigkeit zur nationalen Sammlung und Erhebung führen müssen. Preußen war von Napoleon aufgeteilt, sein Königshaus aufs tiefste erniedrigt worden. Bayern hatte reichen Länderzuwachs erhalten, seine Stellung war den übrigen süddeutschen Staaten gegenüber mächtig gehoben, seine Dynastie mit dem französischen Kaiserhaus aufs engste verwandtschaftlich verbunden.

Dieser tiefgehende Unterschied mußte bei der deutschen Erhebung im Jahre 1813 zum Ausdruck kommen und er muß bei gerechter Beurteilung der Verhältnisse berücksichtigt werden. Österreich war seit dem Ansinnen des Kaisers Josef II. zum Todfeinde Bayerns geworden; daß diese Feindschaft auch späterhin noch gerechtfertigt war, beweisen die geheimen Artikel des Friedens von Campoformio. Der Anschluß Bayerns an Frankreich war ein Akt der Selbsterhaltung. Montgelas betrieb diesen Anschluß nicht aus Liebe zu Frankreich, er hatte nur das Interesse Bayerns im Auge. Napoleon selbst hat später einmal das Schicksal Bayerns ausgemalt, für den Fall, daß es noch weiter beim deutschen Reiche geblieben. Statt eines Königs Murat von Neapel wäre ein König Murat von Bayern gekrönt worden. „Wie wert bist du mir, Vaterland," sang ein Bayer 1806, „wie wert ist mir das Leben, seitdem des Freundes starke Hand, dir neue Kraft gegeben."[22]) Der Freund war

[22]) M. Doeberl, Bayern und die deutsche Erhebung wider Napoleon I., S. 352.

aber Napoleon. So sehr verleugnete ein Bayer die grundlegenden Begriffe der Geschichte, daß er den deutschen Völkern die Berechtigung einer Nation absprach, daß ein anderer in völkischer Hinsicht eine nähere Verwandtschaft der Bayern zu den keltischen Franzosen konstruierte und die germanische Herkunft verneinte.

Aber auch ohne Stein, ohne Fichte und Schleiermacher trat, wenn auch langsamer und weniger allgemein als in Preußen, in Bayern eine Rückkehr zur nationalen Gesinnung ein. Der erste Schritt dazu war die Aufhebung der religiösen Schranken und die Berufung namhafter Gelehrter ohne Rücksicht auf Stammeszugehörigkeit und Konfession. Anselm von Feuerbach, Niethammer, Jakobi, Schlichtegroll, Jakobs, Friedrich Thiersch und Savigny brachten echtes Deutschtum nach dem Süden.

Schon bald nach 1806 machte sich im Volke eine wachsende Mißstimmung gegen Frankreich bemerkbar, veranlaßt durch die drückenden Forderungen der zurückgebliebenen Franzosen. So schrieb schon 1806 Gräfin Montgelas an Talleyrand:[23]) „Ich habe die Franzosen geliebt, die unsere Feinde vertrieben und uns unseren rechtmäßigen Herrn zurückgegeben haben ..... Ich verabscheue diejenigen, die auf Kosten meines armen Vaterlandes leben und seine Blutsauger sind ..... Hat man denn, seitdem die Welt steht, Alliierte gefunden, so gefräßig, wie Ihr seid, die einen Aufenthalt nehmen, dessen Ende man nicht absieht, die keine Miene machen, zu bezahlen.“ Die Lage wurde in den nächsten Jahren nicht besser, die Not stieg weiter. Die französischen Durchzüge, die stete Friedlosigkeit verzehrten Geld und Menschenleben, die Kontinentalsperre verschloß die alten Absatzgebiete Italien, die Rheinlande und Belgien. „Bayerns Straßen, seit Jahrhunderten befahren mit sich auswechselnden Produkten des Südens und des fleißigen Nordens, wurden leer. Der Absatz unserer Kunsterzeugnisse nach Frankreich und allen Ländern, die unter seinem Einfluß stehen, wurden verboten oder mit Förmlichkeiten verbunden, welche einem Verbote gleich galten. Die bedeutendsten Quellen von Erwerb, welche sich in unzähligen Kanälen durch das Land verbreiten, allenthalben Wohlstand entsprießen machten, versiegten. Naturprodukte, deren Erzeugung Indiens warmen Himmel fordert, sollten in Europas kalten Zonen gezeitigt oder durch kraftlosere ersetzt oder, wollte man sich nicht mit teueren und schlechten Surrogaten begnügen, mit schweren Abgaben gelöst werden. Das Vergnügen, wie das Bedürfnis, ja selbst die Heilung der Kranken wurde von und für Frankreich besteuert.“[24])

---

[23]) M. Doeberl a. a. O. S. 352.
[24]) „Was wir wollen“, 1813, S. 6.

Aber nicht nur die tägliche Not schürte den Haß gegen Frankreich, auch nationaler Geist beginnt sich zu regen. Allen voran steht hier Bayerns Kronprinz, der nachmalige König Ludwig I. Schon am 10. Juni 1806 schrieb er an den Grafen Seinsheim:[25]) „Meine Gedanken schweben in der Mitte meiner getreuen Bayern, meiner braven Tyroler.“ Als er im Oktober 1806 gezwungen war, im Gefolge Napoleons dem Siegeseinzug in Berlin beizuwohnen, reifte in ihm der Plan, die Walhalla als Ehrentempel deutscher Helden zu errichten. In seinem Hochgesang „An die Teutschen“ versuchte er nach der Niederlage Napoleons bei Eylau die Deutschen aus ihrer Schmach aufzurütteln. Bekannt ist auch sein Pereat auf Napoleon im Hause des Grafen Stadion nach dem Sieg von Aspern. Bald entstand um den Kronprinzen ein Kreis von Leuten, die wegen ihrer Franzosenfeindschaft dem französischen Gesandten unangenehm wurden, so daß dieser die Entfernung des Kronprinzen vom Hofe im Jahre 1811 fordern mußte. In den kritischen Oktobertagen des Jahres 1813 setzte dann der Kronprinz alles daran, den Abschluß des Vertrages von Ried zu beschleunigen.

In den fränkischen Provinzen erwachte viel frühzeitiger das Verständnis für die Vorgänge im Norden. Schon zur Zeit des Tiroler Aufstandes und des unglücklichen Befreiungsversuches von Schill und Dörnberg bereitete der Diakon von Selb, Friedrich Wilhelm Hagen, mit einem Herrn von Paschwitz eine Erhebung im Bayreuthischen vor, um eine Kriegserklärung an Frankreich zu erzwingen. Rückert und Platen stehen in feurigen Gedichten gegen Napoleon auf. In Nürnberg steigt die Erbitterung gegen die Franzosen derartig, daß für den Fall des Vordringens der Preußen nach Franken ein gewaltsamer Befreiungsversuch befürchtet werden mußte. Auch in Augsburg, Immenstadt und Dillingen wurden die durchziehenden Franzosen belästigt. Spärlicher sind schon die deutschen Regungen in Altbayern. Westenrieder gibt in seinen Tagebüchern[26]) seinem Mißmut Ausdruck über das Tedeum in der Michaelskirche im Jahre 1806 „wegen des Kriegsglückes, vermöge dessen Deutsche von Deutschen geschlagen wurden.“ Tiefes Verständnis für Deutschlands Erniedrigung zeigt der oberpfälzische Dichter Andreas Schmeller. Josef von Hasberg feierte in Arminius das Vorbild deutscher Freiheitskämpfer, Anselm Feuerbach erzielte mit seinen flammenden Schriften in allen Kreisen der Bevölkerung nachhaltenden Eindruck.

Die Niederlage Napoleons in Rußland brachte nicht nur

---

[25]) Sepp, Görres und seine Zeitgenossen 1776—1848, S. 133.

[26]) Kluckhohn, Aus dem handschriftlichen Nachlaß Westenrieders. Abhandlungen der Münchner Akademie, III. Kl., XVI, 2, S. 82.

Schmerz und Erbitterung über den Verlust vieler Tausende von Landessöhnen, sie zerstörte vor allem das Phantom der Unbesieglichkeit des großen Korsen. Die Erhebung Preußens erzeugte auch in Bayern Begeisterung. König Max äußerte ahnungsvoll:[27]) „Diese Menschen sind bereit, ganz Deutschland in Feuer zu setzen." Als nach langen Verhandlungen mit dem Vertrag zu Ried die Schwenkung Bayerns in das Lager der Verbündeten vollzogen war, konnte der König am 14. Oktober 1813 mit Recht verkünden, daß er damit dem täglich lauter ausgesprochenen Wunsche seiner treuen Untertanen nachgegeben habe. Die Freude über den Anschluß an die deutsche Erhebung im ganzen Lande war groß. In der Residenzstadt und allen anderen Städten des Landes wurde das Namensfest des Königs am 12. Oktober mit unbeschreiblichem Jubel gefeiert, patriotische Vereine zur Unterstützung verwundeter Krieger, zur Bewaffnung von Freiwilligen wurden ins Leben gerufen, dem Aufrufe des Königs zur Bildung freiwilliger Korps waren in kurzer Zeit 80 000 Jünglinge und Männer aus allen Ständen gefolgt. Die Presse, die bisher durch die strenge politische Zensur nur zur Wiedergabe kommentarloser neutraler Berichte gezwungen war, wurde bald ein Dolmetsch der begeisterten patriotischen Stimmung. In der Nürnberger Zeitung „Korrespondenten von und für Deutschland", in der Augsburger „Allgemeinen Zeitung" und in der Münchner „Politischen Zeitung", selbst in den kleineren Blättern Altbayerns erscheinen Artikel voll glühendem Patriotismus, Gedichte voll deutscher Begeisterung. Den gleichen Geist verraten eine große Anzahl von Flugschriften.

Uns interessiert hier vor allem das Verhalten der studentischen Welt, die in den norddeutschen Staaten so weitgehende Begeisterung und Anteilnahme an den Befreiungskriegen zeigte, und besonders der Anteil der Landshuter Hochschule an dem Befreiungswerk. Daß hier Boden für deutsche Gesinnung vorhanden, lesen wir in den Erinnerungen des Johann Nepomuk von Ringseis. Dieser hatte mit mehreren oberpfälzischen Landsleuten einen Freundeskreis gebildet, in dem Vaterlandsliebe und alles Hohe, Reine und Gute erstrebt wurde. Flammende Gedichte wurden verfaßt und in der Einsiedlerzeitung veröffentlicht. In einem Briefe[28]) an Görres schreibt Ringseis am 2. August 1808: „Unsere Zusammenkünfte sind ernst, oft schrecklich; Geisternähe spüren wir, und Geisterlispeln glauben wir zu vernehmen, und oft haben wir

---

[27]) Bericht Rechbergs aus Wien am 20. Febr. 13. Staatsarchiv München, A. III, Österreich 16.

[28]) Emilie Ringseis, Aus den Erinerungen des Dr. Joh. Nep. von Ringseis I, 91.

im Sturm der glühend heißesten Begeisterung alle Geister des Himmels angerufen, uns zu erscheinen und unseren brennenden Wünschen Labung und Aufklärung zu geben. Wir haben eine unendliche Sehnsucht nach Erlösung. Die Zeichen der Zeit sind außerordentlich; Erdbeben, Pestilenz und allgemeinen Religionskrieg erwarten wir, und wir brennen durch und durch für das Höchste, für Religion und Vaterland zu kämpfen und zu siegen, oder im Kampfe zu sterben . . . Entschlossen waren wir vorhin, wenn sich in unserem Deutschland nicht neues Leben entzünden würde, nach Amerika zu wandern . . ."

Im Winter-Semester 1808/1809 wollte dieser Kreis eine Zeitschrift „Die Jugendblätter" herausgeben mit der Richtung „die herrschende Seichtigkeit und Gottentfremdung zu befehden, Religion und Vaterland zu verteidigen, jedoch unter Ausschluß alles Politischen."[29]) Eine Ankündigung hatte schon das Erscheinen vorbereitet, als die Unternehmer, meist Stipendiaten, von München her bedroht wurden, sie sollten innehalten, sonst werde man ihnen die Stipendien entziehen. Diese „deutsche Richtung," wie sie Ringseis nennt,[30]) fand einen besonderen Rückhalt an den berufenen norddeutschen Gelehrten, die im Hause des Juristen von Savigny einen ständigen Sammel- und Treffpunkt hatten. Die Professorenfrauen klatschten 1809 den vorrückenden Östreichern Beifall zu:[31]) in einem im Pariser Archiv befindlichen Bericht[32]) über die Zustände Deutschlands aus dem Jahre 1810 wird von Landshut behauptet, daß an wenigen Universitäten der Idealismus, worunter deutsche Gesinnung zu verstehen ist, solche Fortschritte mache wie dort und daß die Mehrzahl der Studierenden davon erfüllt sei. Besonderer Einfluß wird nach diesem Akte dem Geographen und Historiker Konrad Mannert zugeschrieben, dem auch der Ausspruch in den Mund gelegt wird: „Die Deutschen müssen herrschen, oder die Menschheit geht unter!" Die Theologen, die den Bruch der Regierung mit dem bisherigen kirchenpolitischen System auf französischen Einfluß zurückführten und erst mit dem Sturze Napoleons eine Änderung erhofften, waren ausgesprochene Franzosenfeinde, so Josef Thoman, der Verfasser ultramontaner Pamphlete, Professor Dereser, durch seine Leichenrede auf den Großherzog von Baden bekannt geworden, sowie J. M. Sailer, der Herausgeber der Felderschen Kirchenzeitung. Montgelas äußert in seinen Denkwürdigkeiten:[33]) „In ganz Deutschland gehörten die Professoren fast ausnahmslos

---

[29]) Ringseis a. a. O. I, 82.
[30]) Das. I, 82.
[31]) Theodor Bitterauf, Geschichte des Rheinbundes I, 347.
[32]) Leopold Engel, Geschichte des Illuminatenordens, S. 446 ff.
[33]) Theodor Kolde, Die Universität Erlangen unter dem Hause Wittelsbach 1810—1910, S. 166.

zur nationalen Partei." Napoleon selbst hatte öfters seinen Unwillen über die Landshuter Zustände zum Ausdruck gebracht und war im allgemeinen von Mißtrauen gegen die deutschen Gelehrten beseelt. Jakobi schreibt[34]) am 9. September 1810, „daß Kaiser Napoleon mißtrauisch ist gegen deutschen Sinn, gegen unser ganzes Wesen, unsere Philosophie, unsere Literatur, daß er den Geist unserer Bildung nicht liebt, ihn nicht gefördert und ausgebreitet wissen will . . ."

Die vorhandenen Akten und Protokolle der Landshuter Hochschule aus der Zeit der Befreiungskriege lassen dagegen keinen allzutiefgehenden Einfluß derselben erkennen. Am 9. Januar 1813 wurden durch eine königliche Verordnung Waffenübungen für die Studierenden zur Einführung gebracht, zur Bestreitung der Kosten die Immatrikulationsgebühr um einen Gulden erhöht. Da durch entsprechende Anleitung auf den Gymnasien diese Übungen in genügender Weise erreicht werden konnten, wurden sie für die Universität am 22. Mai wieder aufgehoben. Der am 28. Oktober 1813 gegebene Aufruf an das bayerische Volk mit der Aufforderung zur Bildung von Jäger- und Husarenkorps hatte zur Folge, daß eine Anzahl von Studierenden bei dem Rektor Medicus den Wunsch vorbrachten, ein selbständiges Freiwilligenkorps bilden zu dürfen. Durch einen abfälligen Bericht des Landshuter Polizeidirektors wurde zwar die patriotische Gesinnung der Studierenden durch ein königliches Dekret anerkannt, zugleich aber der ausgesprochene Wunsch abgeschlagen und die Studierenden auf die von Staatswegen errichteten Korps verwiesen. Am 3. Dezember wurden die ausgesetzten Waffenübungen wieder aufgenommen, alle tauglich befundenen Studenten dazu verpflichtet. Von den Professoren scheint niemand aktiven Waffendienst geleistet zu haben. Am 13. Dezember forderte der Rektor Medicus seine Kollegen zur Leistung von Beiträgen für Ausrüstung von Freiwilligen auf; die gesammelte Summe erreichte nur die Höhe von rund 730 Gulden, den höchsten Beitrag hatte der Universitätspedell Josef Lutz gegeben. Die Waffenübungen konnten wegen Waffenmangels nicht begonnen werden; Vorstellungen im Januar und Mai 1814 beim Ministerium blieben ohne Erfolg; am 25. Juni wurden sie wieder ganz aufgehoben. Immerhin hat eine große Anzahl von Studenten auf dem Marsfeld zu München unter Thiersch exerziert, die Frequenz der Universität hat im Jahre 1814 bedeutend abgenommen.

Welchen Anteil nahmen die bestehenden studentischen Gesellschaften? Soweit sich aus den einzelnen Korporationsgeschichten ersehen läßt, keinen; nirgends finden wir eine Erwähnung der Zeitverhältnisse, nirgends eine Würdigung

---

[34]) Doeberl a. a. O., S. 350, Fußnote 3.

des Vertrages von Ried oder des Pariser Friedens. Ihrer Verfassung nach waren diese Vereinigungen Landsmannschaften. Ob sie, wie an den meisten deutschen Hochschulen, aus Ordensverbindungen hervorgingen, ist zweifelhaft. In Ingolstadt war zwar durch Verbreitung des Rosenkreuzerordens an der Universität Weishaupt zur Gründung des Illuminatenordens veranlaßt worden,[35]) im Jahre 1785 wurden auch zehn Studierende wegen Teilnahme an letzterem Orden relegiert. Ob aber eigene Studentenorden in Ingolstadt bestanden, läßt sich nicht mit Bestimmtheit nachweisen, da die Verbote geheimer Gesellschaften im Jahre 1787 und 1796 die einzigen Anzeichen hierfür sind. Nach der Verlegung der Universität nach Landshut im Jahre 1800 entstehen dort bald landsmannschaftliche Vereinigungen. Schon im Jahre 1801 wird das Tragen von weißblauen und violettgoldenen Hutmaschen von den Behörden beanstandet. Der älteste erhaltene Komment stammt aus dem Jahre 1802. Aktenmäßig ist nachgewiesen, daß die Schwaben am 16. Dezember 1803, die Franken und Bayern 1806, die Pfälzer 1813 gegründet wurden. Sicher bestanden diese Korps schon früher, daneben bis zum Jahre 1814 auch Tiroler. Sie galten als verbotene Verbindungen, mußten daher fast jedes Jahr Untersuchungen und behördliche Auflösungen über sich ergehen lassen, erhielten sich aber trotz dieser Verfolgungen weiter. Sie hatten streng landsmannschaftlichen Charakter bewahrt,[37]) d. h. nur Leute aus dem Kreise aufgenommen, dessen Namen sie trugen. Ihre Grundsätze lassen sich in folgende Bestimmungen zusammenfassen:[38])

1. „Alle Studenten, welche Anteil und Stimme bei den öffentlichen Sachen der hohen Schule haben wollen, teilen sich nach Volksstämmen in Landsmannschaften, Korps oder Kränzchen, deren jede eine besondere Verfassung hat.“
2. „Kein honoriger Bursche kann Anteil und Stimme bei allgemeinen Burschenangelegenheiten haben, wenn er nicht Mitglied einer der bestehenden Verbindungen wird.“
3. „Ein honoriger Bursche darf sich keine Beleidigung gefallen lassen, sondern muß sich binnen der gesetzmäßigen Zeit von drei Tagen in Avantage setzen oder den Beleidiger fordern lassen.“

Durch rücksichtslose Behandlung der Neuangekommenen, besonders durch Anrempelungen, welche zu Duellen führten, wurden diese gezwungen, sich einer Korporation anzuschließen. Der

---

[35]) Engel a. a. O. S. 69, 80, u. a. m.
[36]) Das. S. 243.
[37]) Graf du Moulin-Eckart, Die Suevia zu Landshut und München, S. 25.
[38]) W. Riedner, Geschichte des Korps Palatia Landshut-München, S. VIII.

engere Kreis eines Korps, meist aus 10 bis 20 Mann bestehend, übte die Leitung aus, während die Korpsrenoncen rechtlose Mitläufer waren. Infolge der strengen, brutalen Durchführung des Komments erreichten auch in Landshut die Landsmannschaften, daß fast alle Studierenden zu ihren Anhängern zählten. So gehörten im Jahre 1815 von 366 Immatrikulierten ungefähr 300 dem landsmannschaftlichen Kreise an.

Nach dem Ausscheiden der Tiroler konnten sich die vier noch bestehenden Korps nur unter großen Schwierigkeiten und im Verborgenen weiter erhalten. Im Januar 1815 verschmolz die Frankonia mit der Palatia. Besonders scheint eine Untersuchung im Januar 1815 auf längere Zeit jedes Verbindungsleben unmöglich gemacht zu haben. Erst gegen Ende 1816, unter dem studentenfreundlichen Rektor Mittermaier, treten die Landsmannschaften wieder offener auf. Zwar stellten sich immer wieder neue Untersuchungen mit behördlichen Auflösungsverfügungen ein; diesen wurde aber keine Folge geleistet. Im Jahre 1821 ging aus der Bavaria die Isaria hervor. In den nächsten Jahren häufen sich die Reibereien zwischen Handwerksburschen, Soldaten und Studenten. Die vier Korps schufen durch Vereinbarung eines gemeinsamen Komments im Januar 1823 einen festeren Zusammenhalt unter sich. Im September 1823 erschienen neue Verordnungen gegen Geheime Gesellschaften, die neue Untersuchungen und Auflösung der Korps nach außen hin im März 1824 zur Folge hatten.

Durch die Verlegung der Universität von Landshut nach München im Oktober 1826, besonders aber durch das Reskript vom 31. Juli 1827, in dem unter gewissen Bedingungen Studentenverbindungen anerkannt wurden, trat eine grundlegende Besserung im Vereinsleben der Hochschule ein. Mit der freieren Gestaltungsmöglichkeit verlieren die Korps ihre Monopolstellung, die Gefahren drohen nicht mehr von den Behörden, immer ernster aber von den vielen neuauftretenden Richtungen in der Studentenschaft.

Die Burschenschaft hat als erste gegen die Anmaßungen der Landsmannschaften Stellung genommen, eine durchgreifende Reform des studentischen Gesellschaftslebens angestrebt. Auch in Landshut, wo die Korps fast die Gesamtheit der Studierenden umfaßten und der Zwang um so fühlbarer war, regten sich bald burschenschaftliche Bestrebungen, in München nahmen sie in der Germania eine feste Form an. Die Entwicklung dieser Burschenschaft im Nachfolgenden erregt nicht nur Interesse als ein Stück Korporationsgeschichte, sie bietet vielmehr einen tiefen Einblick in die Entwicklung des politischen Lebens in Bayern in den stürmischen dreißiger Jahren.

———

III.

Die burschenschaftliche Bewegung in Landshut und München bis zu den Dezember-Unruhen 1830.

Die ersten Nachrichten über Versuche, die bestehenden landsmannschaftlichen Einrichtungen zu ändern, stammen aus dem Jahre 1811.

In diesem Jahre wird von einer Renoncengesellschaft berichtet,[39]) die sich gegen die damals bestehenden Landsmannschaften der Bayern und Schwaben erhob. Ob in diesem Zwist ein tieferer Grund zu suchen ist, oder ob es sich nur um eine der nicht zu seltenen inneren Streitigkeiten innerhalb der Landsmannschaften handelt, kann nicht festgestellt werden.

Die im folgenden wiedergegebenen Aussagen sind auffallend durch ihre Ähnlichkeit mit den Ideen, die Jahn von der Burschenschaft hatte und in seinem ersten Entwurf zum Ausdruck brachte. Am 19. Januar 1815 war eine Haussuchung bei den Studierenden vorgenommen worden, da Verdacht auf bestehende geheime (landsmannschaftliche) Verbindungen bestand. Dabei waren Stammbücher, Waffen und landsmannschaftliche Bänder gefunden worden.[40]) Von den Studierenden wurden folgende vernommen: Syller, Herrschmann, V. Schmitt, Winkler, Strohmayer, v. Poschinger, Heiserer, Pröller, Buchsbaum, Berner, Scharrer, v. Schattenhofer. Von diesen gab Josef Heiserer bei seinem Verhör am 30. Januar 1815 folgendes an: 1. daß keine Landsmannschaften wie ehedem, sondern unter allen Studierenden — wenigstens der Mehrzahl derselben — nur eine Verbindung in der Art existiere, daß in einem Falle, der die allgemeine Harmonie stören könne, der Freund mit dem Freunde sich berate, daß durch solche Mitteilungen der Fall zum allgemeinen, zur Sache aller werde, daß jeder seinen Willen ausdrücken könne, sohin die allgemeine Stimme jedesmal Eingang finde, und nur wenn kein Gemeinsinn oder Gemeinwille zustande käme, einer oder mehrere sich aus allen hervortun, welche der gegründeten Meinung, bemessen durch Verstandesgesetze und den durch Tradition sich noch erhaltenen Gewohnheitsregeln früherer Zeiten den Ausschlag zu geben vermögen. 2. Daß diese einzelnen nicht Senioren wie ehedem bei den Landsmannschaften, sondern zur Ausmachung eines sich ergebenden Falles willkürlich Ernannte seien. 3. Daß die gepflogenen Beratungen auf den Zimmern der einzelnen nicht den Sinn landsmannschaftlicher Konvente, sondern die bei 1 erklärte Bedeutung haben. 4. Daß kein Zunftgeist unter den Studierenden herrsche und der sogenannte Verschiß nur notwendige Folge des Be-

---

[39]) W. Fabricius, Die deutschen Korps, S. 276.
[40]) A.R.A.M., Sig. N. Fasc. 1008 Nr. 39.

tragens derjenigen sei, welche sich durch Roheit oder nichtswürdige Handlungen auszeichneten und deren Umgang eben deshalb gemieden werden müßte. 5. Daß unter ihnen keine Gesellschaftsgesetze bestünden, sondern es eine gemeine Sitte sei, wonach sich die Studierenden gegenseitig benähmen, daß die zur Ausmachung eines Falles beliebig Ernannten, ohne Hinsicht auf Kreis oder Provinz ernannt würden und diese den Beteiligten nicht ihre Meinung, sondern die Gesamtmeinung aller eröffneten!

Die sonst noch Vernommenen leugneten jeden Bestand einer Verbindung; der Senat erachtete den Beweis für das Bestehen einer Verbindung als nicht sicher erbracht; der Polizeidirektor dagegen stellte fest, daß aus den Akten als vollkommen bewiesen hervorgehe, „daß unter der Gesamtheit der Studierenden, also unter allen oder doch gewiß unter der großen Mehrzahl eine durch allerhöchste Verordnungen im Königreich allgemein und insbesondere den Studierenden in den akademischen Gesetzen als eine höchst strafbare Handlung verbotene geheime Verbindung bestehe.“ Da nirgends Anhaltspunkte vorgefunden werden von einer so einschneidenden Veränderung im studentischen Gesellschaftsleben in Landshut, wie sie die von Heiserer geschilderten Zustände mit sich gebracht hätten, ist es wahrscheinlich, daß dessen Aussagen nur eine Täuschung der Behörden bezweckten. Man kann aber daraus doch entnehmen, daß die Reformvorschläge Jahns in Landshut bekannt waren.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1818 hat in Landshut ein kleiner Kreis, wahrscheinlich Studenten aus Würzburg und Erlangen, den Versuch gemacht, eine Burschenschaft zu gründen, und es scheint auch wirklich, daß eine Zeitlang eine solche bestand. Aus dem Berl. G. St. A. R. 77 XXVI. „Auszüge betr. die Allgemeine Burschenschaft sowie die Burschenschaften bei den einzelnen Universitäten“ geht hervor, daß „die Burschenschaft zu Landshut eingeladen worden war zum Burschentag zu Jena im Oktober 1818, aber keine Abgeordneten gesandt hat.“ Und ebendort heißt es in einem Schreiben der Erlanger Burschenschaft an die Berliner vom 19. Februar 1819: „Eine Anzahl der tüchtigsten Burschen in Landshut haben sich vereinigt, um eine Burschenschaft zu gründen. So erweitert sich denn die Bruderkette immer mehr von Land zu Land, von Gau zu Gau, bis endlich alle sich angeschlossen an den großen Bund der deutschen Jugend, der nach einer trüben Winternacht einen schönen Frühlingsmorgen heraufführen wird.“[41])

Vorausgeschickt mag noch werden, daß das Münchner Ministerium wohl als eines der ersten auf die bedenklichen Bestrebungen der Burschenschaft aufmerksam machte und im fol-

[41]) Desgleichen im A.R.A.M., Just. Min. A. 159.

genden Erlaß vom 14. September 1816 davor warnte: „In öffentlichen Blättern geschieht von einem Umlaufschreiben der Universität Jena Erwähnung, welches die Aufhebung oder vielmehr die Vereinigung der Landsmannschaften zum Zweck haben soll. Dem akademischen Senat wird von selbst nicht entgehen, wohin solche Schritte, wenn sie ernstlich verfolgt werden, die studierende Jugend zumal unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen leicht führen könnte. Seine Königliche Majestät wollen daher aus dieser Veranlassung, und in der Voraussetzung, daß die als Motive jenes Umlaufschreibens angegebenen Mißstände auf den Universitäten des Königreiches ohnedies nicht gestattet werden, von dem akademischen Senat zu Landshut auf die bestehenden Verordnungen wegen der Gesellschaften unter den Studierenden neuerdings aufmerksam gemacht wissen und versehen sich zu der Klugheit und Eifer desselben, daß er allen, welch immer einen Namen führenden Bunden vorzubeugen und dahin trachten werde, daß die Studierenden in ihrer gemeinschaftlichen Bestimmung zur wissenschaftlichen Ausbildung für künftigen öffentlichen Beruf im Staate und in einer gegenseitig edlen Nacheiferung das einzige und schönste Band der Verbrüderung finden mögen."

Am 15. Dezember 1817 beschäftigte sich ein Erlaß mit dem Wartburgfest und heißt es dort:[42]) „Der gefährliche, revolutionäre Geist, welcher bei Gelegenheit des Burschenfestes auf der Wartburg sich ausgesprochen hat, macht die Regierungen auf die in jener bedenklichen Tendenz geschlossene engere Verbindung in hohem Grade aufmerksam. Auch Se. Kgl. Majestät haben sich dadurch bewogen gefunden, die bestehenden Verordnungen gegen geheime Verbindungen mit ausdrücklicher Ausdehnung auf die sogenannte deutsche Burschenschaft nachdrücklich zu erneuern und wollen, daß dieses Verbot durch öffentlichen Anschlag bekanntgemacht werde." Eine um die gleiche Zeit im „Allgemeinen Anzeiger der Deutschen" gebrachte Notiz[43]) von einer Vereinigung der Universitäten von Erlangen, Würzburg und Landshut, stand nicht, wie man annahm, mit dem Wartburgfest in Zusammenhang, sondern bezog sich auf eine Abmachung der drei Universitätsbehörden, die akademischen Druckschriften auszutauschen. Am 4. September 1819 wurden die Studierenden vom Senat darauf aufmerksam gemacht,[44]) daß am 18. Oktober ein großer Burschentag in Berlin stattfinden soll und die Universitäten bereits eingeladen seien. „Der König wünscht, daß die Studierenden in keiner Weise sich daran beteiligen und sie sollen mit allem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht wer-

[42]) K.A.M., Min. Akt. I. 1015 Nr. 41.
[43]) Kolde a. a. O. S. 210 f.
[44]) K.A.M., Min. Akt. I 1015 Nr. 41.

den durch Anschlag oder selbst in öffentlichen Blättern." In gleicher Weise wurden die Studierenden am 7. September und 3. Oktober 1819 vor den Burschentagen zu Streitberg bzw. Jena gewarnt.

Man kann ja kaum aus diesen Verboten auf ein sicheres Bestehen einer Burschenschaft in Landshut schließen (es können auch nur die gleichlautenden und für Landshut vielleicht grundlosen Kopien solcher an anderen Hochschulen sein), sie gewinnen aber an Wert, wenn von anderer Seite das Bestehen oder wenigstens die Anfänge zu einem solchen zugegeben werden. Kurz schreibt in den Akademischen Monatsheften XXI 1904/1905 Seite 336 in der Geschichte des Korps Bavaria in Landshut und München, daß schon 1819 in Landshut eine burschenschaftliche Partei unter dem Namen „Alemannia" im Begriffe stand, sich zu organisieren oder wahrscheinlich organisiert war.

Ja es scheint schon im Jahre 1818 eine Burschenschaft in Landshut existiert zu haben, wofür ein gewiß einwandfreies Zeugnis in dem Universitätsbericht des Rektors Mittermeier vom 3. September 1818 vorliegt. In diesem heißt es:[45]) „Vorzüglich war ich darauf bedacht, die unschuldig erscheinende, auf den meisten deutschen Universitäten blühende und selbst oft begünstigte Burschenschaft nicht in Landshut aufkommen zu lassen. Durch Zufall kam ich in den Besitz mancher Geheimnisse dieser Vereinigung, und nur dadurch konnte es mir gelingen, einen Damm entgegenzusetzen. Schon wurden im verflossenen Winter wahrscheinlich durch Abgesandte der anderen Universitäten Versuche gemacht; sie scheiterten an dem richtigen, geraden Sinn unserer Studierenden, die durch mich gewarnt waren. Landshut wird nach meiner Überzeugung in sittlicher Hinsicht immer sich auszeichnen, wenn nur hier dem Einschleichen der Burschenschaft, deren erstes Auftreten sehr verdächtig ist, vorgebeugt wird."

Danach hätte im Winter 1817/1818 in Landshut eine Burschenschaft bestanden, die allerdings durch das Einschreiten des Rektors wieder aufgehoben wurde und bis zum Herbst 1818 nicht mehr nachweisbar war. Die Versicherung in dem Rektoratsbericht, daß keine Burschenschaft bestehe, darf nicht als unumstößlicher Beweis dafür angesehen werden, daß wirklich keine bestand. Die Rektoratsberichte[46]) haben auch früher und später angegeben, daß landsmannschaftliche Verbindungen nicht vorhanden seien, und doch haben spätere Untersuchungen ihr Bestehen nachgewiesen.

Es ist denkbar, nachdem die bestehende Burschenschaft durch „Zufall" oder vielleicht mehr durch Verrat entdeckt worden war,

---

[45]) K.A.M., Min. Akt. 1001 Nr. 2.
[46]) K.A.M., Min. A. 1001 Nr. 2.

daß die Mitglieder derselben sich noch mehr zurückgezogen haben, und die Burschenschaft unter einem Decknamen weiter bestand. Vielleicht finden wir in der um 1819 auftauchenden sogenannten „Adeligen Suite" oder „Karolina" die Burschenschaft wieder. Die Schilderung dieser „Karolina" nach W. Fabricius (Die deutschen Korps) läßt zwar nicht den Geist der damaligen Burschenschaft wiedererkennen. Nach Fabricius war die Adelige Suite, wie auch ihr Name sagt, eine Vereinigung adeliger Studenten und Offiziere, die nur Adeligen Satisfaktion geben wollten. Dagegen spricht aber, daß auch Nichtadelige und Nichtoffiziere Aufnahme in der Karolina fanden. Als Mitglieder derselben können nachgewiesen werden:[47]) von Aretin Philipp, Beer, von Lerchenfeld Max, zwei von Leoprechting, der eine mit dem Vornamen Max, Harold, von Junker, Martin, von Moy Karl, Sagasta, Scherer, Leutnant Scharrer, von Seefeld-Törring.

Die Zusammenkünfte fanden in der Schweindlschen Wirtschaft statt.[48]) Nach dem Berichte des Regierungsdirektors von Günther sollen dabei auch Hazardspiele getrieben worden sein. Mit den Landsmannschaften lag die Karolina in ständigem Streit und viele Mitglieder der letzteren wurden von diesen in Verruf gesteckt. Die Erbitterung war so hoch gestiegen, daß angeblich Mitglieder der Karolina die Landsmannschaften bei den Behörden 1820 anzeigten und deren vorübergehende Auflösung herbeiführten.[49])

Das geringe Material läßt kein deutliches Bild von der Karolina erkennen. Im Gegensatze zu den oben angeführten Lebensäußerungen der Karolina steht die Tatsache, daß mehrere ihrer Mitglieder von Würzburg kamen und dort eifrige Anhänger der Burschenschaft waren, so Philipp Freiherr von Aretin aus Amberg, Karl Freiherr von Leoprechting aus Irlach bei Regensburg, Max Graf von Lerchenfeld-Köfering aus München und Anton Graf von Seefeld-Törring aus München.[50]) Es ist nicht anzunehmen, daß diese sich einem Kreis angeschlossen haben, der im geraden Gegensatz zu dem der Würzburger Burschenschaft stand. Es muß daher trotz der bestehenden Widersprüche die Vermutung aufrecht erhalten werden, daß die Karolina vielleicht doch die burschenschaftliche Partei vertrat.

Ebenso ist man auf Vermutungen angewiesen, wenn man eine Zusammenkunft der unter dem Namen des „Reimerschen Kreises" bekannt gewordenen Patrioten in München mit den Verhältnissen in Landshut zusammenbringen will.

---

[47]) Riedner a. a. O. S. 50 ff.
[48]) Ebenda S. 50.
[49]) Ebenda S. 51.
[50]) Mitgeteilt von H. Prof. Haupt und H. Prof. Leininger.

Auffallend ist diese Zusammenkunft in Süddeutschland immerhin, vielleicht vermag eine spätere Forschung, der mehr Material zugängig ist, Licht dahinter zu bringen; die Tatsachen mögen hier erwähnt werden: Am 13. Juli 1820 hatten der Buchhändler Reimer, der Professor de Wette, Dr. Jung, von Fernow und Förster eine Zusammenkunft in München; sie waren im Schwarzen Adler abgestiegen und hatten sich teilweise unter verändertem Namen ins Fremdenbuch eingetragen. Dann kam noch ein Maler namens Zimmermann, in dem man den Hauptmann v. Plehwe vermutet. Eine vorgenommene Hausuntersuchung förderte nichts zutage. Auch sonst ist etwas Näheres über diese Unterhandlung nicht zu erfahren. (Berl. G. St. A. R. 77 XVII und München Kr. A. M. A. I. 1015 Nr. 417.)

Aus den Jahren 1820 bis 1822 liegen keine Nachrichten über die Landshuter Burschenschaft vor. Sie beteiligte sich nachweisbar nicht an den in diesen Jahren stattfindenden Burschentagen. Vielleicht haben die Karlsbader Beschlüsse die Burschenschaft zu größter Vorsicht veranlaßt, und hat auch in Landshut eine formelle Auflösung stattgefunden. Ein enger Kreis scheint weiter bestanden zu haben und ist 1822 wieder mehr in die Öffentlichkeit getreten. Mit den Korps hat man sich auf freundlichen Fuß gestellt.

Kurz berichtet in Akademischen Monatsheften XXI 1904/05 S. 336, daß die Waffen der Burschenschaftspartei in den Jahren 1822/1823 von den Landshuter Landsmannschaften anerkannt waren. Daraus kann man immer auf eine gewisse Form derselben schließen.

In dem ersten Heft des Maies 1823 der in Stuttgart erscheinenden Konstitutionellen Zeitschrift[51]) findet sich auf Seite 576 ein Artikel aus München vom 23. April über Landshut, in dem es heißt: „Es sei soeben gegen die Burschenschaft zu Landshut eine Untersuchung verfügt und deren Archive unter Siegel gelegt worden — wahrscheinlich als Folge des unanständigen Betragens einiger Studierender gegen die Allerhöchste Person Seiner Majestät des Königs bei der Durchreise." Demgegenüber stellt jedoch die Ministerialkommission unter dem 25. Juni 1823 fest, daß eine Burschenschaft in Landshut nicht vorhanden und daß die Studierenden an patriotischem Geist keinem Bayern nachstehen.

Der Ministerialkommissär von Günther führt in einem am 30. Juni 1823 erstatteten Bericht an:[52]) „Der derzeitige Rektor Röschlaub habe im Senat geäußert, daß in Landshut eine Burschenschaft bestehe oder errichtet werden wolle und er beschuldigt meinen Sohn und den Studierenden Wolf als die

[51]) K.A.M., Min. A. 1008 Nr. 39.
[52]) K.A.M., Min. A. 1008 Nr. 39.

Haupttriebfedern dieses verpönten Unternehmens. Die Sache ist glücklicherweise nichts als eine Erfindung und hängt so zusammen: Die Studierenden Hoffstadt und Wolf kamen von Erlangen und der Studierende Martin von Würzburg hierher; an beiden Universitäten bestanden bisher Burschenschaften, also schloß man, werden wohl diese drei Mitglieder davon gewesen sein. Da nun mein Sohn mit diesen häufigen Umgang pflegt und noch einige andere sich zu ihrem Umgange hindrängten, so war nicht mehr weit zu dem Schluß, daß diese zusammen eine Burschenschaft begründen wollten."

Weitere Einzelheiten über diesen Vorfall konnten nicht ermittelt werden. Es mag wohl in der Person des Angeschuldigten liegen, daß die Untersuchungen nicht mit dem sonst üblichen Nachdruck geführt wurden, ja sie scheinen ganz niedergeschlagen worden zu sein. Nach unseren heutigen Begriffen ist es aber unglaubhaft, daß der Rektor einen so schweren Verdacht gegen den Sohn einer hochstehenden Person öffentlich im Senate ausspricht ohne sichere beweisende Unterlagen. Dieser Verdacht ist um so mehr berechtigt, als Martin Mitglied der Würzburger, Hoffstadt und Wolf Mitglieder der Erlanger Burschenschaft waren.[53]) Daher darf man wohl annehmen, daß im Sommer 1823 mit Unterstützung von Erlangen und Würzburg zu Landshut eine Burschenschaft bestand.

Die letzten Jahre der Landshuter Periode sind ohne auffindbare äußere Zeichen der Burschenschaft. Es liegt die Vermutung nahe, daß durch die Mitgliedschaft des Ministerial-Kommissärssohnes eine rasche Auflösung im Sommer 1823 nötig war, um so einer Untersuchung den Boden zu entziehen oder aber auch, daß durch die Beteiligung eines den Regierungskreisen nahestehenden Mitgliedes die Burschenschaft im Verborgenen ungestört weiter fortbestehen konnte.

Noch erklärlicher wird die Schwierigkeit eines Nachweises burschenschaftlicher Bewegung durch die immer weiter um sich greifenden Untersuchungen der Mainzer Zentral-Kommission. Wie an anderen Universitäten werden auch in Landshut alle äußeren Zeichen einer Burschenschaft vernichtet worden sein. Unter einem harmlosen Namen und unter Angabe eines nebensächlichen Zweckes werden die Zusammenkünfte der burschenschaftlich Gesinnten in formloser Weise stattgefunden haben.

Der Regierungswechsel und die Verlegung der Universität im Oktober 1826 nach München brachten im studentischen Verbindungsleben eine durchgreifende Änderung. Die bisher verbotenen studentischen Gesellschaften konnten bei der freien Auffassung der Regierung an ein offenes Auftreten denken. Den vier alten Korps war es in Landshut ohne viel Schwierig-

[53]) Mitgeteilt von H. Prof. Haupt und H. Prof. Leininger.

keiten gelungen, ein gewisses Monopol zu behaupten, besonders da es die Burschenschaft durch ihre politischen Zwecke und die daraus sich ergebenden Folgeerscheinungen immer selbst unmöglich machte, sich öffentlich zu zeigen. Aber sie sahen in der Burschenschaft immer ihren gefährlichen Gegner. Darum darf es uns nicht wundern, wenn der erste Konventsbeschluß der „Palatia“, der in München gefaßt wurde, lautete:[54]) „Es darf sich in München keine Burschenschaft auftun.“

Aber schon am 21. November desselben Jahres wurde in einer Sitzung der Korps bekanntgegeben, daß sich am gleichen Tage, also am 21. November, eine Burschenschaft konstituiert hätte. Es wurde der Burschenschaft das Ansinnen gestellt, ein Korps zu bilden; nach Ablehnung dieses Vorschlages sprachen die Korps über die Burschenschaft den Verruf aus.[55])

Dieser Verruf wurde im Dezember 1826 vom Münchner S. C. dem Würzburger S. C. mitgeteilt; der Würzburger S. C. bat um nähere Angaben, da in Würzburg fremden Burschenschaftern Satisfaktion gegeben werde. Nach näherer Angabe trat auch der Würzburger S. C. dem Münchner Beschlusse bei. (Der Würzburger S. C. im vorigen Jahrhundert von Dr. Karl Fröhlich.)

Nähere Einzelheiten über die Burschenschaft in den ersten Monaten in München liegen nicht vor; als Name wird Amicitia angegeben. Da in den S. C.-Protokollen so bestimmt von der Burschenschaft gesprochen wird, ist anzunehmen, daß sie vollkommen nach innen und außen einer Burschenschaft an anderen Hochschulen glich, daß sie die Verfassung der Allgemeinen Burschenschaft hatte usw.

Anfangs Januar 1827 meldeten eine Anzahl Studenten, die sich von der Burschenschaft losgesagt hatten (diese bestand also mindestens bis dahin), die Bildung eines Korps „Germania“ an. Der Münchner S. C. wollte sie anerkennen unter der Bedingung, daß sie einen anderen Namen, aber keinen burschenschaftlichen wie Concordia, Harmonia, Cerevisis, Alemannia oder Teutonia wählten. Nachdem diese Vorbedingung erfüllt war, wurde das neue Korps unter dem Namen „Arminia“ am 22. Januar 1827 anerkannt. Die Farben waren schwarz-rot-gold, der erste Senior hieß Ludwig Haushalter, der nach ihm Schulz aus Zweibrücken. Letzteren treffen wir später bei der Markomannia und Germania wieder an.[56])

Am 28. Februar 1827 zeigte der Münchner S. C. dem Würzburger S. C. an, daß sich in München ein neues Korps unter dem Namen „Arminia“ mit den Farben „Schwarz-rot-

---

[54]) Du Moulin-Eckart a. a. O. S. 62.
[55]) Qu. u. D. IV, 276, Fußnote.
[56]) Qu. u. D. IV, 267, Fußnote.

gold" aufgetan habe. Der Würzburger S. C. erkannte dasselbe an (Dr. Karl Fröhlich, Der Würzburger S. C. im vorigen Jahrhundert).

Nachdem die Arminia am 22. Januar offiziell vom S. C. anerkannt worden war, ist anzunehmen, daß sie in allen ihren Institutionen einem Korps glich. Trotzdem war die Gesinnung der Mitglieder eine burschenschaftliche. Schon nach einem halben Jahr, am 24. Juni 1827, zeigten sie dem S. C. an, daß sie wieder zur Burschenschaft halten wollten und sich auflösten.[57]) Bald darauf, im August 1827, taucht die Burschenschaft „Markomannia" auf.

Der Zusammenhang dieser Ereignisse wird wohl folgender sein: gleich bei der Eröffnung der Münchner Universität war die Landshuter Burschenschaft unter dem Namen „Amicitia" nach München verpflanzt worden. Schon das sofortige Auftreten der Burschenschaft in München spricht dafür, daß auch in Landshut eine solche bestand; in München glaubte sie offener auftreten zu können, geriet aber dadurch mit den Korps in Streit und, da sie nicht nachgab, wurde sie von diesen in Verruf gesteckt. Vielleicht war einigen Mitgliedern der Burschenschaft dieser Verruf zu lästig, so daß sie es vorzogen, aus der Burschenschaft auszutreten und im Sinne der Korps eine neue Verbindung, die Arminia, zu gründen. Kann auch sein, daß sie glaubten, unter dem äußeren Bilde eines Korps mehr für die burschenschaftliche Sache leisten zu können. Nach beiden Richtungen wurden aber anscheinend die Erwartungen nicht erfüllt. So zogen sie es denn bald wieder vor, sich offen zur Burschenschaft zu bekennen.

Ob während dieser Schwankungen nebenher noch die Burschenschaft, also die Amicitia, bestand, ist nicht nachweisbar; ebensowenig, ob der Name „Markomannia" erst im Sommer 1827 entstand oder ob dies der Name der seit der Verrufserklärung durch den S. C. durch Gründung der Arminia geschwächten Burschenschaft ist. Auf jeden Fall ist es nicht gut denkbar, daß seit 1826 zwei Burschenschaften in München bestanden. Möglich ist, daß die Burschenschaft nach dem Ausscheiden einer großen Zahl ihrer Mitglieder, also im Januar 1827, sich einen neuen Namen und zwar „Markomannia" zulegte. Bei den Verhören der Mitglieder der Markomannia und Germania kehrte sehr häufig die Aussage wieder, die Markomannia sei bald nach der Verlegung der Universität von Landshut nach München entstanden, dabei kann auch erst der Januar oder selbst der August 1827 in Betracht kommen. Von der Abspaltung der Arminia oder dem Bestehen mehrerer burschenschaftlicher Verbindungen wird dort nichts geäußert.

---

[57]) Qu. u. D. IV, 267, Fußnote.

Wie in Landshut, so scheinen auch im Beginne der Münchner Zeit die Burschenschaften zu Würzburg und Erlangen die Münchner Burschenschaft nachdrücklichst unterstützt zu haben. Die drei Burschenschaften haben sich ferner mit dem Gedanken eines Kartells getragen. Wohl zu diesem Zweck fand im Spätherbste 1826 zu Augsburg ein Burschentag der drei statt.[58]) Ob dort nur vorläufig oder für ständig ein Kartell zustande kam, ist zweifelhaft.

Die Burschenschaft Markomannia ist demnach aller Wahrscheinlichkeit nach aus einer Vereinigung der Arminia und Amicitia im August 1827 entstanden. Die Namen Amicitia und Arminia verschwinden von diesem Zeitpunkte an; zwar erscheinen sie noch einmal in dem die Auflösung verfügenden Dekret im Jahre 1831 und in der Untersuchung im Jahre 1833.[59]) Daraus darf aber nicht der Beweis entnommen werden, daß Burschenschaften dieses Namens in damaliger Zeit noch bestanden, es handelte sich vielmehr um eine Zusammenfassung aller bisher bestandenen burschenschaftlichen Verbindungen.

Vom ersten Lebensjahre der Markomannia ist uns nichts überliefert; durch die bildliche Darstellung von Lindenschmidt (B. Bl. W. S. 93/94) erfahren wir, daß die Markomannia am 15. Juni 1828 eine festliche Fahrt nach Dachau unternahm. Die Veranlassung dazu ist unbekannt. Als Mitglieder werden folgende angegeben: Böckling, Bruch, Augsberger, Bandral, Bleichmann, Deimling, Dietsch, Dollmeier, Durrer, Eizenberger, Eppelsheim, Ettlin, Fries, Feller, Flury, Gartner, Geib, Gerster, Großmann, Gulden, Haase, Handel, Heinkelmann, Herche I, Herche II, Heller, Haskarl, Heinz, Hoffmann, Herder, Hofenfels, Hörer, Hohenegger, Hembel, Huber, Hunzziger-Jauch, Jenny, Käferlein, Kaefferle, Kestner, Klarus, König, Kögel, Krug, Kruker, Lindemann, Lindenschmidt, Lobter, Mallinckrodt, Merz, Michahellis, Nükel, Oberle, Oehlenschläger, Pingret, Pöttger, Preu, Reichenbach, Riemann, Scharf, Schmidt, Schmitt II, Scheuer, Schneidersitz, Schoppmann, Schwab, Schwarzmeier, Schulz, Schuster, Seitz, Seuffert, Sicherer, Sommer, Stahl, Steinmetz, Stoll, Stumpf, Vock, Williami, Winckler, Withalm, Wolfhart.

Erst vom Herbst 1828 an können wir die innere und äußere Entwicklung der Markomannia genauer verfolgen; da sie da-

---

58) B.Bl., Sonderheft I, S. 4 f.: Veröffentlichungen des Archivs der Burschenschaft, Berlin 1895/1896, Heft III, S. 114 ff.

59) Qu. u. D. IV, 267, Fußnote.

mals über 30 Mitglieder zählte und, wie wir sehen werden, eine Burschenschaft genau nach dem Vorbild der Jenenser Burschenschaft war, so scheint sie schon von Anfang an als solche gegründet worden zu sein.

Nach Compes, (Gerhard Josef Compes war am 21. Februar 1810 zu Koschenbroeg als Sohn eines Ökonomen geboren. Er studierte von Herbst 1827/28 zu Bonn, von Herbst 1828/29 in München, von Herbst 1829/30 wieder in Bonn Jura; er war dann Auskultator in Münster, Düsseldorf und Köln, später Advokat in Köln und Krefeld), der im Herbst 1827 an die Universität München kam, bestanden damals dort mehrere Landsmannschaften, die Schwaben, Bayern, Pfälzer, Isaren und Schweizer, und eine Burschenschaft unter dem Namen Markomannia.[60])

Die Markomannia war als Burschenschaft organisiert wie jede andere. Die Markomannia hatte die Konstitution der allgemeinen Burschenschaft; besonders war der später eine so große Rolle spielende Tendenzparagraph mit dem der allgemeinen Burschenschaft übereinstimmend und lautete: „Vorbereitung zur Herbeiführung eines in Einheit und Freiheit geordneten deutschen Staatslebens, vermittels körperlicher und geistiger, sittlicher und wissenschaftlicher Ausbildung."

Sie hatte ihren Vorstand, ihr Ehrengericht, eigene Waffen und eine Bibliothek; es wurden Wechselsteuern eingezogen. Die Farben waren weiß-rot-gold; die Verbindungsmitglieder zerfielen in Renoncen und Mitglieder, die in Kränzchen verteilt waren.

Die Aufnahme ging meist so vonstatten, daß den Eintretenden die allgemeine und spezielle Konstitution vorgelesen oder zum Durchlesen gegeben wurde und zwar, wie Compes glaubt, den Renoncen nur teilweise, den Mitgliedern ganz. Nach einiger Zeit fragte der Sprecher die Rezipierenden, ob sie bei dem Wunsche, in die Verbindung einzutreten, beharrten. Je nach dem Gefühle der Betreffenden wurde mit einem einfachen Ja oder in längeren Phrasen die Einwilligung gegeben und zuletzt durch Handschlag bekräftigt. Zum Anfang und Ende wurde ein Lied, gewöhnlich „Sind wir vereint zur guten Stunde", gesungen. Der Aufnahmeakt war in München genau so wie in Bonn. Als Renonce wurde einer aufgenommen, wenn er einige Tage die Verbindungskneipe besucht hatte und nichts Unhonoriges, d. h. nichts der äußeren und inneren Sittlichkeit Widersprechendes gegen ihn vorlag. Der Renonce konnte Mitglied werden, wenn er eine gewisse längere Zeit Renonce gewesen war, sich als einen durchaus honorigen, in dem äußeren

[60]) Nachfolgende Ausführungen sind entnommen aus B.G.St.A., Rep. 97 VIII. B. 42 u. Rep. 77. XXVIII a. 1.

Studentenleben erfahrenen und gewandten, unter seinesgleichen angesehenen und im Verstande und Gemüt im allgemeinen frischen Menschen gezeigt hatte. Für beide Arten der Mitgliedschaft wurden die Leute nicht auf- oder ausgesucht, sondern die Aufnahme geschah auf ihren Antrag.

Nach außen unterschieden sich die beiden Mitgliederarten im Band: die Renoncen trugen ein weiß-rot-weißes, die Mitglieder ein weiß-gold-weißes.

Um die Verbindung ihrem Zwecke gemäß zu halten, geschahen einesteils Körperübungen, anderenteils wurde sehr auf strengste Moralität im ausgedehntesten Maße, namentlich auf Fernhaltung, Unterdrückung und Bestrafung aller liederlichen Ausschweifungen gesehen, sowie auf Fleiß im Betriebe der wissenschaftlichen Ausbildung gebührend Acht genommen. Um die Liebe zum Vaterlande zu erregen und zu beheben, wurden häufig patriotische Lieder, wie sie in den bekannten Kommersbüchern zu finden sind, gesungen und manchmal wurde auch von dem einen oder anderen, wie es einem jeden gerade einfiel, bei dieser oder jener Gelegenheit, wie sie sich gerade bot, ein Wort, welches auf vaterländische Erinnerungen Bezug nahm, gesprochen.

Von einer praktischen politischen oder revolutionären Richtung war in der Markomannia noch keine Spur vorhanden. Anfänglich war die Konstitution kurz und einfach, durch die fortwährenden Parteiungen war jedoch eine so große Menge von neuen Gesetzen angeschwollen, daß man nicht mehr wußte, was eigentlich Rechtens war, um so weniger wissen konnte, da sich die Novellen untereinander widersprachen.

Es ist anzunehmen, daß die Markomannia ein Bestandteil der allgemeinen deutschen Burschenschaft war; Compes hält es wegen der Übereinstimmung der Tendenzparagraphen für wahrscheinlich, bestimmt vermag er es nicht anzugeben.[61]) Die Beschickung von Burschentagen ist nirgends nachweisbar. Jedoch sagt Compes aus, daß er von Burschentagen vor seiner Zeit (vor 1828) habe reden hören; auch seien Protokolle davon vorhanden gewesen. Näheres kann er aber nicht angeben.[62])

Das innere Leben in der Markomannia scheint ein wenig erfreuliches gewesen zu sein. Es wird übereinstimmend berichtet, daß von anfang an sich zwei Parteien bildeten, die sich systematisch Opposition leisteten. Es ging der Zwist so weit, daß sich die Häupter wechselseitig Notizbücher hielten, in welche sie das eintrugen, was der eine oder der andere von der Partei gesprächsweise über einen Neutralen äußerte. Der Grund dieser Streitigkeiten sei nur durch persönliche Gegensätze bedingt ge-

---

[61]) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1.
[62]) B.G.St.A., Rep. 97 VIII. B. 42.

wesen. So versichern wenigstens übereinstimmend die darüber Vernommenen.[63])

Zuerst spaltete sich unter Führung des später berühmt gewordenen Naturforschers Louis Agassiz und Wilhelm Schimpers die „Burschenschaft Helvetia“ ab (B. Bl. Jahrgang VII, H. 6), wahrscheinlich das Korps „Helvetia“. Dadurch trat aber nicht die gewünschte Entspannung ein.

Im Gegenteil, um die Wende des Jahres 1828/29 spitzte sich der Zwist immer mehr zu. An der Spitze der einen Partei standen Dollmeyer und Gulden, an der der anderen Pistor, Schauberg I und Schulz, der Mediziner. Die längst vorbereitete Trennung fand nach der Aussage von Compes am 12. Januar 1829 statt Der Hergang war folgender:[64]) Auf Schaubergers Stube fand an diesem Tage eine Sitzung statt, in welcher der Entwurf einer neuen Konstitution vorgetragen und über die Aufnahme des Studenten Böcking in die innere Verbindung abgestimmt werden sollte; dabei kam es zu den heftigsten Debatten. Im Verlaufe derselben scheint das Mitglied Stumpf den Vorstand beleidigt zu haben, so daß auch darüber abgestimmt werden mußte. Die Pistorsche Partei blieb in der Minorität. Gleich nachdem das Abstimmungsresultat bekannt gegeben wurde, trat Schauberg I mit einer Liste hervor, las die darin verzeichneten Mitglieder ab und erklärte, daß sie exkludiert seien. Er forderte sie gleichzeitig auf, das Zimmer zu verlassen.

So die Schilderung von Compes. Wie wir später sehen werden, blieben die Anhänger von Dollmeyer und Gulden als Markomannia weiter bestehen, unter Pistor entstand die Germania.

Vorher noch einiges über die wahrscheinliche Ursache der Trennung. Man ist geneigt, alle diese Spaltungen, die seit 1826—1827 von Erlangen ausgehend, bei fast allen Burschenschaften vor sich gingen, auf eine verschiedene Auffassung der Tendenz der Burschenschaft zurückzuführen. Verursacht wurde dies durch den von der Bundes-Zentralbehörde an den Bundestags-Ausschuß erstatteten und durch Druck veröffentlichten Bericht: „Darlegung der Hauptresultate aus den wegen der revolutionären Komplotte der neueren Zeit geführten Untersuchungen (auf den Zeitabschnitt mit Ende Juli 1838)“. Nach diesem hätte die Trennung in Germanen und Arminen auf verschiedener Auffassung der Tendenz der Burschenschaft beruht:[65]) „Die einen hätten mehr praktisch-politische, in der Steigerung der letzten Jahre entschieden revolutionäre Ziele, gehabt, die an-

[63]) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1 u. Rep. 97 VIII. B. 42.
[64]) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1.
[65]) Qu. u. D. IV, 247 ff.

deren eine mehr auf die Gesinnung wirkende Richtung, die Germanen die politische, die Arminen die ideale Einheit Deutschlands gewollt. Hinsichtlich der Mittel hätten die letzteren nur durch wissenschaftliche, sittliche und körperliche Ausbildung vorbereitet, die Germanen aber sich nicht auf diese Mittel ausschließlich beschränken, sondern daneben wirken wollen, wann und wie es träfe. Hinsichtlich der Form hätten die Arminen Allgemeinheit, die Germanen aber Renoncen oder eine weitere Vereinigung im Gegensatz zum engeren Verein gewollt." Demgegenüber stellt G. Heer im 4. Band der „Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burschenschaft und der deutschen Einheitsbewegung" S. 251 ff. fest, daß Ursache der Spaltung weniger die Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der Tendenzparagraphen war als vielmehr der Unterschied in der Form der Verbindung und in der Stellung in der Studentenschaft. Auch sei dieser Streit nicht nur auf Erlangen beschränkt gewesen und von dort auf die übrigen Universitäten übertragen worden, die Keime desselben waren auch anderswo vorhanden. Seit 1825 mehren sich die Spaltungen in so auffallender Weise, daß sich die Notwendigkeit geradezu aufdrängt, den Grund in allgemein herrschenden Verhältnissen zu suchen. Der Gedanke der alten Burschenschaft, die ganze Studentenschaft zusammenzufassen, den man selbst nach der Katastrophe von 1819 zunächst noch festzuhalten versuchte, hatte sich allmählich mehr oder weniger verflüchtigt. Man fand sich mit der seit den Karlsbader Beschlüssen zutage tretenden Tatsache ab, daß die Burschenschaft lediglich eine studentische Partei war. Daraus ergab sich aber die Notwendigkeit, zu der Gegenpartei der Landsmannschaften oder Korps eine klare Stellung zu gewinnen. Die Verfolgungen seitens der Behörden hatten schon seit 1822, mehr noch seit 1824 dazu genötigt, daß die Einzelburschenschaften von kleinen Gruppen besonders gesinnungstüchtiger, meist älterer Leute, gelenkt wurden, den sogenannten Engeren Vereinen. Daran schloß sich die Menge der Renoncen und sogenannten Kommentburschen, zum Teil aus den zahlreichen Leuten bestehend, die aus dem einen oder anderen Grund nicht Verbindungsmitglieder wurden. Darunter befanden sich viele laue Elemente, welche für ein eigentlichs Verbindungsleben keinen Sinn hatten oder dafür ungeeignet waren, darunter auch solche, welche die blanke Klinge scheuten und denen es hochwillkommen war, daß der Kampf mit den Korps dahin führte, daß das schlagfertige Verhältnis mit ihnen abgebrochen war, während unter den Angehörigen der Burschenschaft das Ehrengericht etwa kontrahierte Duelle meist beilegte. Die Gegnerschaft zu den Korps veranlaßte aber gerade bei den energischer veranlagten Führern der Burschenschaft den Wunsch einer straffen Verbindungsorganisation; man fühlte

das Unwürdige des Verrufes und wollte dem Gegner nach alter studentischer Sitte mit der Waffe entgegentreten, den widerstrebenden und zum Teil für das Verbindungsleben unbrauchbar erscheinenden „Schwanz“ los werden. Andererseits fühlten sich die Renoncen durch ihre Rechtlosigkeit zurückgesetzt und strebten nach einer Anteilnahme an den Verbindungsangelegenheiten. So sehen wir bei den meisten Spaltungen im wesentlichen ähnliche Bilder: Auf der einen Seite das Streben, eine enggeschlossene Verbindung herzustellen, den „Schwanz“ abzustoßen und damit zusammenhängend, mit den Korps sich auf schlagfertigen Fuß zu setzen; auf der anderen die Unzufriedenheit der Renoncen mit ihrer rechtlosen Stellung. Bald tritt in den Berichten der eine, bald der andere dieser Streitpunkte als der hauptsächliche oder auch allein den Zwist verursachende hervor; bald bemerken wir, daß sie alle nebeneinander ihre Wirkung äußern. Hier Allgemeinheit und damit möglichste Befreiung vom Zwang, dort festgeschlossene Verbindung mit Scheidung in einen engeren und einen weiteren Verein; hier möglichste Beseitigung des Duells, Aufrechterhaltung des Verrufes gegen alle Nichtburschenschafter, besonders gegen die Korps, dort unbedingte Satisfaktion mit den Waffen gegenüber allen ehrenhaften Studenten, daher auf gegenseitiger Anerkennung beruhendes Verhältnis zu den Korps. Das waren unvereinbare Gegensätze; darin, nicht in den verschiedenen Meinungen über den Zweck, lag die Hauptursache der Spaltungen, daneben in oft rein persönlichen Streitigkeiten einzelner Mitglieder und in gekränktem Ehrgeiz derjenigen, die gern eine Rolle spielen wollten, aber nicht dazu kamen. Politische Beweggründe zu unterschieben ist vielleicht in der Zeit nach 1830 angängig, in der politisch so erregten Zeit, die einen besonders starken Einfluß auf das studentische Leben ausgeübt hat.

In der Münchner Burschenschaft scheint bei der ersten Spaltung das Anstreben eines besseren Verhältnisses zu den Korps maßgebend gewesen zu sein. Dagegen haben einzelne Züge aus dem Zwiste in der Markomannia mehr den Stempel der rein persönlichen Fehde, so daß die Angaben Compes und anderer sich zu bestätigen scheinen. So darf man auch annehmen, daß die in der Auflösungssitzung beratene Änderung der Konstitution nicht wesentliche Punkte wie die Tendenz berührte. Wie oben erwähnt, waren bei der Gründung der Münchner Burschenschaft besonders Erlanger und Würzburger Burschenschafter beteiligt; so mag es möglich sein, daß die Streitigkeiten von Erlangen nach München übertragen wurden. Dort hatten sie aber auch ihren Grund in persönlichen Streitigkeiten,[66]) eine ein strammes, auch äußerlich schneidiges

[66]) Qu. u. D. IV, 263.

Auftreten und Verbindungsleben anstrebende Minderheit stand einem großen Schwanz von meist lauen, zum Teil mystisch frömmelnden, zum Teil ein gemütliches Kneipleben ohne Zwang und besonders möglichst ohne Duellzwang wünschenden Leuten gegenüber. Ebenso wird allseitig bezeugt,[67]) daß die Erlanger Spaltung ursprünglich allein aus Streitigkeiten über studentische Fragen und von persönlicher Art hervorgegangen ist. Auf den Burschentagen zu Bamberg und Würzburg habe man bei der Frage der Rechtmäßigkeit lediglich untersucht, welche von beiden Parteien als Fortsetzung der alten Burschenschaft anzusehen sei. Fassen wir dies alles unter Berücksichtigung der Münchner Verhältnisse zusammen, so kommen wir zu dem Resultat, daß auch bei der Markomannia vor allem persönliche Reibereien, in zweiter Linie aber auch Meinungsverschiedenheiten über Gestaltung des Verhältnisses zu den Korps und der Stellung zum Duell Ursache der Spaltung waren. Wenn auch später der als Markomannia fortbestehende eine Teil in arministische, der als Germania fortgeführte andere in die germanistische Richtung kamen, so fand diese Entwicklung erst lange nach der Trennung statt.

Nach Compes[68]) blieben die Anhänger von Dollmeyer als Markomannia fortbestehen; da der Sprecher auf ihrer Seite war, verblieben aller Wahrscheinlichkeit nach die Verbindungspapiere bei ihnen.

Die Feststellung, wer von den Markomannen außer den schon oben Genannten bei der Gründung der Germanen beteiligt war, ergibt einen Widerspruch mit der von Compes angegebenen Tatsache, die Pistorsche Germanenpartei sei in der Minderzahl gewesen. Wie wir unten sehen werden, finden wir den größten Teil der Markomannen bei den Germanen wieder. Vielleicht hat Compes nur diejenigen als frühere Markomannen angeben können, die er später bei den Germanen näher kennen lernte — er war nur ungefähr 14 Tage bei der Markomannia, da trat die Spaltung ein — oder es traten später noch mehrere zu den Germanen über.

Nach Compes[69]) gehörten der Markomannia im Herbste 1828 folgende Mitglieder an:

Dollmayer (meier)?	Mitglied des E. V. (Engeren Vereins).
Fries aus Winnweiler,	„ „ „ „
Gulden aus Nörtheim,	„ „ „ „
Koegel aus München,	„ „ „ „
Pistor aus Bergzabern,	„ „ „ „
Schauberg I aus Anweiler,	„ „ „ „

---

67) Qu. u. D. IV, 263.
68) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1.
69) Ebenda.

Schulz aus Zweibrücken Mitglied des E. V. (Engeren Vereins).
Seufert aus Dettelbach, " " " "
Stumpf, ? " " " "
v. Zuydtwyck, Herstelle/Wes. " " " "
Schmidt aus Kaiserslautern, Mitglied des Frankf. Parlaments.

Böcking aus Zweibrücken,	Renonce.
Engelmann aus Winnweiler,	"
Ettlin aus Unterwalden,	"
Heinz, Zweibrücken,	"
Lindenschmidt, Mainz,	"
Oberle, Kirchheimbolanden,	"
Preu, Nürnberg,	"
Schauberg II, Anweiler,	"
Schuster, Karlstadt,	"
Stahl I, München,	"
Stahl II, München,	"
Withalm, Nürnberg,	"
Zinnerlin, Zofingen,	"
Koch, Kandel,	"

Als Mitglieder der Germania werden von demselben angegeben:

Engelmann	aus	Winnweiler,	Wintersemester	1829,	E.	V.
Ettlin	"	Unterwalden,	"	"	"	"
Fries	"	Winnweiler,	"	"	"	"
Koegel	"	München,	"	"	"	"
Oberle	"	Kirchheimbolanden,	"	"	"	"
Pistor	"	Bergzabern,	"	"	"	"
Schauberg I	"	Anweiler,	"	"	"	"
Schulz	"	Zweibrücken,	"	"	"	"
Seufert	"	Dettelbach,	"	"	"	"
Stumpf	"	?	"	"	"	"
Zuydtwyck	"	Herstelle,	"	"	"	"

Dotzauer	aus	Hildburghausen,	Wintersemester	1829,	Renonce.
Feller	"	Zweibrücken,	"	"	"
Koester	"	München,	"	"	"
Linder gen. Spaßvogel	aus	Eschach	"	"	"
Michahelles	aus	Nürnberg,	"	"	"
Mallinckroote	"	Dortmund,	"	"	"
Göllner	"	Paderborn,	"	"	"
Preu	"	Nürnberg,	"	"	"
Roth	"	Ansbach,	"	"	"
Schauberg II	"	Anweiler,	"	"	"
Schuch	"	Regensburg	"	"	"

Schuler	aus Zweibrücken,	Wintersemester 1829,		Renonce.
Schuster	„ Karlstadt,	„	„	„
Stahl I	„ München,	„	„	„
Stahl II	„ „	„	„	„
Stockinger	„ Odernheim,	„	„	„
Withalm	„ Nürnberg,	„	„	„
Lindenschmidt	„ Mainz	„	„	„

Im Sommersemester 1829 weist die Germania nachfolgenden Bestand auf:

Engelmann	aus	Winnweiler,	C. B.
Ettlin	„	Unterwalden,	„
v. Crailsheim		? gen. Schimmel,	„
Fries	„	Winnweiler,	„
Helfreich	„	Aschaffenburg,	„
Koester	„	München,	„
Lindenschmidt	„	Mainz,	„
Koegel	„	München,	„
Oberle	„	Kirchheimbolanden,	„
Pistor	„	Bergzabern,	„
Preu	„	Nürnberg,	„
Schauberg I	„	Anweiler,	„
Schauberg II	„	„	„
Schuch	„	Regensburg,	„
Schulz	„	Zweibrücken,	„
Seufert	„	Dettelbach,	„
Stumpf	„	?	„
Withalm	„	Nürnberg,	„
v. Zuydtwyck	„	Herstelle,	„

Auer	aus	?	Renonce.
Baron v. Berchem	„	Niedertrauting,	„
Dotzauer	„	Hildburghausen,	„
Feller	„	Zweibrücken,	„
Ferber	„	?	„
Göllner	„	Paderborn,	„
Hassel	„	Augsburg,	„
Koch	„	?	„
Linde gen. Spaßvogel	„	?	„
Mallinckroote	„	Dortmund,	„
Michahelles	„	Nürnberg	„
Roth	„	Ansbach,	„
Schuler	„	Zweibrücken,	„
Schuster	„	Karlstadt,	„
Stahl I	„	München,	„
Stahl II	„	„	„
Stockinger	„	Odernheim,	„

Weißbrod	aus München,	Renonce.
v. Welz	„ Regensburg (Helheim),	„
Withalm	„ Nürnberg,	„

Nach dieser Zusammenstellung finden wir außer Dollmeyer, Gulden und Schmidt vom Engeren Verein und außer Böcking, Heinz und Zinnerlin von den Renoncen alle Markomannen bei den Germanen wieder. Darnach dürfte die Pistorsche Partei im Gegensatz zur Erzählung des Compes schon am 13. Januar 1829 die stärkere gewesen sein, wie dies auch Höninghaus, Guittienne und Frank in ihren Verhören angeben (B. G. St. A. R. VIII 97).

Die Pistorsche Partei hatte nun erwartet, daß die ausgestoßenen Mitglieder sich zerstreuten oder der Mehrzahl nachgebend zurückkehrten. Mit Erstaunen bemerkte man aber, daß die Ausgestoßenen die Verbindung fortsetzten und den Namen Markomannia beibehielten. Da der Sprecher Gulden dabei war, hatten sie auch die Verbindungspapiere in ihren Händen. „Unter diesen Umständen mußte die neue oder eigentlich die alte wahre Verbindung einen anderen Namen erhalten und man wählte nach langem Schwanken zwischen Alemannia, Teutonia, Arminia usw. den Namen Germania." Compes fährt weiter:[70] „Nach langem Schwanken, sage ich, was wohl nicht geschehen wäre, wenn es Absicht gewesen, sich gegen die Markomannia so wie die Germania in Erlangen gegen die Arminia zu stellen. Die Ausgetretenen bzw. die Ausgestoßenen behielten die alte Konstitution der Markomannia, und ich weiß mich keines Punktes zu erinnern, der verändert worden wäre, gleichwohl zugebend, daß einige Abänderungen getroffen sein mögen."

Der erste Schritt, den die neu konstituierte Germania tat, war die Ernennung einer Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Konstitution statt der provisorisch gültigen Markomannia-Konstitution. Die Mitglieder waren: Pistor, Schauberg I und, wie Compes vermutet, er selbst. Er sagt, das Geschäft der Redaktion und die Annahme der Konstitution sei so schnell vonstatten gegangen, daß er sich der Details nicht mehr erinnere.[71]

Gleichzeitig war es das Bemühen der beiden zugleich bestehenden Burschenschaften, die Anerkennung der Allgemeinen Burschenschaft zu erhalten. Zu diesem Zweck schickten beide Burschenschaften Abgesandte nach Erlangen und Jena. Von den Germanen wurde Pistor, von den Markomannen Dollmeyer oder Schmidt gesandt. Der geschäfts- und redegewandte Pistor setzte bei der Geschäftsführenden in Erlangen durch, daß die Germania anerkannt und in den allgemeinen Verband auf-

---

[70]) B.G.St.A., Rep. 97 VIII. B. 42.
[71]) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1.

genommen wurde; gegen die Markomannia wurde der Verruf ausgesprochen. Sechs bis acht Wochen nach Pistors Rückkehr von Erlangen wurde die Anerkennung entweder schriftlich oder durch einen Deputierten ausgesprochen.[72] Bei dieser Gelegenheit habe man auch wieder die allgemeine Konstitution erhalten (wahrscheinlich sei diese schon früher nach München gekommen). Diese wurde von nun an als Gesetz betrachtet.

Bevor wir näher auf die inneren und äußeren Formen der Germania eingehen, sei noch das Wenige erwähnt, was über das weitere Schicksal der Markomannia bekannt ist. Die über diesen Punkt vernommenen Germanen geben alle an, über das Schicksal der Markomannia nichts zu wissen. Es scheint, daß zwischen den beiden Korporationen eine heftige Feindschaft bestanden und gegenseitige Verrufe an der Tagesordnung waren.[73] Allmählich scheint die Markomannia in das arministische Fahrwasser gekommen zu sein, vielleicht wurde sie durch die Kampfstellung zu der immer mehr auf germanistischer Grundlage stehenden Germania dazu gedrängt. Es wurde auch versucht, die Markomannia für den Typus einer besonderen, zwischen Arminen und Germanen stehenden Richtung zu erklären (Burschenschaftliche Blätter, 1909, S. 19 und Handbuch für den Deutschen Burschenschafter, Berlin 1912, S. 152). Ich glaube, daß die darauf hinweisenden Merkmale mehr durch den Übergang zur arministischen Richtung hervorgerufen sind.

Daß die Markomannia später arministische Burschenschaft geworden, bestätigt der Greifswalder Burschenschafter August Theodor Otto aus Zerbst, der in seinem Verhör angibt, er habe von einem Arminenkartell gehört zwischen Göttingen, Halle, Erlangen, Jena und München (B. G. St. A. Rp. 105 21 Nr. 1).

Näheres über die Art und Weise des Eintrittes, der Betätigung in diesem Kartell, über die Mitglieder, über die Stellung zur Germania oder zu den Korps ist nicht nachweisbar. Es läßt sich nur vermuten, daß die Markomannen nie größeren Einfluß in München erlangten, da dort nicht der Boden für ihre idealistischen Prinzipien war (Graf Du Moulin, „Die Suevia" in Landshut und München, S. 62).

Auch über das Ende der Markomannia besitzen wir keinen sicheren Anhaltspunkt. Am 10. Juni 1830 wurde gegen sie vom Universitätssenat die Auflösung verfügt,[74] sie soll aber trotz dieser weiter bestanden haben. Seit Herbst 1831 findet sie keine Erwähnung mehr; nach G. Heer „Die allgemeine deutsche Burschenschaft und ihre Burschentage" in den „Quellen und

---

72) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1.
73) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1.
74) U.A.M. D. XIV 4. c.

Darstellungen", S. 277, Fußnote 59 soll sie sogar bis 1833 bestanden haben.

Doch zurück zur Germania. Mit der Anerkennung von seiten der allgemeinen Burschenschaft ist, wie schon oben erwähnt, die allgemeine Konstitution nach München oder vielmehr wieder nach München gekommen; sie wurde von nun an als Gesetz betrachtet und den Rezipierenden vorgelesen. Sie habe vier bis sechs Quartseiten gefüllt und zehn bis zwanzig Paragraphen enthalten, deren erster sich über den Zweck ausgesprochen und eine Definition der Allgemeinheit gegeben.[75]) Die Tendenzformel lautete:[76]) „Vorbereitung der Herbeiführung eines frei und gerecht geordneten und in Volkseinheit gesicherten Staatslebens im deutschen Volke mittels sittlicher, wissenschaftlicher und körperlicher Ausbildung auf der Hochschule." Neben der allgemeinen habe die sehr kurz und präzis gefaßte spezielle Germanen-Konstitution bestanden.[77]) Der Komment habe auf Tradition beruht; eine Renoncenkonstitution habe es nicht gegeben. Die Institute der Verbindung waren die gewöhnlich burschenschaftlichen: Kneipe, Fechtboden, Turnanstalt, Bibliothek, die Versammlungen und die Kränzchen. An jedem Kneiptage mußten einige Lieder von Körner und Arndt gesungen werden. Die Bibliothek enthielt die Murhartschen historischen Annalen und die Schriften von Haupt, Herbst und Jahn. Versammlungen gab es dreierlei Art: die des Vorstandes, die des Engeren Vereins und die des allgemeinen. Die Sitzungen, die der Vorstand als Ehrengericht hielt, waren öffentlich, alle übrigen geheim. In den allgemeinen Versammlungen hatten die Renoncen Stimmrecht; es wurde hier über gewöhnliche Studentenangelegenheiten und über neu aufzunehmende oder auszuschließende Renoncen verhandelt und das Einnahme- und Ausgabe-Budget vorgelegt. Sämtliche Versammlungen hatten den Zweck, teils die Geschäfte zu erledigen, teils zum öffentlichen Leben heranzubilden. Die Kränzchen gab es für Renoncen und Verbindungsmitglieder; sie wurden zu anfangs des Semesters verteilt, ein jedes einzelne stand unter der Leitung eines Verbindungsmitgliedes und sollte wöchentlich ein- oder zweimal zusammenkommen. In den Renonce- oder Fuchskränzchen sollten die Renoncen teils mit den allgemeinen Studentenverhältnissen bekanntgemacht, teils zum engeren Verein vorbereitet werden; deshalb wurde der Komment und das Geschichtliche der Burschenschaft vorgetragen und zwar aus Murharts Annalen vorgelesen. In den Verbindungskränzchen sollten die Geschäfte

---

[75]) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1.

[76]) B.G.St.A., Rep. 97 VIII. B. 42.

[77]) Nachfolgende Schilderung ist entnommen aus dem B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1 und Rep. 97 VIII. B. 42.

für die Sitzungen des engeren Vereins vorbereitet und vorläufig besprochen, auch der Stand der Verbindung im allgemeinen beraten werden.

An der Spitze der Verbindung stand der aus dem engeren Verein gewählte Vorstand mit Administrativ- und Disziplinargewalt; derselbe übte zugleich die Funktionen des Ehrengerichtes aus. Er bestand aus fünf Mitgliedern: dem Sprecher, dem Schreiber, dem Kassier, dem Kneipwart, dem Fechtwart und zwei Anmännern.

Den Graden nach gab es Verbindungsmitglieder und Renoncen, denen die gemeinsamen äußeren Pflichten oblagen, Verschwiegenheit zu bewahren und dem Vorstande sowie überhaupt den Gesetzen Gehorsam zu leisten. Renonce konnte jeder ehrenhafte, deutsche, christliche Student werden, wenn er sich etwa acht bis vierzehn Tage auf der Kneipe hatte sehen lassen. Über neu aufzunehmende Renoncen wurde in den allgemeinen Versammlungen abgestimmt; ihre Verpflichtung erfolgte vor dem Vorstande und zwar auf die spezielle Münchener Konstitution, aus welcher ihnen der Tendenzparagraph und der Abschnitt über die Renoncen vorgelesen wurde. Nach einiger Zeit, gewöhnlich nach einem halben Jahre, konnte sich ein Renonce durch ein Verbindungsmitglied zur Aufnahme in den Engeren Verein vorschlagen lassen. Ward er erwählt, wozu eine Mehrheit von $^3/_4$ Stimmen einer vollzähligen, d. h. aus $^3/_4$ der Mitglieder bestehenden Versammlung notwendig war, so erfolgte seine Einführung in den Engeren Verein und seine Verpflichtung in der Weise, daß ihm die allgemeine und spezielle Konstitution entweder vorgelesen oder zum Durchlesen gegeben wurde. Dann wurde in einer, in der Regel ausschließlich zum Behuf der Rezeption gehaltenen Versammlung des Engeren Vereins der Aufzunehmende vom Sprecher gefragt: ob er bei seinem Entschlusse einzutreten beharre? Bejahte er dies, so wurde er durch eine angemessene Rede mittels Handschlags und Ehrenworts auf die Konstitution verpflichtet und ihm zugleich Verschwiegenheit empfohlen. Der Austritt aus der Verbindung mußte durch Gründe motiviert werden, über deren Zulänglichkeit der Engere Verein zu entscheiden hatte. An Strafen kannte die Verbindung Geldbuße, Verweis, Exklusion und Verruf. Der engere Verein war der eigentlich gesetzgebende Körper, der sich selbst ergänzte, aus sich die Chargen besetzte und den Verkehr mit der Allgemeinheit besorgte.

Die Farben waren blau-rot-gold.

Im Januar wurde die Stiftung der Germania feierlich begangen, am 18. Juni zum Gedenken der Schlacht bei Waterloo ein Kommers abgehalten. Die Formen wurden ziemlich streng beobachtet; die Konstitutionen waren genau bekannt und mehrere Mitglieder besaßen sie in Abschrift.

Compes gibt noch an, daß der moralische Zweck der Burschenschaft eine lebenslängliche Verpflichtung für die Mitglieder in sich geschlossen habe. Ob dies in der Konstitution ausdrücklich erfordert worden, wisse er nicht mehr.

Was die Auffassung der Tendenz betrifft, so läßt er sich dahin aus:[78]) Man habe nicht daran gedacht, bestehende Staatsverfassungen nach theoretischen Prinzipien zu bekriteln und noch weniger sich Ideale zu bilden und für deren Verwirklichung praktisch oder reformatorisch tätig sein zu wollen. Die Tendenz auf dem Papier, die politisch genug klinge, sei damals von keinem einzigen recht verstanden worden, niemand habe sich die Mühe gegeben, darüber nachzudenken, schwer sei es zu sagen, was die Verbindung eigentlich beabsichtigt habe. Es seien die Ideen Jahns, Arndts und gleichgesinnter Männer in Umlauf gewesen, man habe von Einheit und Freiheit des deutschen Vaterlandes, von Volkstum, von volkstümlicher Bildung, von deutscher Kräftigung des Körpers und Geistes gesprochen, ohne sich diese Begriffe klar auseinander zu legen. Nur dies sei klar hervorgetreten, daß man Deutschland frei in Beziehung auf einen auswärtigen Feind und einig in seinem Innern gewünscht habe. Deshalb habe man auf jede Weise den Sinn für Freiheit beleben und durch die Gleichartigkeit der Erziehung und der Volksbildung alle Deutsche untereinander verbrüdern, den zwischen den einzelnen Völkerschaften herrschenden Unterschied verwischen, mit einem Wort dahin arbeiten wollen, daß der Geist, der in den Freiheitskämpfen vorgeherrscht, lebendig erhalten werde. Die Burschenschaft habe demnach nur ideale Zwecke gehabt, sie habe sich daher auch nur idealer geistiger Mittel bedienen können. Eigene volkstümliche Ausbildung während des Lebens in der Burschenschaft, Übertragung dieser volkstümlichen Ausbildung im künftigen bürgerlichen Leben auf andere, das seien die damals anerkannten Mittel zum Zweck gewesen.

An anderer Stelle sagt Compes auch:[79]) Ich weiß es, in welcher Art die Burschenschaften in späteren Zeiten ausgeartet sind, ich weiß es namentlich, daß die germanischen Verbindungen eine praktisch politische oder revolutionäre im Gegensatz zu der arminisch-reformatorischen Richtung angenommen haben, von alle dem war aber zu meiner Zeit in München noch keine Spur zu entdecken. Selbst Ideen an konstitutionelle Staatsverfassungen waren damals noch nicht an der Tagesordnung, obwohl die meisten Verbindungsmitglieder konstitutionell gesinnt gewesen sein mögen, weil sie meist aus Ländern originierten, die durch Konstitutionen regiert wurden. (B. G. St. A. R. 97. VIII, B. 42).

---

78) B.G.St.A.,.Rep. 77 XXVIII a. 1.
79) B.G.St.A., Rep. 97 VIII. B. 42.

Soweit die Schilderungen der Germania im ersten Jahr ihres Bestehens von Compes, der München im Herbst 1829 wieder verließ. Zuvor mag noch nachgetragen werden, daß von seiten der Germania auch versucht wurde, die Bestätigung von seiten der Regierung zu erhalten. Nach einem am 31. Juli 1827 gegebenen allerhöchsten Reskript wurden zwar die geheimen Verbindungen von neuem verboten, Studentenvereine aber, die ihre Satzungen offen vorlegen, ihre Vorstände und Mitglieder benennen, sich nur auf inländische Universitäten beziehen, sollen geduldet sein. Sie durften sich nach eigenem Belieben kleiden, auch Abzeichen, jedoch ohne ausschließliches Recht darauf, tragen.

So schickte denn auch die Germania[80]) gleich nach der Konstituierung drei Deputierte an Seine Majestät den König, welche in einer ihnen bewilligten Audienz um Bestätigung der Verbindung nachsuchten. Es waren dies Pistor, Schulz und Compes; sie erzählten, der König geruhte sich sehr gnädig gegen sie zu äußern und überließ es ihnen, ihre Statuten der Polizeidirektion vorzulegen. Dies geschah denn auch; die Statuten waren für diesen Zweck nach der Angabe von Compes etwas geändert worden. Als Zweck war eine „gegenseitige sittliche und wissenschaftliche Ausbildung in einem geregelten, innigen und freundschaftlichen Zusammenleben" angegeben worden.[81]) Eine Bestätigung wurde aber nicht ausgesprochen, es fand aber auch keine Untersuchung statt. Die Existenz der Germania war auch den Professoren bekannt,[82]) mehrere von ihnen, so v. Schubert und Perchtas, waren auf vorausgegangene Einladung auf der Kneipe erschienen und dort bewirtet worden.

Das Bild, das wir durch die Schilderungen von Compes über das erste Jahr der Germania gewinnen, zeigt alle Spuren, daß mit der Germania der burschenschaftliche Gedanke in München festen Fuß gefaßt hat. Die ersten Monate verwandte man auf die Ausarbeitung der Satzungen; man scheint mit den eigenen Angelegenheiten so sehr beschäftigt gewesen zu sein, daß man nur wenig Interesse an den Vorgängen der allgemeinen Burschenschaft hatte. Zu dem Burschentag zu Würzburg, Ostern 1829, hatte man zwar eine Einladung bekommen, jedoch zurückgeantwortet, daß man die Beschlüsse des Burschentages anerkennen werde, auf die Absendung von Vertretern aber verzichtete.[83]) Daß dies nicht durch Mitgliedermangel oder Geldmangel verursacht, bestätigt Compes, der angibt,[84]) daß viele wohlhabende Mitglieder in der Germania waren, so daß leicht 700 bis 800

---

80) Ebenda.
81) B.G.St.A., Rep. 97 VIII. B. 42.
82) B.G.St.A., Rep. 97 VIII. B. 42.
83) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1.
84) B.G.St.A., Rep. 97 VIII. B. 42.

Gulden zur Beschickung des Burschentages aufzubringen gewesen wären. Zwar sagt Compes an anderer Stelle,[85]) er wisse von einer Einladung zum Würzburger Burschentag nichts, da aber die folgenden Burschentage von München beschickt wurden, kann sich obige Stelle nur auf den Würzburger beziehen.

Auf jeden Fall bestätigt das Fernbleiben Münchens gerade vom Würzburger Burschentag die Annahme, daß die Spaltung der Markomannia nicht durch den Gegensatz ähnlich, wie er sich in Erlangen auswuchs, entstanden, der zur Bildung der arministischen und germanistischen Richtung führte, sondern mehr persönlicher Natur, wie oben dargelegt, war. Wurde doch der Würzburger Burschentag zur Schlichtung des arministisch-germanistischen Streites einberufen und hätte München, wenn es an diesem Streite beteiligt gewesen wäre, die Gelegenheit nicht versäumt, durch persönliche Vertretung seine Ansicht kund zu tun.

Die Stellung der Germania in den ersten Monaten ihres Bestehens zur allgemeinen Burschenschaft ist noch im Dunkeln. Es ist anzunehmen, daß mit der Anerkennung durch die allgemeine Burschenschaft auch der Eintritt in die Allgemeinheit erfolgte. Sicher nachzuweisen als Bestand der allgemeinen Burschenschaft ist die Germania erst seit Beginn des Sommers 1829. Die Einladung zum Würzburger Burschentag an Ostern 1829 scheint aber dafür zu sprechen, daß schon damals die Germania Mitglied der Allgemeinheit war.

Nach der ausführlichen Darlegung[86]) Compes hat die Germania ebensowenig wie die Markomannia aktive politische Tendenz gehabt, diese wurde erst nach dem Frankfurter und Stuttgarter Burschentag wie auch bei den anderen Burschenschaften eingeführt. Es ist daher nicht anzunehmen, daß die Germania schon vor 1830 eine ihr von den Gerichten unterschobene Aufnahmeformel gehabt hat:[87]) „Ob der Aufzunehmende überzeugt sei von dem Unzeitgemäßen, dem der Volksfreiheit Widersprechenden und somit dem Unrechtmäßigen der jetzigen Verfassungen Deutschlands, welche obenein durch die unselige Zersplitterung das Vaterland schändeten? Ob er den festen Willen habe und sich stark genug fühle, diesen als schlecht und verwerflich anerkannten Verfassungen sein ganzes Leben hindurch entgegenzuarbeiten und selbst an einem Aufstande gegen dieselben teilzunehmen und Gut und Blut zu wagen?"

War die Germania bei ihrer Gründung verhältnismäßig schwach, so gewann sie im Verlauf der nächsten Semester immer mehr an Anhang; im Wintersemester 1829 zählte sie 11 Mitglieder des engeren Vereins und 18 Renoncen, im Sommer-

---

[85]) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1.
[86]) B.G.St.A., Rep. 97 VIII. B. 42.
[87]) B.G.St.A., Rep. 97 VIII. B. 42.

semester 1829 19 Mitglieder des Engeren Vereins und 20 Renoncen. Für das Wintersemester 1829/30 und das Sommersemester 1830 lassen sich wegen mangelnder Unterlagen keine Mitgliederverzeichnisse aufstellen. Im Vorstand waren Pistor, Schauberg I, Schulz, Compes, Engelmann, später v. Crailsheim und v. Waldenfels.

Über Einzelheiten wie das Kneiplokal und sonstiges aus dem Leben und Treiben der Germania in den ersten $1^{1}/_{2}$ Jahren ist fast nichts bekannt. Im Jahre 1829 wurde von Pistor und Hubert Beckers mit Unterstützung von Professor Thiersch die „Aula“ gegründet, eine Vereinigung aller Studierenden unter Aufhebung jeden Komments zum Zwecke wissenschaftlicher und musikalischer Unterhaltung. Diese Abende fanden anfangs wöchentlich einmal in dem neugebauten Odeon statt; der Zuspruch scheint aber nicht den Erwartungen entsprochen zu haben, die Unterhaltungen wurden bald nur mehr einmal im Monat angesetzt. Die Korps, die sich anfangs beteiligt hatten, zogen sich zurück, da sie merkten, daß in der Aula die burschenschaftlichen Bestrebungen die Oberhand gewannen (Dr. Riedner „Die Geschichte des Korps Palatia“). Es scheint, daß der für die Burschenschaft begeisterte und sehr rührige Pistor die Aula vor allem ins Leben gerufen hat, um für die Burschenschaft Anhänger zu werben. Nach drei Semestern ihres Bestehens wurde die Aula vom Senate wieder aufgelöst, ob wegen der zu starken burschenschaftlichen Färbung oder wegen des zu geringen Anklanges ist nicht bekannt.

Der erste Burschentag nach dem Beitritt der Germania zur Allgemeinheit fand Ostern 1830 zu Nürnberg statt; als Abgeordnete waren v. Crailsheim und v. Waldenfels bestimmt worden.[88] Der Burschentag beschäftigte sich übrigens unter anderm auch mit einer Beschwerde der Würzburger Burschenschaft gegen die Münchner,[89] da letztere sich die Jurisdiktion über ein jetzt der Würzburger Burschenschaft unterstehendes Mitglied angemaßt hatte. Das Verfahren der Münchner wurde gerügt; nähere Einzelheiten über Person und Gründe konnten nicht aufgefunden werden. Einen größeren Einfluß auf die Verhandlungen scheint die Münchner Germania nicht gehabt zu haben; die Jenaer, Erlanger und Würzburger, die untereinander enger verbündet gewesen, haben fast allein das Wort geführt und ihre Ansichten durchgedrückt.[90] Die früher bestandenen, engeren Beziehungen (Kartell) zwischen den drei bayrischen Universitäten scheinen damals wieder erloschen zu sein. Die Beschlüsse des Burschentages wurden nach München ge-

---

88) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1. und Qu. u. D., IV, 281 ff.
89) Qu. u. D. IV, 282.
90) Qu. u. D. IV, 283.

bracht, damit auch die Seite 12 angeführte Aufnahmeformel; eine Änderung der Tendenz wurde nicht vorgenommen. Frank, der bald nach Ostern 1830 nach München kam, gibt als solche an:[91]) „Sittliche und wissenschaftliche Ausbildung der Mitglieder zum Nutzen und Frommen des Vaterlandes, d. h. des gesammelten Deutschlands." Politische Ansichten habe er nicht ausgesprochen gefunden. Höninghaus, der seit November 1830 Mitglied der Germania ist, erzählt,[92]) daß das Leben der Verbindung sich gegen die Landsmannschaften und nur auf Dinge der Hochschule bewegt habe. Die Tendenz habe ähnlich wie in Bonn gelautet: „Vorbereitung zur Herbeiführung eines in Einheit und Freiheit geordneten Volkslebens in einem deutschen Vaterlande und sucht dies zu erreichen durch leibliche, geistige und sittliche Ausbildung ihrer Mitglieder." Die Konstitution erhielt keine nähere Erklärung der Tendenz, sondern ging sofort zu den formellen Bestimmungen über. Allerdings wurde die Tendenz in den Kränzchen erläutert und zwar wurde sie so aufgefaßt, daß die Einheit und Freiheit Deutschlands herbeigeführt werden solle, durch Überzeugung sämtlicher Deutschen von dem Wünschenswerten dieses Zustandes, so daß nicht durch gewaltsame Weise, sondern durch allseitige Überzeugung Deutschland einig und frei würde.

Im Laufe der letzten Semester scheint eine Änderung in den Farben wiederholt eingetreten zu sein; bei der Stiftung werden von Compes die Farben als blau-rot-gold angegeben;[93] v. Crailsheim 1830/31 gibt an,[94]) daß die Renoncenfarben schwarz-grün-gold, die der Mitglieder schwarz-blau-gold waren; nach Karl Moritz 1830/31 waren die Renoncenfarben grün-schwarz mit goldener Perkussion, als Burschenband schwarz-rot-gold. Letztere Burschenfarben scheinen aber erst 1831 eingeführt worden zu sein. Der Wahlspruch lautete neben „Vivant fratres Germaniae conjuncti" auch „Ehre, Freiheit, Vaterland", wie Benno von Reisch anläßlich seiner Aufnahme am 18. Dezember 1830 in seinem Tagebuch niederschrieb.[95])

So finden wir zu damaliger Zeit bei der Germania noch keine Spur ausgedehnter politischer Betätigung oder gar revolutionärer Absichten. Man beschäftigte sich wohl mit Politik, man ersehnte die Einigung der deutschen Stämme und warb für diesen Gedanken, jedoch mit Mitteln, die sich durchaus in gesetzlichen Bahnen bewegten.

---

[91]) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1.
[92]) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1.
[93]) B.G.St.A., Rep. 97 VIII B. 42.
[94]) A.R.A.M., Verz. X M. B. 5.
[95]) A.R.A.M., Verz. X M. B. 5.

IV.

Die Dezemberunruhen im Jahr 1830.

Waren die öffentlichen Zustände in Bayern in jener Zeit überhaupt solche, daß im Volke eine eingehendere Beschäftigung mit Politik erfolgte? Man kann wohl sagen, daß in den zwanziger Jahren wie überall so auch in Bayern das Interesse an politischen Fragen immer mehr erwachte, die großen Massen anfingen, sich mit den öffentlichen Tagesfragen zu beschäftigen. Den Ausgangspunkt nahm diese Bewegung von der Einführung der parlamentarischen Verfassung. König Maximilian I. Joseph hatte mit dem am 26. Mai 1818 gegebenen Verfassungsedikt das von den Fürsten in Artikel 13 der Bundesbeschlüsse gegebene Versprechen eingelöst, Bayern war durch die Tätigkeit des Ministers Montgelas mit an erster Stelle in die Reihe der fortschrittlichen Staaten getreten. Die Vorbereitungen zu den Landtagswahlen brachten neues Leben in die innere Politik. Dabei konzentrierte sich das Hauptinteresse auf die zweite Kammer, die im Wahlmodus eine Mischung des Repräsentativsystems mit dem altständischen Prinzip aufwies, wodurch sie immerhin stärkere Beweglichkeit und Entwicklungsmöglichkeit versprach, als die stabile erste Kammer, deren Mitgliedschaft nur durch Geburt und königliche Ernennung erworben werden konnte. Ausgesprochene Parteien gab es in den ersten Sitzungsperioden nicht, höchstens, daß sich ein gewisser Unterschied zwischen den Abgeordneten der altbayrischen Provinzen und jenen der neuen bemerkbar machte. Die Altbayern waren noch unberührt von politischer und religiöser Aufklärung, zum Verfassungsleben wenig geeignet, durch Religion und gemeinsame Geschicke eng mit dem Königshause verbunden, die neubayrischen Abgeordneten meist Protestanten, von den Ideen der Aufklärung und des Liberalismus erfüllt, die Rheinbayern noch dazu von französischen Zuständen stark beeinflußt.

Die ersten drei Tagungen fanden in den Jahren 1819, 1822 und 1825 statt. Hiebei zeigte sich, daß in der zweiten Kammer die fortschrittlichen Elemente überwogen, die erste Kammer bald in Gegensatz zu ihr geriet und dabei die Regierung auf Seite der ersten Kammer stand. Das Volk erwartete von der Tätigkeit der Parlamente eine schnelle, grundlegende Besserung der Staatsverhältnisse, namentlich eine Verminderung der schwerdrückenden Steuern. Als dies nicht eintrat, erlahmte die Teilnahme, nur die Presse bemühte sich, politische Fragen einer Behandlung zu unterziehen.

Der Regierungsantritt König Ludwigs I. ließ wieder neue Hoffnungen entstehen, begrüßte doch die ganze Welt ihn als einen entschiedenen Anhänger jeglichen Fortschrittes, besonders

auch des deutschen Gedankens. Die ersten Regierungshandlungen, Ernennung eines liberalen Ministeriums, energische Sparreformen, Anbahnung der Gewerbefreiheit, Hebung des Ackerbaues, Aufhebung der Zensur auf Unterhaltungsblätter nährten und bestärkten diese Hoffnungen.

Voll Zuversicht sah man der ersten Landtagssitzung, die am 17. November 1827 begann, entgegen. Die zu behandelnden Vorlagen waren zahlreich und einschneidend, so die Einführung der Landräte, Neuordnung der Rechtspflege, Einführung eines neuen Strafgesetzbuches, die Vorlage eines Kulturgesetzes und neuer direkter Steuern. Da aber viele dieser Vorlagen in die alten Rechte der Adeligen und hohen Geistlichen eingriffen, bereitete sich in der ersten Kammer bald ein Widerstand gegen die Regierung vor. Auch die zweite Kammer leistete den Regierungsvorlagen in vielen Fällen keine Folgschaft, so daß die meisten unerledigt blieben. Bei Schluß des Landtages waren König und Volk bitter enttäuscht.

In dieser Zeit entwickelten sich zum ersten Male verschiedene Parteiblätter; so entstand in der „Eos" ein katholisch-konservatives Organ, im „Inland" eine gemäßigte liberale Presse, die anfangs von der Regierung unterstützt wurde, von Dr. W i r t h herausgegeben. Die liberale Opposition vermochte längere Zeit kein anerkanntes Organ zu finden, bis sich die fränkischen Liberalen in der Zeitschrift „Das bayrische Volksblatt, eine konstitutionelle Wochenschrift," von Dr. E i s e n m a n n geleitet, ein ein solches schufen. Es vertrat den doktrinären Liberalismus der damaligen Zeit, der den Staat als Staatsbürgerverein betrachtete, die Macht im Staate nicht im Königstum von Gottes Gnaden, sondern in der Willenskundgebung der Gesamtheit der Bürger sehen wollte.

Neben politischen Fragen wurden bald auch kirchenpolitische angeschnitten, wodurch erst der Gegensatz verschärft wurde. In beiden Lagern glaubte man, politischer und religiöser Konservatismus müsse immer zusammenfallen wie auf der anderen Seite Liberalismus und Nationalismus. Auch die Person des Königs wurde in diesen Streit hineingezogen, der sich bei seiner tiefen Religiösität scharf gegen den von Frankreich kommenden Rationalismus wandte, auf politischem Gebiet aber von liberalen Anschauungen durchdrungen war. Von seinen Zeitgenossen haben nur wenige diesen, wie sie meinten, Widerspruch in seinen Ursachen erkannt. Der Plan einer Neuordnung des Schulwesens gab der Presse jeder Richtung Gelegenheit genug, die bestehenden Gegensätze zu behandeln. Von einer tieferen Erregung des Volkes gegen die Regierung kann aber bis Sommer 1830 nicht die Rede sein. Die große Mehrzahl der Bürger sah die Regierung ihre eigene Politik vertreten, für eine radikale Opposition waren keine Ursachen vorhanden.

Wenn auch die Julirevolution keine neuen Ideen nach Bayern brachte, eines läßt sich aber sicher feststellen, daß die liberale Presse von da an einen selbstbewußten Ton anschlug, ihre Ideen in mehr radikaler Form vertrat. Man jubelte über den Sturz der Bourbonen, man stellte Forderungen auf, die über eine konstitutionelle Verfassung weit hinausgingen. Je ungestümer die Presse wurde, desto größer auch der Unwille des Königs, der immer mehr zur Überzeugung kam, daß die Freigabe der Presse ein Fehler gewesen. Als Ausfluß dieser Sinneswandlung wurden im August 1830 mehrere Verfügungen über das Preßwesen erlassen. Die Herausgabe neuer Blätter wurde von der Erlaubnis der Regierung abhängig gemacht, Nachrichten über den königlichen Hof nur bestimmten Zeitungen gestattet, solche über die Ereignisse in Frankreich ganz verboten. Drei ausländische Journalisten wurden aus Bayern ausgewiesen, gegen zwei bayrische eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet.

Diese Maßnahmen boten der liberalen Presse ausgiebigen Stoff, die öffentliche Meinung zu bearbeiten. Gleichzeitig wurden am 12. Dezember 1830 die Landtagswahlen ausgeschrieben. Die politischen Kreise und die Regierung befanden sich in einem gewissen Spannungszustand. In diese Zeit fallen die sogenannten Dezemberunruhen.

Nach dem Berichte[96]) des Stadtgerichtes München an das königliche Appellationsgericht für den Isarkreis in Landshut vom 24. Februar 1831 begannen diese damit, daß die Germanen am 24. Dezember 1830 dem am Karlstorrondell wohnenden befreundeten Studenten Stumpf ein Ständchen bringen wollten, da dieser an Blattern schwer erkrankt gewesen und an diesem Tag zum ersten Male wieder aufgestanden war. (Stumpf war Mitglied der Germania.)

Die Germanen hatten am 24. Dezember 1830 bis halb acht Uhr im Wagnerbräuhaus gekneipt — dort scheint damals die ständige Kneipe gewesen zu sein; ein Teil hatte sich dann aus einem unbekannten Grunde in die Gockelsche Wirtschaft begeben. Von beiden Gasthäusern zogen die Studenten zwischen 11 bis 12 Uhr durch die Rosengasse zum Karlstor, wobei sie mit auf der Christdult gekauften Kinderspielzeugen wie Trompeten, Ratschen usw. Musik machten. Die folgenden Ereignisse schildert der Bericht des Stadtgerichts folgendermaßen:[97])

„Als der Zug unter Anführung des stud. jur. Gustav Körner aus Frankfurt am Main an die Wohnung des Stumpf gekommen und dieser für die Anwesenden sichtbar geworden war, wurde ihm sogleich ein lautes „Lebehoch" entgegengerufen; auch

[96]) A.R.A.M., Just. Min. Akt 168.
[97]) A.R.A.M., Just. Min. Akt 168.

wurde ein Freudenlied abgesungen. Während dieses Letztere geschah oder wie andere sagen, als bereits das Lied abgesungen war, traten auf einmal zwei Gendarmen in die Mitte der Studenten, erklärten ihnen in aller Höflichkeit, daß sich dieser nächtliche Lärm für die Feier des damaligen Abends durchaus nicht schicke, geboten ihnen daher Ruhe und ersuchten sie am Ende, sich von dieser Stelle zu entfernen. Keiner gehorchte, vielmehr begannen sogleich Einzelne, worunter obiger Gustav Körner an der Spitze stand, die Gendarmen zu verhöhnen und sie auf mannigfache Art zu beschimpfen, und als infolgedessen der Gendarmeriebrigadier Albert dem Hauptexzedenten Gustav Körner die Sicherheitskarte abgefordert hatte, riefen sogleich die übrigen: „Nichts Karte oder miteinander die Karte." Da sie auf dieser Erklärung beharrten, die hienach notwendig werdende Arretierung aber bei ihrer weit überlegenen Zahl für die beiden Gendarmen erschwert, ja unmöglich geworden wäre, kamen auf Veranlassung eines an die Karlstorwache abgegangenen Bürgers als Succurs für die Gendarmerie mehrere Soldaten herbei und erst bei deren Ankunft gelang es, jedoch nicht ohne Anwendung von Gewalt, die Verhaftung des Gustav Körner und nach ihm jene des Karl Vincenz zu bewerkstelligen. Unmittelbar darauf, als dieses geschehen war, drängte sich der ganze Haufen, der damals schon sehr zahlreich geworden war, an die Wache und forderte dortselbst unter großem Geschrei die Freigebung der Verhafteten, indem außer dessen, wie Zeugen gehört zu haben eidlich behaupten, die Wache gestürmt werden solle. Der damalige Wachkommandant, Sergeant Beck, stellte sich nebst seiner Mannschaft unter das Gewehr; da aber das Gedränge immer heftiger wurde, kam mittlerweile Verstärkung von der Hauptwache, ebenso kamen Kürassiere und Gendarmen zu Fuß und zu Pferd. Kürassiere und Gendarmen bemühten sich auf alle Weise die versammelte Menge und vorzugsweise diejenigen, die sich so beharrlich an die Wache gedrängt hatten, zu zerstreuen; allein ihr Bemühen blieb größtenteils fruchtlos, insbesondere erklärten die hier anwesenden Studierenden laut, daß sie nicht eher gehen, bis die Freigebung ihrer verhafteten Kameraden erfolgt sei. Diese Erklärung gaben sie auch dem mittlerweile herbeigekommenen Gendarmeriehauptmann Freiherrn v. Frais und wiederholten dieselbe nicht minder gegen den aus Zufall hierhergekommenen Bürgermeister Klar und gegen den Universitätsprofessor Dr. Zukarini. Der Lärm und das Getümmel hatten sich damals (es war bereits 12 Uhr nachts) mit jedem Augenblick vergrößert, und da wegen vorgeblich durch das Militär einzelnen Studierenden zugegangenen Verwundungen der Unmut der Gesamtmasse bedeutend gesteigert worden war, die fortgesetzte Anwendung der bewaffneten Gewalt aber unter solchen Umständen nicht zweckmäßig erschien, so wurde nach ge-

nauer Erwägung der Sache die Freilassung der Verhafteten gegen Abnahme ihrer Karten verfügt. Diese Maßregel entsprach ihrem Zwecke, indem erst jetzt der bis dahin dauernde Lärm nachgelassen, ingleichen allmählich die Masse sich auseinanderbegeben und von diesem Platze entfernt hatte, so daß ungefähr um 1 Uhr und 1½ Uhr morgens vollkommene Ruhe wieder eingetreten war."

Es wird hier wie bei allen anderen Berichten als Ursache des Tumultes hauptsächlich die Studentengesellschaft Germania angegeben und als Anlaß die Genesung des Studenten Stumpf, der auch Mitglied der Germania war. Erst im Verlaufe des Skandals scheinen sich noch Studenten der anderen Verbindungen angeschlossen zu haben. Der Kustos der kgl. Hof- und Staatsbibliothek Johann Andreas Schmeller hat in seinem Tagebuch seine Eindrücke über diese Unruhen niedergelegt; sie mögen als das Urteil eines unparteiischen Beobachters wiedergegeben werden:[98] „Einige Studenten hatten, wie dieses in Würzburg in dieser Nacht etwas gewöhnliches sein soll, mit sogenannten Rätschen die Straße durchzogen. Gendarmen, denen dieses eine polizeiwidrige Entweihung der heiligen Nacht geschienen, hatten zweien der Rätscher die Polizeikarte abgefordert, was gegen Studenten statt körperlicher Arretierung gilt. Die Studenten hatten die Karten verweigert und waren nun mit Gewalt auf die Wache am Karlstor gebracht worden. Die übrigen Rätscher ließen nun eiligst in den naheliegenden Kneipen das „Burschen 'raus!" erschallen! Hunderte strömten herbei, die gefangenen Brüder mit Gewalt zu befreien. Die Wachmannschaft verlangte und erhielt Verstärkung von der Hauptwache, selbst Kürassiere fand man notwendig. Es wurde durch diese militärische Demonstration nur das Übel ärger. Neugierige Nichtstudenten vermehrten den Haufen. Es kam der neue Polizeidirektor Manz, wie auch der Rektor magnificus Allioli auf den Platz; beide hielten begütigende Anreden; aber erst als die Gefangenen wirklich entlassen wurden und Genugtuung für die vermeintliche Beeinträchtigung studentischer Rechte zugesichert war, legte sich der Tumult."

Man witterte aber damals in München hinter jeder Kleinigkeit den Beginn einer Revolution; es wurde das Gerücht verbreitet, man wolle die Hauptwache erstürmen, das städtische Arsenal am Anger in Brand legen usw.[99] Eine ungeheure Aufregung bemächtigte sich der Bevölkerung und besonders die Militärbehörde scheint vollständig den Kopf verloren zu haben. Auch aus dem nachfolgenden Bericht des Stadtgerichtes ersieht man, daß man an eine allgemeine Beteiligung glaubte und

---

[98]) Riedner a. a. O. S. 98.
[99]) U.A.M., D. XIV. 4. c.

geradezu froh war, als sich herausstellte, daß nur die Germanen als Beteiligte in Betracht kamen. In diesem Berichte heißt es:[100]) „Höchst beruhigend ist hierbei die Entdeckung, daß dieser Tumult, wie die gesammelten Anzeigen fast bis zur Evidenz wahrscheinlich machen, von einer Studentengesellschaft, die sich unter dem Namen Germanisten im kleinen Löwengarten versammelt, ausgeht, daß diese Gesellschaft, früher Markomannia, den dringenden Verdacht gegen sich hat, eine verkappte Burschenschaft zu sein und daß sie aus Rheinländern, Schweizern und vorzüglich solchen Individuen besteht, welche aus auswärtigen Ländern hergekommen sind. Noch bedenklicher ist, daß in den Versammlungen dieser Gesellschaft der Marseiller Marsch und ein Lebehoch für die Polen öfter ertönte, was durch Zeugen dargetan ist; daß endlich die Kappe, welche beim Überfall des Postens zurückblieb, die Farbe dieser Gesellschaft trägt, daß endlich ein Glied dieser Gesellschaft neuerlich an demselben Tor betreten wurde, im Begriffe, ein Schilderhaus zu zerstören. Man wird diesseits in den Bemühungen fortfahren, diesem schändlichen Treiben möglichst entgegenzuwirken."

Das Ministerium forderte am 26. Dezember 1830 einen Bericht mit den Ausführungen:[101]) „Diese Ereignisse nehmen eine ernste Beachtung in Anspruch, da hieraus hervorzugehen scheint, als ob eine zur Zeit unbekannte Ursache auf den Geist und die Gesinnung eines Teiles der Studierenden sehr nachteilig einzuwirken und darin bedenkliche Änderungen hervorzubringen fortfahre."

Am Weihnachtsabend waren folgende Studenten verhaftet worden: stud. jur. Gustav Körner, stud. med. Karl Vincenz, stud. med. Franz Waibel, stud. jur. Freiherr v. Pechmann und Graf Ludwig v. Lerchenfeld, alles Mitglieder der Germania.[102])

Der Senat, der für die nächsten Tage nichts Gutes voraussah, ermahnte am 26. Dezember die Studenten sich mit den Militärbehörden zu vertragen und belegte die Herausforderung von Offizieren zum Zweikampf mit Dimission oder Relegation.[103])

Die Behörden vermuteten aber nun einmal eine Revolution und trafen dementsprechende Vorbereitungen; die Wachen wurden verstärkt, zahlreiche Patrouillen von Kürassieren, Infanterie und Gendarmen in Bereitschaft gehalten; am 28. Dezember wurde sogar die Landwehr zum Sicherheitsdienst verwendet; auch Kanoniere wurden auf die Hauptwache befohlen und die dort stehenden Kanonen geladen.

Aber gerade durch diese ausgedehnten, militärischen Sicher-

---

[100]) U.A.M., D. XIV. 4. c.
[101]) U.A.M., D. XIV. 4. c.
[102]) U.A.M., D. XIV. 4. c, und A.R.A.M., Just. Min. Akt 168.
[103]) U.A.M., D. XIV. 4. c.

heitsvorkehrungen wurden Konflikte mit den Studenten heraufbeschworen. Tagsüber herrschte Ruhe; gegen Mitternacht aber, wenn die Studenten aus ihren Kneipen kamen, fanden Zusammenstöße statt. Da die meisten Kneipen im Zentrum der Stadt waren, gingen am Schrannenplatze, am Rindermarkt, in der Rosengasse und in der Kaufingerstraße diese Verhaftungsszenen vor sich und zwar wurden sie zum größten Teil verursacht durch das rücksichtslose und rohe Vorgehen des Militärs. So kam es in der Nacht vom 25. zum 26. auf dem Rindermarkt und in der Rosengasse zu Tumulten, in der nächsten Nacht in der Kaufingerstraße, in den beiden darauffolgenden Nächten vor der Hauptwache am Schrannenplatz. Insgesamt wurden dabei über 60 Verhaftungen vorgenommen. Allemal waren Germanen darunter, nachfolgende waren in Untersuchungshaft genommen:[104]) Franz Brunk, Heinrich Ellroth, Friedrich v. Löffelholz, Josef Reuther, Josef Riedl, Josef Stark, Pleikhard Stumpf, August Wissner, Gustav Körner, Karl Vincenz, Friedrich Bender, Karl Fuchs, Otto v. Hartlieb, Hermann v. Crailsheim, Ludwig v. Lerchenfeld, Gustav Adolf Lunz, Peter Maier, Josef Moll, Joh. Nepomuk v. Pechmann, Kaspar Reuß, Friedrich Schmiediger, Franz Waibl und Georg Maier. Es ist wahrscheinlich, daß auch von den übrigen Verhafteten noch manche Mitglieder der Germania waren, die nach der Untersuchungshaft München verließen und deshalb den später Verhafteten nicht mehr bekannt waren.

In welcher Weise bei diesen Verhaftungen von seiten des Militärs vorgegangen wurde, schildert nachfolgendes Bittgesuch des Studenten Anton Hurler an den Rektor:[105])

„Eure Magnificenz! Durch eine Kopfwunde von vergangener Nacht gehindert selbst mich zu Ew. Magnificenz zu begeben und meine Angelegenheit mündlich vorzutragen, muß ich nun die Feder ergreifen, um Ew. Magnificenz von der schändlichen Behandlung des bayerischen Militärs in Kenntnis zu setzen. Gestern abends 9 Uhr war es, als ich mit meinem Vetter, der dieser Tage von Augsburg, um München zu besichtigen, hierhergekommen war, in das Kaffeehaus des Bürgers Kreckl, der ein sehr guter Bekannter von mir ist, ging. Wie zu seiner Zeit abgeschafft wurde (um 11 Uhr), gingen oder wollten wir ruhig nachhause gehen. Wir kamen in der Kaufingerstraße bis zum Landauerschen Hause, als plötzlich Lärm entstand. Ruhe liebend, wofür ich Zeugen stellen kann, liefen wir nach Kräften davon, als plötzlich fünf Soldaten mit gestrecktem Gewehre uns zu erstechen drohten, obwohl wir, weil die Karte nicht angenommen wurde, ohne Widerreden mitgingen. Wir waren unse-

104) A.R.A.M., Just. Min. Akt 168.
105) U.A.M., D. XIV. 4. c.

res Lebens ganz unsicher. Doch unter aller Beschreibung schändlich war auf der Hauptwache die Behandlung gegen Wehrlose. Eingefangen wie Missetäter mußten wir für unser Leben zittern; anstatt sich unter Soldaten, welche auf jeden Fall die Gefangenen schützen sollten, wenn es je noch eine Gerechtigkeit gibt, sicher glauben zu dürfen, wurden wir, als wir in das Wachzimmer hineingeworfen wurden, mit Säbeln, Bajonetten und Stutzenhämmern verwundet, daß das Blut von uns stromweis floß. Mehrere oder doch wenigstens zwei wurden tödlich verwundet. In unserm Gefängnis noch waren wir aufeinander wie die Heringe und mit Bajonetten wurde noch auf uns gestochen, Hiebe mit Fäusten glaubten wir noch als eine köstliche Speise genießen zu können."

Am 29. Dezember versammelte der Senat die Studierenden;[106]) Professor Schelling appellierte an ihr Ehrgefühl: „Zeigen Sie, daß zwar nicht Kolbenstöße, nicht Bajonettstiche, noch Säbelhiebe, aber das Wort eines einzigen Lehrers imstande ist, Sie zur Stille, zur Ruhe zurückzurufen." Aus dem Kreis der Zuhörer erschien eine Abordnung, die für die Anwesenden versprachen und ihr Ehrenwort gaben, daß in der nächsten Nacht kein Student auf der Straße erscheinen solle. Und in der nächsten Nacht herrschte vollkommene Ruhe. Am gleichen Tage kamen auf Einladung der Germania von jeder Verbindung drei Deputierte zusammen, um womöglich die in der Luft schwebende Schließung der Universität aufzuhalten; es wurde beschlossen, dem König eine Denkschrift zu unterbreiten zur Rechtfertigung und Versicherung königsgetreuer Gesinnung. Hofrat Thiersch, der an Stelle des zurückgetretenen Rektors Allioli die Universitätsgeschäfte versah, billigte die Denkschrift und sie wurde in der Aula zur Unterschrift aufgelegt. Es war jedoch zu spät; schon am 28. Dezember war die sofortige Auflösung der Germania verfügt worden, „so daß alle Mitglieder derselben, wie sie sich namhaft machen, von der Universität geschafft und mit Relegation, Dimission oder vielmehr Entlassung nach Maßgabe der Untersuchungsbehörde bestraft werden sollen." Am 29. Dezember wurde die Universität durch Allerhöchstes Reskript bis 1. März geschlossen; alle nicht in München wohnenden Studenten mußten bis 31. Dezember mittags 12 Uhr die Stadt verlassen haben.

Eine Deputation der Universität wurde vom König nicht angenommen; eine solche der Bürgerschaft wurde vorgelassen und hatte den Erfolg, daß der König die Schließung der Universität zurücknehmen wollte. Es kam eine Kgl. Entschließung mit der Bestimmung, daß diejenigen Studierenden bleiben dürften, die sich durch Fleiß und sittliches Betragen einer solchen

---

[106]) U.A.M., D. XIV. 4. c.

Begünstigung würdig gemacht. Da der Senat sich außerstande sah, dies auszuführen, kam am 30. Dezember folgende Verfügung:[107] „Unsere Entschließung vom gestrigen, die Schließung der hiesigen Universität betreffend, soll in Beziehung auf die zur Studentengesellschaft Germania gehörigen Mitglieder streng vollzogen werden; dieselben müssen bis morgen mittag um 12 Uhr die Stadt verlassen haben und dürfen weder dahier noch auf den anderen Universitäten des Reiches weder jetzt noch in der Folge zugelassen werden. Ob diese Ausschließung für immer oder auf wie lange dauern soll, behalten Wir Uns vor noch zu bestimmen.“ Für die übrigen Studenten mußten Bürgen gestellt, gegen die Verhafteten oder sonst Verdächtigen sollte das gesetzliche Verfahren fortgesetzt werden.

Durch diese Verfügung waren die Germanen als der allein schuldige Teil bezeichnet. Die Härte derselben läßt sich nur dadurch erklären, daß man an Höchster Stelle an ein revolutionäres Treiben der Burschenschaft glaubte. Die Germania wurde mit nachfolgendem Gesuch beim Ministerium vorstellig:[108])

„Hohes königl. Ministerium des Inneren! Sehr schmerzlich müssen die Ereignisse der jüngst verflossenen Zeit für die hiesigen Studierenden sein, um so mehr, je reiner ihr Bewußtsein ist und je weniger es einem Zweifel unterliegen kann, daß nicht unrichtige Anschuldigungen, die teils nur Einzelne, nur Wenige trafen, teils auch ganz unbegründet weiß Gott aus welcher Quelle hervorgingen, den Studierenden ganz allgemein zur Last gelegt wurden. Vor der öffentlichen Meinung, die aus den Folgen auf die Ursache schließen muß, steht nun der bei weitem größere Teil der Studierenden gerechtfertigt da — ein beneidenswertes Los! —

Dagegen ist aller Verdacht hinübergelenkt auf eine kleine Anzahl von Jünglingen, die erkennend, daß allgemeine Bildung und Sittlichkeit Zierde eines jeden Mannes seien, unter dem Namen Germania schon vor einiger Zeit einen Verein bildeten, um dieser Erkenntnis zu leben und alle, welche gleicher Sinn und gleiches Streben ihnen nahe stellte, zu sich eingeladen haben. Sie, die den Wunsch hegten und das Vertrauen, dadurch ihrem Vaterlande nützliche Bürger werden zu können und die durch diesen Glauben zu verdoppeltem Fleiße sich entflammt fühlten, konnten vernünftigerweise niemals wünschen, daß schon die Art ihres Zusammenlebens eine gesetzwidrige sei; sie gaben deshalb, sobald sie anerkannt hatten, daß, um jenen zweifelsohne würdigen Zwecken nachzuleben, einige Bestimmungen von Allen als bindend anerkannt werden müßten, solche unter dem Namen Satzungen oder Sta-

[107]) U.A.M., D. XIV. 4. c.
[108]) U.A.M., D. XIV. 4. c.

tuten der Germania höheren Orts zur Genehmigung ein, wie dies alle anderen hier bestehenden Studentengesellschaften, die mehr oder minder aus gleichem Bedürfnis zusammengetreten sind, auch getan haben.

Wie betrübend muß es nun für die Glieder dieses Vereins sein, wenn sie nicht nur ihr Streben verkannt, auch durch die neuesten allerhöchsten Verfügungen sich gewissermaßen öffentlich an den Pranger gestellt sehen. Wenn sie sehen, daß, während alle anderen Studentengesellschaften, alle ihre Kommilitonen gerechtfertigt sind, sie ungehört, aus Gründen, welche ihnen nicht weniger als allen Bewohnern des In- und Auslandes unbekannt und rätselhaft sind, nicht nur von hiesiger, sondern auch von allen Hochschulen des Reiches auf immer, man weiß nicht auf welchen Titel hin, vertrieben, den Folgen nach aber in perpetuum relegiert sind.

Zu der unerfreulichsten Jahreszeit aus dem Asyl gestoßen, in welchem sie das Beispiel eines hochsinnigen, für Wissenschaft, Kunst und alles Edle begeisterten Königs zu bewundern und die Früchte einer segensreichen Aussaat zu sammeln Gelegenheit hatten, um dem Vaterlande den Ertrag dankbar weihen und somit einen kleinen Teil der ewigen Schuld abtragen zu können, muß dieser Schlag um so schmerzlicher für sie sein, da viele von ihnen nun genötigt sind, ihre Studien, durch deren baldige Beendigung sie sich zum Dienste ihres Vaterlandes gereift hoffen durften, gänzlich aufzugeben und so nach Zerstörung ihrer schönsten Hoffnungen andere Mühe und Arbeit, weniger lohnende Wege durchs Leben sich zu bahnen.

Abgesehen davon, daß diese Art des Verfahrens allen Grundsätzen des Rechtes durchaus widerspricht, wird auch noch jeder Edeldenkende aus reinen Billigkeitsgründen sich zur Frage veranlaßt finden, warum die Germanen, welche nicht minder als alle anderen Studentenvereine getan haben und die zufolge mehrfacher, mündlicher Versicherungen und einer Schrift der K. B. Polizeidirektion vom 29. Juni 1830 Nr. 14 619 „In Betreff der Gründung des Vereins der Germania“ auf baldige förmliche Anerkennung von Seiten hoher Behörden hoffen durften, sich plötzlich so sehr getäuscht, sich in die trostlose Lage der undankbaren, der ungeratenen Söhne des Vaterlandes versetzt sehen.

Die Pflichten, die wir gegen uns selbst und die uns Angehörigen, die wir gegen unser Vaterland haben, fordern uns deshalb auf das nachdrücklichste auf zu verlangen, daß durch die strengste Untersuchung jedem Mitglied der Germania Gelegenheit gegeben werde, sich zu rechtfertigen, sich zu reinigen vor denen, an deren Gesinnung uns etwas gelegen sein muß,

zunächst vor unserm allgeliebten König, unter dessen Augen wir bisher unserer geistigen Ausbildung lebten, dann vor unseren Mitbürgern, in deren Mitte wir zu leben gesonnen sind und zuletzt vor der ganzen zivilisierten Welt, deren Aufmerksamkeit auf die letzten Ereignisse hingerichtet ist und die zu allen möglichen Mutmaßungen berechtigt bleibt, so lange nicht der Schleier gehoben ist, welcher bis jetzt noch die Gründe der neuesten, allerhöchsten Verfügungen verhüllt.

Oder sollen wir dem Wahne Raum geben, daß es auch in Bayern eine Anzahl von Leuten gebe, welche, weil sie den Wert dessen, was sie besitzen, nicht erkennen, durch eine gewaltsame Umwälzung eine neue Ordnung der Dinge einzuführen versucht hätten? Es ist dies eine unter den jetzigen Verhältnissen zunächst den Verein der Germanen, dann aber ganz Bayern beschimpfende Lüge, zu deren Widerlegung uns gewiß ein hohes Ministerium bereitwillig die Hände bieten wird.

Wir wiederholen deshalb die inständigste Bitte, daß es einem hohen k. Ministerium gefallen möge, eine gerichtliche Behörde mit der strengsten Untersuchung des den Mitgliedern der Germania zur Last Fallenden zu beauftragen, weil wir nur dadurch hoffen können uns öffentlich zu rechtfertigen und sonst immer nur vermuten können, welcher Verdacht auf uns laste, niemals aber Gewißheit darüber zu erlangen und sonach auch niemals mit der Hoffnung auf einigen erwünschten Erfolg eine öffentliche Verteidigung vorzunehmen vermöchten.

Gegen die Gerüchte, welche über die Veranlassung zu der allerhöchsten Verfügung verbreitet sind, eine Verteidigung zu versuchen, wäre ein zweckloser Kampf; denn sie sind so abgeschmackt, daß wir sie in das Reich der Fabel verweisen, so unwürdig, daß sie nur die Phantasie des niedrigsten Pöbels beschäftigen, so ungereimt, daß sie nur in Lissabon oder Konstantinopel geglaubt werden können.

Der Gewährung einer gerechteren und bescheideneren Bitte wurde wohl niemals mit größerem Vertrauen entgegengesehen und das hohe Ministerium eines Ludwig, in dessen Krone Gerechtigkeit seither als der kostbarste Stein geglänzt hat, wird sicherlich ein solches nicht täuschen.

Eines hohen k. Ministeriums gehorsamste Unterzeichnete im Namen des Vereins:

Der Sprecher E. Kollhoff. — Der Schreiber Th. Engelmann."

Der Senat schloß sich der Bitte der Germanen an mit der Begründung, daß die Frist zu kurz sei und doch viele Unschuldige

darunter seien.[109]) Die Studenten, auch die Germanen, stellten für ihre Person Bürgen auf. Auf das obige Gesuch der Germanen scheint eine direkte Antwort nicht zurückgekommen zu sein. Am 10. Januar 1831 wurden die Bürgen der Germanen abgelehnt, die der übrigen Studenten angenommen. Unter den abgewiesenen Bürgen befand sich auch Professor Maßmann, der sich ob dieser Zurücksetzung beim Senat beschwerte; er habe zwar den Turnunterricht bei den Germanen geleitet, habe sonst aber keinerlei Beziehungen zu ihnen. Da aus seinen Zeugnissen aber hervorging, daß er 1817 das Wartburgfest besucht hatte, wurde seine Beschwerde beim Ministerium abgewiesen und er nicht als Bürge angenommen.[110])

Die Germanen richteten, wieder unterstützt vom Senate, eine neuerliche Eingabe an das Ministerium und führten aus:[111]) „Unerwarteterweise wird heute den Mitgliedern der Studentengesellschaft Germania von der Polizei eröffnet, daß der Allerhöchste Befehl, dem zufolge sie von der hiesigen Hochschule des Reiches auf immer vertrieben sein sollen, auch gegen diejenigen in strengen Vollzug zu setzen sei, welche durch Bürgschaft ihren Aufenthalt für den Augenblick gesichert hatten. Da dies eine Strafe ohne richterliches Urteil ist, so sehen die Glieder genannten Vereins sich von neuem genötigt, Hohes Ministerium auf die vom 1. l. M. eingereichte Schrift aufmerksam zu machen, in welcher solche um eine gegen sie einzuleitende Untersuchung und um rechtsgültiges Verfahren bitten.

Dieses Gesuch ist vom akademischen Senat unterstützt worden, aber durchaus erfolglos geblieben. Da die größere Anzahl der hiebei Beteiligten rechtsfähige Untertanen Bayerns sind, so glauben sie sich berechtigt, ein hohes Staatsministerium auf die aus einem solchen Verfahren leicht erwachsenden Folgen hinweisen zu dürfen, indem sie sich auf Tit. IV § 8, Tit. VIII § 1, 2, 4, Tit. X § 4 unserer Verfassungsurkunde berufen. Auch die Ausländer stehen als subditi temporarii unter dem Schutz unserer Gesetze und sie machen darauf Anspruch!"

Dieses Gesuch, obwohl es an energischer Bestimmtheit und Kürze nichts zu wünschen übrig läßt, hatte Erfolg; am 16. Januar wurde dem Senate mitgeteilt,[112]) daß auch den Mitgliedern der Germania gegen Leistung annehmbarer Bürgschaft der Aufenthalt bewilligt sei und am 23. Januar wurden die Bürgschaften genehmigt. Unterdessen hatten die Untersuchungen unter dem Vorsitze des Regierungspräsidenten v. Widder begonnen;[113])

---

109) U.A.M., D. XIV. 4. c.
110) U.A.M., D. XIV. 4. c.
111) U.A.M., D. XIV. 4. c.
112) U.A.M., D. XIV. 4. c.
113) A.R.A.M., Just. Min. Akt 168.

da sich aber im Verlaufe derselben immer mehr herausstellte, daß von Seite des Militärs grobe Mißhandlungen an den Studierenden verübt worden sind (in 30 Fällen mußten Mißhandlungen von Studenten durch Soldaten zur Untersuchung und Aburteilung der Militärbehörde übergeben werden), suchte die Militärbehörde die Verhandlungen möglichst zu verschleppen.

Die Untersuchung erstreckte sich auf folgende Anzeigen:

a) wegen Exzessen im Wagnerbräuhause, woselbst den Polen Vivats gebracht, auch der Marseiller Marsch gesungen wurde;
b) wegen Anwesenheit mehrerer Erlanger Studenten aus dem dortigen Verein der Germania;
c) wegen Aufforderung hiesiger Bürger zur Teilnahme an den Unruhen;
d) wegen vorhabender Bestürmung der Hauptwache und des städtischen Arsenals am Anger, dann Brandlegung;
e) wegen Bestellung eines Dolches bei dem Mechanikus Scheinlein.

Die Verhandlungen des Gerichtes zogen sich bis in den August hinein; während der ganzen Zeit wurden die Angeklagten und Verdächtigen in Untersuchungshaft gehalten. Otto von Hartlieb litt unter dieser Haft so sehr, daß eine längere Dauer derselben seiner Gesundheit ernstlich geschadet hätte; er wurde nach Stellung einer Kaution auf freien Fuß gesetzt.[114])

Und was war das Ende des gerichtlichen Verfahrens? Am 11. August wurde das Erkenntnis des Appellationsgerichtes zu Landshut verkündet,[115]) „daß kein Verbrechen und Vergehen vorliege, die Generaluntersuchung gegen sämtliche Individuen definitiv aufgehoben werde und das Staatsärar die Kosten zu tragen habe; wegen der nächtlichen Ruhestörung u. s. a. wurde die Sache gegen mehrere Individuen an die Polizeibehörde zu geeigneter Verfügung verwiesen."

Der König schenkte dem ganzen Vorfall ernste Beachtung.

Wie einseitig er aber über die ganze Angelegenheit unterrichtet gewesen, zeigt nachfolgender Briefwechsel[116]) mit dem Justizminister Frhr. v. Zentner. Am 23. April 1831 scheint das Urteil in erster Instanz gefällt worden zu sein, wozu der König schreibt: „Ich vernehme, daß das Appellationsgericht zu Landshut die in Untersuchung der im Dezember vorigen Jahres statthabten Unruhen gefangenen Studenten freigesprochen haben soll. Da die Tatsache des Tumultes hergestellt war, so muß Mich dieses Urteil befremden und Ich hoffe, der Präsident werde,

---

114) U.A.M., D. XIV. 4. c.
115) A.R.A.M., Just. Min. Akt 168.
116) A.R.A.M., Just. Min. Akt 168.

wenn hierbei etwas Regelwidriges geschehen sein sollte, von seinem Berufungsrechte Gebrauch gemacht haben, oder, sofern dies noch zulässig ist, noch machen, und erwarten darüber recht bald Ihre Ansichten." Und am 13. August: „Ich vernehme, daß über die Dezemberunruhen in Landshut auf eine Weise geurteilt wurde, die Mich staunen macht und tragen Ihnen daher auf, die Ergreifung jedes zulässigen Mittels gegen dieses Erkenntnis alsbald zu veranlassen." Justizminister v. Zentner legte hierauf dem Könige in ausführlichster Weise die Begründung des Urteils dar und erklärte, „daß ihm kein Weg bekannt sei, auf welchem irgend ein Mittel gegen dieses Erkenntnis ergriffen werden kann."

Der Kern der ganzen „Revolution" war ein Studentenulk, der durch ungeeignetes Eingreifen der Polizei und Militärorgane zu öffentlicher Ruhestörung ausartete. Eine tiefere Ursache ist im Aktenmaterial nirgends nachweisbar.

V.

Die Münchner Germania von 1831—1833.

Die Germania war bei Beginn der Untersuchungen am 18. Januar 1831 auf Veranlassung der Polizeibehörde aufgelöst worden. Ein großer Teil der Mitglieder hatte München schleunigst verlassen, ein anderer saß in Untersuchungshaft hinter Schloß und Riegel. Trotzdem hörte das Verbindungsleben der Germania nicht ganz auf. Freilich nach außen hin gebot es die Klugheit jeden Schein des Weiterbestehens zu vermeiden; es wurde daher den Renoncen mitgeteilt, daß sich die Germania aufgelöst habe. Der Engere Verein bestand aber im Verborgenen weiter, auch blieb die Germania im Allgemeinen Verband.

Kurz vor Ostern 1831 erhielt die Münchner Burschenschaft von der geschäftsführenden Burschenschaft zu Erlangen die Einladung zu einem Burschentag zu Dresden.[117]) Anfangs hatte man in München wenig Lust zur Beschickung, da die Einladung ganz kurz vor Ostern erst eingetroffen, auch der Weg nach Dresden sehr weit war. Auf eine Anfrage an die Vorsitzenden, warum gerade Dresden als Versammlungsort gewählt worden sei, erhielt man zur Antwort, daß man mit Rücksicht auf Jena und Halle, die an den Verhandlungen das meiste Interesse hätten, aber infolge Mitgliedermangels größere Kosten nicht aufbringen könnten, diese Wahl getroffen habe. Nach diesem Bescheid entschloß man sich doch den Burschentag zu beschicken und

[117]) B.G.St.A., Rep. 97 VIII.

bestimmte als Abgesandte Hoeningshaus und Engelmann.[118]) Die Kosten sollten sie nach ihrer Rückkehr ersetzt bekommen. In Dresden stiegen die Münchner Abgeordneten im Deutschen Hause ab, wo sie mit mehreren anderen Burschenschaftern zusammentrafen und wo auch die Verhandlungen des Burschentages stattfanden. Die Münchner Abgeordneten schilderten ausführlich die Vorgänge bei der Dezemberrevolution. Die Beschlüsse des Burschentages führten für die Münchner Verhältnisse keine Veränderungen herbei. An der Tendenz wurde nichts geändert. Guittienne, der Ostern 1831 nach München kam, gibt an,[119]) sie habe in München genau so wie die in einer jeden anderen im Vaterland befindlichen Burschenschaft gelautet: „Vorbereitung zur Herbeiführung eines in Einheit und Freiheit usw.“; nähere Erläuterung sei nicht gegeben gewesen. Ferners gibt er an, „daß die Auffassung der Tendenz so gewesen sei, daß die Einheit und Freiheit Deutschlands durch Überzeugung sämtlicher Deutscher von der Notwendigkeit und dem Wünschenswerten dieses Zustandes herbeigeführt werden müsse; unter einem freien Lande hätten sie ein solches verstanden, welches nur unter den Gesetzen stehe und frei von jeder Willkür sei. Unter Einheit hätten sie verstanden, daß Deutschland nach Innen und nach Außen sich als ein Ganzes darstelle und einer einzigen Regierung unterworfen sei. Sie wären der Meinung gewesen, daß die Burschenschaftsmitglieder in der Folge insbesondere, wenn sie in öffentliche Ämter treten, auf ihre Umgebungen einwirken und auch in ihnen die Überzeugung von dem Wünschenswerten der Einheit und Freiheit Deutschlands hervorrufen sollten. Die Verpflichtung sei auf Lebzeiten gewesen.[120])

Das Vorherrschen einer politischen Tendenz kann aus diesen Schilderungen nicht herausgelesen werden; neu ist das Zugeständnis des Lebensprinzipes. Jedoch ist anzunehmen, daß schon seit Jahren dasselbe gegolten und gleich von Anfang an von den Korps übernommen wurde.

Zu Beginn des Sommersemesters 1831 fanden sich 24 Mitglieder ein; es wurde daher beschlossen, ab 1. Mai wieder Renoncen aufzunehmen.[121]) Das Renoncenband war nach von Crailsheim schwarz-rot, das Burschenband schwarz-rot-gold. Das burschenschaftliche Leben kam wieder in Blüte; mit den Korps stand man in anständigem Verrufsverhältnis. Als Ausfluß des Dresdener Burschentages, der bei Spaltungen eine weitgehende Versöhnungspolitik anriet, wurde auch in München versucht,

---

118) B.G.St.A., Rep. 97 VIII.
119) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1.
120) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1.
121) B.G.St.A., Rep. 105 XXI Vol. 1.

mit den Markomannen eine Vereinigung herbeizuführen.[122]) Die Verhandlungen scheiterten aber an den anmaßenden Forderungen der letzteren. Wie Körner auf dem Frankfurter Burschentag berichtet, sind die Markomannen um diese Zeit so schwach, daß sie nicht mehr imstande sind, dem Ansehen der Germanen irgendwie zu schaden.[123])

Seit den Dezemberunruhen bahnt sich allmählich eine Wandlung in der Gesinnungsrichtung der Germanen an; die nachgewiesen rohe Behandlung durch das Militär, statt einer sofortigen Rechtfertigung monatelange Untersuchungshaft, obwohl in den Untersuchungen wiederholt festgestellt wurde, daß keine Spur von politischen Absichten vorhanden, strenges Verbot der Gesellschaft: das alles führte dazu, bei den Germanen Unzufriedenheit mit den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zu erwecken und forderte zur Kritik der Regierung heraus.

Gefördert wurde diese Stimmung durch den seit Beginn des Jahres 1831 eingetretenen engeren Umgang der Germanen mit den liberalen Abgeordneten, die alle bei den Dezemberunruhen vorgefallenen Mißgriffe der Regierung als willkommenen Oppositionsstoff sammelten. Die Beziehungen zwischen der Germania und den linksliberalen Parteigängern wurden besonders dadurch enge gestaltet, daß viele ehemalige Germanen und sonstige Burschenschafter jenen Kreisen angehörten, die als „Philister" eifrig auf der Kneipe verkehrten. Ihre Grundsätze waren denen der Burschenschaft ähnlich, sie wollten auch ein geeintes Deutschland, sie wollten die Freiheit einer konstitutionellen Verfassung, eine Freiheit der Gesetze, die die Studenten bei Behandlung der Dezembervorfälle so sehr vermißten. Man redete den Germanen ein, wenn die burschenschaftliche Arbeit Erfolg haben sollte, müßte sie im engen Zusammenhang mit dem Liberalismus erfolgen. Mit Eifer warfen sich daher die jugendlichen, leicht entzündbaren Herzen auf die Politik. Nach außen hin trat diese Wandlung zum erstenmal bei einem Kommers in Erscheinung, der zur Erinnerung an die Schlacht bei Waterloo am 18. Juni 1831 im Huber-Garten abgehalten wurde.[124]) Der Festsaal war mit den burschenschaftlichen Verbindungsfarben schwarz-rot-gold verziert. Da als Nebenzweck des Kommerses eine Ehrung der liberalen Abgeordneten beabsichtigt war, wurden diese dazu eingeladen; es waren von Closen, Seuffert, Schwindel, Eberts und Kullmann erschienen.

Nach einem schon früher gefaßten Beschlusse durfte man auch sonstige im bürgerlichen Leben stehende Philister auf die Kommerse mitbringen. So waren von den Journalisten Dr.

---

[122]) Qu. u. D. IV, 318.
[123]) Qu. u. D. IV, 318.
[124]) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1.

Siebenpfeiffer anwesend, daneben die früheren Germanen Bracht und Hoeninghaus, auch sonst Angehörige der gebildeten Stände, sogar einige bayerische Offiziere waren darunter. Student Sensburg, der damals Sprecher gewesen zu sein scheint, brachte einen Toast auf die Abgeordneten aus, für die Eingeladenen bedankte sich Dr. Siebenpfeiffer und trank auf „die edelmütigen deutschen Jünglinge der Germania!" Dazwischen wurden Freiheitslieder gesungen.[125])

Die Kenntnis der politischen Tagesfragen erholte man aus der Presse, benützte dazu aber nur die ultraliberalen Organe; es wurde das Volksblatt von Dr. Eisenmann, das bei Volkhardt erscheinende Tagesblatt, die Tribüne von Wirth, der persönlich sehr viel bei den Germanen verkehrte, der Scharfschütz von Dallberg, die Stuttgarter Allgemeine Zeitung und noch andere gehalten.[126])

Die starke Anteilnahme der Münchner Germania an der Politik wird auch durch den Jenenser Burschenschafter Lippold bestätigt, der in seinen Briefen (Qu. u. D. Band III., S. 122 ff.) über ein Zusammentreffen mit Münchner Burschenschaftern in Tübingen 1831 berichtet und diese besonders fanatisch schildert. Auch läßt er sich von diesen „von den Ständen, von der Pfaffenpartei und von den schändlichen Weihnachtsauftritten" erzählen. So kam es, daß Körner schon auf dem Frankfurter Burschentage Oktober 1831 von der Münchner Germania berichten konnte, daß das politische Leben den vorzüglichsten Teil des Charakters der Verbindung ausmache.[127])

Ende des Sommersemesters 1831 scheint auch zum erstenmal die Vereinigung mit dem Korps der Isaren angestrebt worden zu sein; denn auch an den Korps gingen die politischen Vorgänge jener Zeit nicht spurlos vorüber, manches von ihnen wurde aus dem Schlafe der politischen Teilnahmslosigkeit aufgerüttelt und suchte den Zeitfragen gerecht zu werden. Vielenorts verursachte die gemeinsame Unterdrückung durch die Behörden eine Annäherung. In München scheint auf der einen Seite das Streben der Germania nach Ausbreitung der burschenschaftlichen Anhängerschaft die Annäherung an die Isaren herbeigeführt zu haben, andererseits wurde diese von seiten der Isaren dadurch erleichtert, daß viele Philister der Isaren politisch tätig waren und dieselben Ansichten verfolgten wie die Germanenphilister. Diese ließ den Wunsch einer Vereinigung der beiden Verbindungen aufkommen.[128])

Im August 1831 fand im Paradiesgarten ein Abschieds-

---

[125]) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1.
[126]) B.G.St.A., Rep. 97 VIII.
[127]) Qu. u. D. IV, 317.
[128]) B.G.St.A., Rep. 97 VIII.

kommers statt.[129]) Neben Dr. Pistor, Dr. Schulz und dem Sänger Breiting, in den Jahren 1823 und 1824 Erlanger und Würzburger Burschenschafter, waren noch viele andere Philister anwesend und dazu die Isaren. Zum Präsidieren wurden Schläger mit schwarz-rot-gold und weiß-grün-blau, den Farben der Isaren, benützt. Dr. Pistor hielt eine Rede über die damaligen Zeitverhältnisse und kam zu dem Schlusse, daß eine Änderung eintreten müsse. Auch Breiting hatte eine Zeit lang den Vorsitz inne.

Betrachten wir in dieser Zeit das Verbindungsleben der Germanen näher, so finden wir, daß die politische Tätigkeit immer mehr in den Vordergrund tritt, daß die idealen Anschauungen über die Erreichung des Zieles, der Einheit und Freiheit Deutschlands, zurücktreten, daß immer mehr die Meinung die Oberhand gewinnt, sich aktiv an den politischen Zuständen beteiligen zu müssen. Da man sich dabei ganz der Leitung der liberalen Abgeordneten anvertraute, ist die Entwicklung der Germania in den nächsten zwei Jahren ein Abbild jener des Liberalismus. Zuerst erstrebte man den Ausbau der konstitutionellen Verfassung auf gesetzlichem Wege, später ging man zur Forderung einer republikanischen Gesamtverfassung über, betrieb diesen Wunsch mit gesetzlichen Mitteln, zeigte dann immer mehr Geneigtheit, über das Begehren dem Ziele näher zu kommen, die Mittel unabhängig von ihrer Gesetzlichkeit zu betrachten, und kam zuletzt zu gewaltsamem Umsturz und zur Revolution. Den gleichen Weg geht im folgenden die Münchner Burschenschaft, ein Verderben für sich, ein Verderben für die Allgemeine Burschenschaft, da seit Oktober 1831 die Münchner Germania ausschlaggebenden Einfluß in der Allgemeinheit hat.

Kurz vor Michaelis 1831 erhielt die Münchner Burschenschaft von der Vorsitzenden zu Jena die Mitteilung, daß an Michaeli ein allgemeiner Burschentag zu Frankfurt am Main stattfinden soll.[130]) Körner aus Frankfurt, der München an und für sich verlassen wollte, wurde als Deputierter bestimmt; er erhielt keinerlei Instruktionen und wurde mit Vollmacht versehen. Die Verhandlungen des Burschentages dauerten vom 26. September bis 4. Oktober. Den Hauptstoff bildete die Revision der Satzungen und drehte sich dabei um Abänderung und Auslegung der Tendenz. Wir lassen hier zuerst die Abänderungen und Auslegungen auf Grund der Protokolle des Burschentages folgen, da sie als erste Anzeichen für den Übergang der Allgemeinen Burschenschaft zur aktiven Politik betrachtet werden können und unter hervorragender Beteiligung des Münchner Deputierten Körner zustande kamen. In der 13. Versammlung

---

[129]) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1.

[130]) Qu. u. D. IV, 311 ff. und Sonderheft 3, S. 5 ff.

am 2. Oktober heißt es:[131]) Der von der Jenaischen Burschenschaft ausgesprochene Grundsatz der praktisch politischen Tendenz der Burschenschaft, d. h. des selbsttätigen Eingreifens in die Verhältnisse des Vaterlandes, wo, wann und auf welche Weise die Möglichkeit des selbständigen künftigen Wirkens gegeben ist, wurde von allen Abgeordneten einstimmig als den Geist ihrer Verbindungen charakterisierend anerkannt. Daß in diesem vorherrschenden Geiste eine Umgestaltung des burschenschaftlichen Lebens notwendig sei, da die Zeit dringend fordere, daß die Burschenschaft als eine politische Assoziation gegen jedes illiberale Prinzip auftrete, war ebenfalls einstimmige Ansicht der Abgeordneten-Versammlung.

In der 14. Versammlung am 3. Oktober wurde diesen gegenseitigen Erklärungen zufolge die Wortfassung des § 1 der Konstitution der Allgemeinen Burschenschaft, um jede Zweideutigkeit wegzuschaffen, folgendermaßen umgestaltet:

Die Allgemeine Burschenschaft ist die freie Vereinigung der wissenschaftlich auf der Hochschule sich bildenden deutschen Jugend, die sich zum Zweck gesetzt hat,

„herbeizuführen ein frei und gerecht geordnetes, in Volksfreiheit gesichertes Staatsleben im deutschen Volke, und die sich zur gewissen Erreichung dieses Ziels eines freien, wissenschaftlichen, sittlichen und volkstümlichen Lebens auf der Hochschule und einer kräftigen Entwicklung und Übung des Körpers aufs eifrigste bestrebt."

Diese Fragen des praktischen, politischen Prinzips wurden ziemlich schnell erledigt, so daß man der Tendenzänderung keine allzu große Bedeutung beigelegt zu haben scheint. Während der Verhandlung hatte der Münchner Abgesandte Gustav Körner die Anfrage gestellt: „Was hat denn eigentlich ein Burschenschafter zu tun, wenn ein Aufstand ausbricht?"[176]) Der Beschluß soll gelautet haben:[177]) „Ein Burschenschafter sei unter Umständen verpflichtet, selbst mit Gewalt den Verbindungszweck zu realisieren."

Diese Antwort ist aber nach Heer[178]) sicher nicht gegeben worden, sondern es ist nur die im Protokoll enthaltene Feststellung erfolgt, daß es allgemeine Ansicht sei, die Burschenschaft müsse gegen jedes illiberale Prinzip auftreten.

Die Tendenzänderung in der obigen Form wurde aber von den Gerichten als ein Übergang zum revolutionären Prinzip angesehen. Die Burschenschaft hat dem Drang nach mehr aktivpolitischer Betätigung nachgegeben, eine r e v o l u t i o n ä r e Ab-

---

[131]) Qu. u. D. IV, 311 ff. und Sonderheft 3, S. 5 ff.
[176]) Qu. u. D. IV, 311 ff. u. Sonderheft 3, S. 5 ff.
[177]) B.Bl., Sonderheft 2, S. 18 ff.
[178]) Qu. u. D. IV, 331.

sicht aber hat ihr damals sicher ferngelegen. Es muß ja zugegeben werden, daß an und für sich bei dem Auftreten gegen jedes illiberale Prinzip auch das weitere gelegen haben **kann**, daß man gewaltsame und ungesetzliche Mittel nicht scheuen wollte; es muß selbst zugestanden werden, daß manche der Abgeordneten solche Auffassung gehabt haben mögen und daß andere einzelne Mitglieder der Burschenschaft jene Grundsätze so ausgelegt haben. Aber gegen diese Auslegung spricht gerade die Beschaffenheit der Tendenzformel selbst, die ja die Mittel zur Erreichung angibt. Die Jenaer Vorschläge zeigen, was man unter „praktisch politischer Tendenz" und „Eingreifen in die Verhältnisse des Vaterlandes, wo, wann und auf welche Weise die Möglichkeit des selbständigen Wirkens gegeben ist," und unter „Entgegenstellen gegen jedes illiberale Prinzip" verstand. Man wollte seine politischen Ansichten kundgeben und in weite Kreise tragen und so für den Endzweck „Herbeiführung der Einheit und Freiheit usw." tätig sein. In Diskussionen, Flugblättern, in Zeitungen und Zeitschriften sollte in diesem Sinne gewirkt werden. Dem gleichen Zwecke sollten die „Philistervereine" dienen. Nirgends eine Andeutung, daß die Burschenschaft zur Erreichung ihres Zweckes sich **gewaltsamer** oder überhaupt **ungesetzlicher** Mittel bedienen wollte. Die Tendenzformel sagt, wenn sie als Mittel „wissenschaftliches, sittliches und volkstümliches Leben und Übung des Körpers" angibt, geradezu das Gegenteil.

Aber wozu dann die Streichung des Wortes „Vorbereitung"? Um schärfer zu betonen, daß die Burschenschaft sich an der endlichen Herbeiführung der Einheit und Freiheit durch Verbreitung ihrer Ideen im Volke tätig beteiligen, in diesem Sinne selbsttätig in die politischen Verhältnisse eingreifen, nicht nur vorbereiten wolle. Es ist zuzugeben, daß die Worte „selbsttätiges Eingreifen in die Verhältnisse des Vaterlandes, wo, wann und auf welche Weise die Möglichkeit des selbständigen Wirkens gegeben ist," für sich allein die Auffassung nahe legen, daß man sich auch ungesetzlicher Mittel bedienen wollte; aber auch umgekehrt können diese Worte, wenn sie die Möglichkeit des selbständigen Wirkens als Bedingung des Handelns setzen, besagen, daß man nur ein gesetzlich zulässiges Handeln im Auge hatte. Diese Auffassung wird besonders bestätigt durch die in der Konstitution der Kieler Germania vorgefundene Erläuterung der Tendenz (Frankfurter Stadtarchiv, acta criminalia 1833/34, Spez.-Fasc. 12, Anlage 46). Der Beweis, der Frankfurter Burschentag habe die deutsche Burschenschaft **als solche** zu einer revolutionären Verbindung gemacht, kann nicht erbracht werden. Wohl damit vereinbar ist die nicht zu bestreitende Tatsache, daß schon damals, wie überhaupt in weiten Volkskreisen, so auch unter den Mitgliedern der Burschenschaft die Ansicht sehr verbreitet war, daß nur eine Revolution zum ersehnten

Ziele führen könne, daß diese in nicht zu ferner Zeit möglich sei und für diesen Fall sich jeder Burschenschafter anschließen müsse.

Körner hat im Verein mit Jena bei der Debatte über diesen Punkt eine am weitesten zur aktiven Beteiligung übergehende Stellung eingenommen. Wenn auch nicht sicher erwiesen ist, daß er die Anfrage: „was hat denn eigentlich eine Burschenschaft zu tun, wenn ein Aufstand ausbricht?“ gestellt hat und daß man dabei zum Beschluß gekommen sei: „Ein Burschenschafter sei unter Umständen verpflichtet, selbst mit Gewalt den Verbindungszweck zu realisieren,“ Tatsache scheint doch zu sein, daß durch Körner eine ähnliche Frage aufgeworfen wurde und daß er zu jenen Ultras gehörte, die ein revolutionäres Wirken der Burschenschaft beantragten. Da aber dagegen eine zu große Opposition entstanden, habe man sich und zwar wieder auf den Antrag Körners auf die Feststellung geeinigt, daß es allgemeine Ansicht sei, die Burschenschaft müsse gegen jedes illiberale Prinzip auftreten. Es ist nicht anzunehmen, daß Körner mit seiner Meinung die der gesamten Münchner Burschenschaft zum Ausdruck brachte, wohl aber auch nicht, daß er damit allein stand. Körner persönlich war wahrscheinlich schon damals der Ansicht, daß nur durch Revolution der burschenschaftliche Gedanke erfüllt werden könne, eine Ansicht, an der er auch in Zukunft festhielt.

Körner schickte das Protokoll des Burschentages Ende November nach München; es sollte in der Versammlung verlesen werden, da es aber zu weitläufig war, wurde beantragt, es auf der Stube des Schreibers aufzulegen, wo dann jeder Einsicht nehmen konnte.[132])

Nach dem Frankfurter Burschentag wurde die Konstitution neu redigiert und die durch die Burschentagsbeschlüsse bedingten Einschaltungen gemacht. Wenn man den Angaben Schraders Glauben schenken darf,[133]) so scheint seit dem Frankfurter Burschentag bei der Münchner Burschenschaft die aktive, politische Tendenz noch mehr betont worden zu sein, ja, wenn die unten angeführte Aufnahmeformel wirklich bestanden hat, so ist damit ohne Zweifel die Anwendung selbst ungesetzlicher also revolutionärer Mittel gefordert worden. Wahrscheinlich ist diese Sinnesänderung weniger eine Folge des Burschentages, als vielmehr bedingt durch die Anlehnung an die liberalen Bestrebungen, die sich um diese Zeit in der gleichen Richtung bewegten.

Nach Guittienne[134]) waren die Verbindungsfarben „rot-schwarz-gold“ oder „blau-rot-gold“, nach Willkür der Verbindungsmitglieder getragen. Der Wahlspruch war: „Vivant con-

---

132) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1.
133) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1.
134) B.G.St.A., Rep. 97 VIII.

juncti fratres Germaniae“ und „Gott, Ehre, Freiheit, Vaterland“. Die Mitglieder zerfielen in Renoncen oder Mitglieder des weiteren Vereins und in eigentliche Verbindungsmitglieder oder Mitglieder des engeren Vereins. Die Renoncen wurden von einem Mitgliede des Vorstandes, meist vom Sprecher, zuerst auf den Komment und später nach Erweiterung ihrer Rechte, auf eine besonders für sie ausgearbeitete Konstitution verpflichtet. Nach Schrader soll darin vorgekommen sein: „Bekennst du dich zum Volk der Deutschen? Willst du ihm treu sein in allen Verhältnissen des Lebens?“ Die Tendenz war in dieser Konstitution nicht enthalten, sondern nur die formellen Bestimmungen. Die Rechte der Renoncen waren nach dem Frankfurter Burschentag erweitert worden; vorher hatten sie nur das Recht die Bibliothek, den Fechtboden und die Waffen der Verbindung zu benützen; auf ihr dringendes Verlangen bekamen sie nun auch das Recht der Versammlungen, in denen über allgemeine Studentenangelegenheiten, über die Aufnahme und Ausschließung der Renoncen gesprochen und gestimmt und eine Übersicht der Einnahme und Ausgabe vorgelegt wurde. Sie hatten in diesen Versammlungen entscheidende Stimme wie die Mitglieder des Engeren Vereins. Die Pflichten der Renoncen bestanden in Stillschweigen über die Existenz der Burschenschaft, in Gehorsam gegen den Vorstand, in Stellung vor das Ehrengericht im Falle eines Duelles, in der Verpflichtung zum Besuche der Kränzchen oder Riegen, in welchen Verbindungsangelegenheiten besprochen wurden und endlich in der Verpflichtung zur Zahlung einer Wechselsteuer, welche halb so groß als die Wechselsteuer der Verbindungsmitglieder war. Wenn jemand in den Engeren Verein eintreten wollte, so mußte er sich durch ein Mitglied des Engeren Vereins in der Versammlung der Letzteren vorschlagen lassen, worauf über ihn gesprochen und abgestimmt wurde. Entschieden sich zwei Drittel der Mitglieder für seine Aufnahme, so wurde er auf die Konstitution des Engeren Vereins verpflichtet, wobei er von dem Sprecher in der Versammlung des Engeren Vereins gefragt wurde, ob er die Konstitution verstanden habe und ob er sich verpflichte, derselben nachzukommen. Nach Schrader soll die Aufnahmeformel in den Engeren Verein gelautet haben: „Ob der Aufzunehmende den Wert der Einheit und Freiheit Deutschlands erkenne? Ob er sich stark genug fühle, für diesen Zweck lebenslänglich zu wirken? und ob er bereit sei, dafür Gut und Blut zu wagen?“ Nach Otto wurde bei der Aufnahme in den Engeren Verein die Frage vorgelegt, „ob er sich von dem Unrechtmäßigen der jetzigen Verfassung Deutschlands überzeugt hielt und ob er den festen Willen hätte, diesen als schlecht und verwerflich anerkannten Verfassungen sein ganzes Leben hindurch entgegenzuarbeiten und selbst an einem Aufstande gegen dieselben teilzunehmen und Gut und Blut zu

wagen". Nach Schrader soll die Konstitution in München enthalten haben: „Auch verpflichtet sich das Mitglied an einer etwa auszubrechenden Revolution, wodurch die Einheit Deutschlands erreicht werden kann, tätig Anteil zu nehmen."

Aller Wahrscheinlichkeit nach ist diese letzte Schradersche Aufnahmeformel erst nach Weihnachten 1832, nach dem Stuttgarter Burschentag, oder frühestens kurz vor diesem eingeführt worden. Es ist auch denkbar, daß Körner seine persönliche Auffassung über die Tendenzänderung der Burschenschaft mitgeteilt, daß er seine Interpretation, die allerdings an der Grenze der revolutionären stand, als von der Burschenschaft beschlossen dargestellt hat; bei der nach beiden Seiten hin dehnbaren neuen Tendenzformel konnte seine Erklärung in München leicht Glauben finden und wurden dementsprechende Aufnahmeformeln beschlossen.

Die eigentlichen Verbindungsmitglieder hatten außer den Rechten der Renoncen noch entscheidende Stimme in den Versammlungen des Engeren Vereins; der Vorstand, der die Geschäfte des Vereins führte und das Ehrengericht bildete, konnte nur aus dem Engeren Verein und durch ihn gewählt werden. Nur die Mitglieder des Engeren Vereins hatten von dem Bestehen und den Angelegenheiten der Allgemeinen Burschenschaft Kenntnis. Sie hatten als Pflichten die ihnen angebotenen Ämter der Verbindung anzunehmen, ihre Wechselsteuer, die gewisse Prozente des Wechsels betrug, war größer wie die der Renoncen. Der Fechtboden wurde von jedem einzeln bezahlt.

Der Vorstand der Germania bestand aus fünf Mitgliedern und zwei Anmännern, also aus dem Sprecher, dem Schreiber, dem Kassier, dem Kneipwart und dem Fechtwart. Die beiden Anmänner hatten keinen besonderen Namen und waren die Stellvertreter derjenigen Vorstandsmitglieder, die durch Krankheit oder anderweitig verhindert wurden, die Verbindungsgeschäfte zu verwalten.

Es gab zwei Arten von Kränzchen, Renoncen- und Verbindungskränzchen, deren Mitglieder und Führer vom Vorstande bestimmt wurden.

Die Renoncenkränzchen waren in der Art zusammengesetzt, daß immer mehrere Renoncen mit einigen Mitgliedern des Engeren Vereins zusammengebracht waren. Sie hatten den Zweck, die Renoncen zu ihrer Aufnahme in den Engeren Verein vorzubereiten, weshalb nicht nur der Komment und die Geschichte der Burschenschaft mit ihnen durchgegangen, sondern auch eine wissenschaftliche Ausbildung derselben zu fördern gesucht wurde.

In den Verbindungskränzchen sollte über den Geist und das Wesen der Burschenschaft gesprochen werden, doch sollen sehr wenige solcher Kränzchen in München gehalten worden sein. Es hielt sehr schwer, die Mitglieder zusammenzubringen,

da sie sehr weit auseinander wohnten und fast jeder in besonderen Verhältnissen lebte, die einem öfteren Zusammensein nicht günstig waren.

Nachdem die durch die Frankfurter Beschlüsse notwendig gewordenen Abänderungen in den Satzungen vorgenommen worden waren, suchte man noch mehr wie früher aktive Beteiligung an den politischen Ereignissen.[135]) Die „Deutsche Tribüne", das damals einflußreichste liberale Organ, bisher von G. A. Wirth in München herausgegeben, mußte Ende 1831 ihr Erscheinen einstellen. Die strenge Zensurverordnung vom 28. Januar 1831 führte zu fortwährenden Konflikten mit der Polizei, so daß sich Wirth entschloß, seinen Wohnsitz in die Rheinpfalz zu verlegen, wo eine mildere Rechtsprechung in Presseangelegenheiten zu gewärtigen war. Mitredakteur der „Tribüne" war Georg Fein, ein ehemaliger Göttinger und Heidelberger Burschenschafter, der mit einigen Germanen, besonders mit Compes, in engster Freundschaft stand.[136])

Wirths Gedankengang war ungefähr folgender:[137]) Er wollte dem Bunde der Könige einen Bund der Völker entgegenstellen: Die Politik der beiden mächtigsten deutschen Herrscher — von Österreich und Preußen — besteht darin, die Kraft des deutschen Volkes durch Zerstörung des deutschen Nationalcharakters, Unterdrückung des Triebes auf Wiedervereinigung und die grausamste Beschränkung der Gedankenmitteilung auf immer zu brechen. Demgegenüber ist die Wiedererweckung der deutschen Nation notwendig. Auch der größte Despot hat nur Gewalt über den Körper: über den Geist gebietet keine andere Macht als die moralische Dadurch ist uns die Macht gegeben, die Wiedervereinigung Deutschlands im Geiste herzustellen. Sie führt von selbst auf die materielle Vereinigung. Die Aufgabe unsres Volkes besteht daher darin, die Notwendigkeit einer Organisation eines Deutschen Reiches im demokratischen Sinne zur lebendigen Überzeugung aller deutschen Bürger zu erheben. So wird der große Zweck auf dem Weg friedlicher Reform erreicht; denn keine materielle Macht vermag der übereinstimmenden, mit Feuer erfaßten Meinung eines Volkes zu widerstehen. Aber das deutsche Volk sollte das nicht allein, sondern in Gemeinschaft mit einem freien Polen und Frankreich betreiben, um dadurch Rußland von Österreich und Preußen zu trennen.

Mit diesen Ideen, die noch nichts von gewaltmäßiger Auflehnung gegen die Obrigkeit hatten, fand Wirth besonders lebhaften Anklang im Lager der Burschenschaft. Als er Ende 1831 München verlassen mußte, wollte er in Rheinbayern eine Presse

---

[135]) B.G.St.A., Rep. 97 VIII u. Rep. 77 XXVIII a. 1.
[136]) Qu. u. D. I, 245.
[137]) Qu. u. D. I, 246.

auf Aktien gründen; in erster Linie waren es die Burschenschaften, die sich zwecks Beibringung der Mittel zu diesem Unternehmen überall zu „Pressevereinen" zusammenfanden und zahlreiche Beiträge aufbrachten. Es scheint, daß die Münchner Germania, wie es bei den engen Beziehungen zu Wirth eigentlich nicht anders zu erwarten ist, besonders eifrig für Errichtung solcher Preßvereine tätig war.[138])

Am 1. Dezember 1831 wurde von Dr. Pistor an die Germanen die Aufforderung gerichtet,[139]) für die Wirthsche Presse Beiträge zu spenden. In der engeren Versammlung am 3. Dezember wurde nach einer Rede von Quitzmann und von Reisch der Antrag angenommen, eine Aktie auf dem Wege der Subskription zu erwerben. 120 Gulden wurden aufgebracht und davon 50 Gulden zum Ankauf der Aktie verwendet, der Rest dem Polenkomitee zur Verfügung gestellt. Quitzmann besorgte den Ankauf der Aktie.

Die Wirthschen Ideen brachten es mit sich, daß die Polen als Kämpfer für ihre Freiheit und damit auch als Vorkämpfer der deutschen Freiheit unterstützt werden sollten, daß man ihnen bei der Flucht durch Deutschland auf alle Weise behilflich war und sie, wo sie sich zeigten, als Freiheitshelden feierte. Die Germanen beschlossen[140]) Ende November oder anfangs Dezember in der allgemeinen Versammlung, um die Unterstützung der Polen wirksamer zu gestalten, ein Polenkomitee ins Leben zu rufen. An der Spitze dieses Komitees standen die Germanen Bracht, Engelmann und Quitzmann. Nachdem Engelmann München verlassen hatte, trat an dessen Stelle Georg Mayer, der frühere Konsenior der Isaren. In einem gedruckten Aufruf wandte sich das Komitee an die Öffentlichkeit, schilderte die Bedrängnis der Polen und bat um Beiträge zur Unterstützung derselben. Daraufhin sollen wirklich von den Münchner Philistern zahlreiche Spenden geflossen sein.

Durch Abhaltung mehrerer Kommerse traten die Germanen gegen Ende des Jahres 1831 noch weiter an die Öffentlichkeit; so fand einer am 3. Dezember statt, auf dem Benno von Reisch in einer Rede die Grundsätze der Burschenschaft darlegte;[141]) Anton Quitzmann sprach über die Gebrechen der jetzigen Gesellschaft; am 28. Dezember hielt bei der Aufnahme der Renoncen Benno von Reisch wieder eine Ansprache, in der er sie zum Studium der Zeit aufmunterte, sie aufforderte die Waffen zu üben für die kommenden Tage der Gefahr, sie an die Wart-

---

[138]) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1. u. Rep. 97 VIII.
[139]) B.G.St.A., Rep. 97 VIII.
[140]) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1. u. Rep. 97 VIII.
[141]) A.R.A.M., Verz. X Nr. 35.

burg erinnerte und mit dem Rufe auf „Gott, Ehre, Freiheit, Vaterland" schloß.[142])

Die im August 1831 begonnenen Vereinigungsversuche mit den Isaren und auch mit den anderen Korps wurden wieder aufgenommen, scheinen aber bis Januar 1832 nicht recht vorwärts gekommen zu sein. Anfangs Januar 1832 starb der Germane Benno v. Reisch; bei dem feierlichen Begräbnis waren alle Korps zugegen; an dem Grabe hielten Dr. Pistor und Quitzmann Reden, die beide später „zum Besten der unglücklichen Familie des Dichters Groß" in München in Druck erschienen.[143]) Quitzmann führte dabei aus:[144]) „Mag ein anderer, um seinen Schmerz zu trösten, den Toten glücklich preisen, daß er so bald aus den Irrsalen des Lebens ins bessere Vaterland zu verwandten Geistern entflohn: ich kann es nicht! Ich muß ihn beweinen, daß es ihm nur gegönnt war, die Morgenröte der neuen Zeit zu schauen; ich muß ihn beweinen, daß ihn das Schicksal uns jetzt entführte, wo ein tatenreiches ruhmvolles Leben sich vor seinen Blicken erschloß, jetzt, wo er vielleicht bald seinem Volke, seinem Vaterland dienen konnte, für das er vielleicht Gut und Blut geopfert hätte. Ja Vaterland! einer deiner besten Söhne, deiner treuesten Jünglinge ist nicht mehr. Aber sein Geist lebt in uns fort; wie uns hier die Bruderliebe vereint, so soll uns die Vaterlandsliebe umschlingen, dann stehen wir fest und rufen laut in freudigem Gesang: Ob Fels. und Eiche splittern, wir werden nicht erzittern: hör' Vaterland! den heiligen Eid! Wir wollen nimmer dich verlassen, wir wollen alle Knechtschaft hassen und sterben, wenns dein Ruf gebeut!" Und anderswo: „Wir beklagen dich, daß dir nicht beschieden ward für die Freiheit des Vaterlandes zu sterben, wie dein heißer Wunsch begehrte" und weiter: „Wir wollen nicht mutlos werden, weil wieder ein rüstiger Freiheitskämpfer aus unseren Reihen getreten. Wir wollen nun um so fester zusammenstehen. Sind wir nicht alle Söhne eines Volkes? Sind wir nicht die Hoffnung unseres Vaterlandes? Hier in ernster Stunde wollen wir uns geloben treu auszuhalten an dem, was wir als Recht erkannt, mutig zu streiten wider Gewalt und Aberglauben und nie unser Ziel aus den Augen zu lassen." Aus all diesen Reden ist deutlich zu entnehmen, daß die Absicht mit Gewalt an der Verwirklichung des Einheitsgedankens zu arbeiten schon allgemeine Ansicht der Germanen war und offen ausgesprochen werden konnte.

Wegen der Ehre, welche die Isaren, Schwaben und Bayern durch ihre Beteiligung an dem Begräbnis des v. Reisch den

---

[142]) A.R.A.M., Verz. X Nr. 35.
[143]) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a 1.
[144]) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1.

Germanen erwiesen hatten, wurden sie von diesen am Abend des Beerdigungstages auf die Germanenkneipe eingeladen, woselbst sie sich auch einfanden. Von dieser Zeit an fanden regere Verhandlungen mit den genannten Korps zwecks einer Vereinigung mit der Burschenschaft statt.[145]) Besonders haben die Isaren eine engere Vereinigung mit den Germanen gewünscht. Von beiden Seiten wurden Abgeordnete ernannt und zwar von den Germanen Bracht, Quitzmann und Guittienne, von den Isaren der Senior Zottmeyer, der Konsenior Gietl und der Chargierte v. Gaita. Die Schwaben waren durch Reichardt vertreten. Die Unterhandlungen fanden auf der Isarenkneipe statt. Die Bayern haben sich zuerst zurückgezogen, da sie unter keinen Umständen ihre Konstitution ändern wollten; mit den Schwaben zerschlugen sich die Verhandlungen auch, da zwischen Isaren und Schwaben wegen eines persönlichen Streites zwischen Gietl und Reichardt heftige Feindschaft bestand, die zu gegenseitigen Verrufen führte, und da jedes Korps nur ohne das andere beitreten wollte. Da die Germanen glaubten, daß die Isaren für ihre Zwecke willfähriger seien, entschieden sie sich für letztere und brachen die Unterhandlungen mit den Schwaben ab.

Mit den Pfälzern hat man nie eine Vereinigung angestrebt. Anfangs haben aber auch die Verhandlungen mit den Isaren nicht recht vom Flecke gehen wollen, da diese von der umfassenden burschenschaftlichen Tendenz nichts wissen wollten. Sie wollten ihre Tätigkeit nicht auf Deutschland im Allgemeinen erstrecken, sondern sich nur auf Bayern beschränken. Die Philister der Isaren, die, wie oben erwähnt, derselben politischen Anschauungen waren wie die Germanenphilister, traten aber für eine Vereinigung ein; dazu mag noch gekommen sein, daß die Isaren ganz isoliert standen, sie waren von den Korps aus in Verruf. Die Isaren nahmen aber trotzdem nicht die Tendenz in den Worten der Allgemeinen Burschenschaft an; der Zweck wurde allgemein und unbestimmt gefaßt, die Wahl der Mittel zur Erreichung des Zweckes jeder Verbindung überlassen. Nach der bei dem Germanen Hammer vorgefundenen Vereinigungsurkunde heißt es in der Einleitung: „Die Germania und das Korps Isaria sind als Gesellschaften liberaler Studierender in nachfolgendes, schlagfertiges Verhältnis zusammengetreten. Die Herstellung dieses Verhältnisses gründet sich auf die Einigkeit ihres Zweckes, welche jede Verbindung für sich nach bestem Ermessen zu erreichen trachtet. Dieser Zweck ist gegenseitige Ausbildung und Wirken für die Interessen der Menschheit überhaupt, des einzelnen und des deutschen Vaterlandes insbesondere."

Allem Anscheine nach wurden die äußeren Einrichtungen

---

[145]) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1., Rep. 105 XXI Nr. 1, und A.R.A.M., Verz. X Nr. 35.

der Isaria nicht geändert, sie behielt die landsmannschaftlichen Formen bei. Auch wurde sie zwar von dem Bestehen der Allgemeinen Burschenschaft unterrichtet, über die Einzelheiten, auch über die Frankfurter Beschlüsse, aber im Unklaren gehalten. Auf der anderen Seite scheinen die Isaren von den Germanen verlangt zu haben, daß sie aus der Allgemeinen Burschenschaft austreten und nur dem Bunde mit den Isaren leben, ein Verlangen, dem die Germanen nicht nachkamen und durch das später wieder eine Entfremdung eintrat. Die „Verbindung liberaler Studenten,“ wie die vereinigten Germanen und Isaren hießen, war Ende Januar oder anfangs Februar 1832 fest zustande gekommen; dies wurde durch ein Konzert am 8. Februar im Bauhof gefeiert. Der Senior der Isaren, Zottmeyer, hielt vor Beginn des Konzertes eine Ansprache. Dr. Pistor sprach nach beendigtem Konzert beim Essen. Ersterer widmete das Fest der Vereinigung, letzterer brachte seine Glückwünsche zu dieser Vereinigung dar und führte dabei aus, daß er eine Vereinigung sämtlicher Studenten unter Auflösung aller Formen schon längst gewünscht und herbeizuführen sich bestrebt habe, daß ihm das aber bis jetzt noch nicht gelungen sei. Nach Guittienne spielte er dabei auf die im Jahre 1829 gestiftete Gesellschaft der „Aula“ an. Auch der Landtagsabgeordnete von Closen war zugegen und beglückwünschte in einem Toast die beiden Verbindungen zu ihrer Vereinigung. Wie schon oben erwähnt, war ursprünglich eine vollkommene Verschmelzung der beiden Verbindungen beabsichtigt; wegen der Weigerung der Germanen auf der einen Seite, aus dem Allgemeinen Verband der Burschenschaft auszutreten, andererseits infolge der Ablehnung der Isaren, die Bestrebungen auf ganz Deutschland auszudehnen, kam sie nicht zustande; die beiden Korporationen verfolgten nebeneinander ähnliche Zwecke, auf welchem Wege und zu welchem Ziele, wurde jeder selbst überlassen. Die Enttäuschung der Isaren geht aus einem bei dem Konsenior Gietl aufgefundenen Schreiben hervor; das Fragment ist ohne Datum und lautet: „Da wir durch die letzte Mitteilung in der geheimen Konferenz von Eurem Urteil über unseren Vorschlag der Abänderung unseres Bundes in ein schlagfertiges Verhältnis in Kenntnis gesetzt wurden und daraus ersehen, daß Ihr weder die Gründe dafür, noch die für die Zukunft entstehenden Folgen genugsam untersuchtet, so legen wir Euch hiermit die Gründe unseres Verlangens und unsere Ansicht von der Umänderung schriftlich vor. Wir vereinigten beide Verbindungen abgesehen von jedem Studentenverhältnisse zu einem gemeinsamen, nämlich zu einem liberalen Zwecke, als liberale Verbindungen und verzichteten dadurch auf jeden anderen Verband, er möge sein, wie er wolle. Die Zeit lehrte jedoch, daß Ihr noch stets wie ehedem eine Burschenschaft bliebt

und Eure eigene Erklärung ging dahin, daß Ihr nicht aus dem Allgemeinen Verband treten könnt. Wir sind dadurch entfernter von Euch geworden und . . . ." In der Isaria selbst scheint es über die Art des Zusammenarbeitens, über die Absichten und wohl auch über die Mittel zu einer Spaltung gekommen zu sein. Diejenigen Isaren, die gleich den Germanen radikal politische Ansichten verfochten, trennten sich von ihrem Korps und traten ganz zur Germania über. Es waren dies: Karl Dallarmi, Josef Dietl, Lorenz Gietl, Georg Mayer Georg Irlbeck, Georg Hauner, Karl von Melzel, Alois Sonner, Alois Deiglmaier, Josef Glas, Baron A. v. Seidl, August Karl Lippmann, Friedrich Stadelmayer, Josef Lang, Zottmayer, J. Ph. Neumayer, Max Fehlin, Karl Patrone, Karl Strobl, K. L. Bollweg, Max Arnold, Sagstötter Karl, August Thoma und Max Vogt. Diese Trennung scheint erst 1832 eingetreten zu sein. Soviel von der Vereinigung nach dem mir zugänglichen Archivmaterial.

Du Moulin-Eckart stellt die Annäherungsbestrebungen der Germania an die Korps folgendermaßen dar:[146]) „Die Germanen wollten durch die Vermittlung des Schwaben Reichardt in den S. C. eintreten, wurden aber durch die Isaren veranlaßt, ein Verhältnis mit ihnen einzugehen, wodurch, wie ein Bericht sagt, der Isare Gietl die anderen ohnehin damals unter sich zerfallenen Korps zugrunde zu richten glaubte." „Sofort brach die Suevia die eingeleiteten Unterhandlungen mit den Germanen wider Erwarten ab; denn schon hatten die Germanen gewähnt, es würde, gleich wie die Isaren, solchem Verein ein Korps nach dem andern in mehr oder minder burschenschaftlichem Sinne beitreten. Statt dessen traten auf einmal die alten drei Korps wieder in den S. C. Verband." Danach wurden also die Verhandlungen von den Schwaben abgebrochen, da sie mit der burschenschaftlichen Tendenz der ganzen Vereinigung nicht einverstanden waren und außerdem die Feindschaft mit den Isaren sie hinderte, mit diesen gemeinsame Sache zu machen. Die drei Korps strebten nun die Anerkennung von seiten der Polizei und des Senates als „autorisierte Verbindungen" an, welche ihnen am 18. Mai 1832 auch zuteil wurde. Die Germanen und Isaren waren dagegen unterdessen aufgelöst worden (am 17. Mai 1832), blickten mit einem gewissen Neid auf die geduldeten Korps und machten ihrem Unmut in persönlichen Streitigkeiten, ja selbst in Zeitungsartikeln Luft. Besonders gegen Reichardt, den Führer der Korps, den man in den Verdacht eines geheimen Polizeiagenten brachte, wurde eine heftige Fehde entwickelt, die zu vielen Duellen führte. Bei den Schwaben aber hatte der burschenschaftliche Gedanke selbst Boden gefunden und sich eine Partei unter der Führung des Barons von

[146]) Du Moulin-Eckart a. a. O. S. 81—85.

Gumppenberg gebildet. Die Reichardtsche Partei blieb jedoch in der Überhand, Gumppenberg wurde ausgestoßen, kehrte aber später wieder zu seinem Korps zurück.

Auf jeden Fall scheint die Werbung der Germania für die burschenschaftliche Sache damals bei den Korps auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein; in einem Brief des Germanen Hammer an Brüggemann wird am 13. März 1832 die Lage folgendermaßen geschildert:[147]) „Noch viel erfreulicher aber sieht es außerhalb von uns aus. Die Isaren — nämlich von ihren äußerst tüchtigen Philistern schon längst angetrieben und endlich geweckt, brachen meines Wissens als zuerst von allen übrigen Landsmannschaften Deutschlands den wie eine Eisdecke sie umziehenden Korpskomment, nehmen einen politischen Zweck dem unseren ganz gleich an und stehen nun in einem engverbrüderten Verhältnis zu uns, ja sie werden sich vielleicht über kurz oder lang auflösen und mit uns vereinigen. Schon sind auch die Schwaben mit Anträgen eines näheren Verhältnisses gekommen."

Unterdessen waren die Landtagswahlen vor sich gegangen. Die Liberalen hatten als Erfolg die Wahl fast aller ihrer Führer aufzuweisen. Hatte der am 28. Januar 1831 gegebene Zensurerlaß die Gemüter schon bedeutend erhitzt, so brachte die Weigerung der Krone, den liberalen Abgeordneten, soweit sie Staatsbeamte und öffentliche Diener waren, den Eintritt in die Kammer zu gestatten, eine wahre Hochflut von Empörung und Unwillen in der Presse zum Ausbruch. Mit besonderer Leidenschaft gebärdete sich das rheinbayrische Organ „Rheinbayern, eine vergleichende Zeitschrift für Verfassung, Gesetzgebung, Justizpflege, gesamte Verwaltung und Volksleben des konstitutionellen In- und Auslandes, zumal Frankreichs," das von Dr. Siebenpfeiffer redigiert, später verboten und als „Westbote" weitergeführt wurde. Auch Dr. Wirth, der in der „Deutschen Tribüne" liberale Anschauungen bisher in Berücksichtigung der bestehenden Gesetze vertrat, machte sich immer mehr die radikalen Ansichten zu eigen. Um die Presse gegen den immer wachsenden Zensurdruck zu sichern, gründeten Siebenpfeiffer, Wirth und mehrere andere im Jahre 1832 in Zweibrücken den Preß- oder Vaterlandsverein.

Die Münchner Germania stand schon vor Gründung des Pressevereins durch den engen Verkehr mit Dr. Wirth auf demselben Boden wie dieser und trat ihm sofort bei. Es wurde beschlossen,[148]) die Aktie, die für Dr. Wirth gesammelt worden war, dem Presseverein zu schenken und auch noch weitere Beiträge für ihn zu sammeln. Die Verbindung selbst gab einen vierteljährlichen Beitrag, der an das Komitee in Zweibrücken

---

[147]) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1.
[148]) B.G.St.A., Rep. 97 VIII.

abgeführt wurde, die einzelnen Mitglieder waren nicht gezwungen, Beiträge zu zahlen, jedoch wurde es ihnen anempfohlen. Außerdem wurden Flug- und Zeitschriften angeschafft und verteilt.

Die Politik war das ausschließliche Betätigungsgebiet der Germania geworden. Hammer schildert die Verhältnisse am Ende des W. S. 1832 folgendermaßen:[149]) Durch die Polen sei eine große Begeisterung der Bürger hervorgerufen worden, so daß kräftige Unterstützungen für sie eingingen, es bestehen liberale Kaffeehäuser, in denen viele liberale Zeitungen aufliegen und in denen man immer viele liberale Menschen treffe. „Es geht also in so weit und für ein München recht tröstlich zu, sowie überhaupt alle die Gewalttaten und namentlich die der bayrischen Regierung gegen die Presse ein wahres Labsal für meine Seele waren; denn das verbittert den altbayrischen Bürgersmann und gewinnt ihn bei gehöriger Nachhilfe für unsere Sache, wenn er sieht, wie sein Eigentum, sein Hab und Gut ungestraft angetastet werden kann, und wenn er sieht, daß das Zutrauen, das er zu den Instituten des Staates hegt, verhöhnt wird. Das macht das alte Gebäude hohl und morsch, so daß, wenn es einst zu stürzen beginnt, er, wenn er auch nicht mitzustürzen die Kraft hat, doch wenigstens auch nicht mehr es zu halten und zu verteidigen strebt. Das wissen sie auch recht gut die hohen und allerhöchsten Herrschaften und darum haben sie auch nicht das Herz Krieg anzufangen; denn es ist bei Gott köstlich! — keiner kann seinem getreuen Volke recht trauen."

Die Regierung hatte seit den Dezemberunruhen ein wachsames Auge auf die liberalen Umtriebe und stellte eigene Beobachter auf; von einem solchen stammen die im Münchner Kreisarchiv Rep.-M. A. u. E. Fasc. 101 befindlichen Notizen, die sich ausgiebig mit dem Treiben der Germanen befassen. Sie behandeln den Zeitraum vom 10. Februar bis 3. Mai 1832. Am 10. Februar wird über die Vereinigung der Germanen mit den Isaren berichtet und neben dem schon oben Angeführten der Inhalt der Rede Pistors dahin angegeben, daß er ausführte, es sei an der Zeit, das Studentenleben aufzugeben und sich als deutsche Jünglinge an die Spitze der Bewegung zu stellen! Nur durch gemeinsames Wirken aller Universitäten usw. könnten die bestehenden Throne umgestürzt und ein gemeinsames Deutschland hergestellt werden.

In den Berichten wird häufig eine „Zahlersche Gesellschaft" erwähnt, die sich bei Cafetier Zahler versammelte und aus Praktikanten, Akzessisten usw. bestand, wahrscheinlich also eine Vereinigung der Germanenphilister und auswärtigen Burschen-

---

[149]) B.G.St.A., Rep. 77 XXVIII a. 1.

schafter. Am 13. Februar wird erzählt, daß die Gesellschaften bereits in Verbindung mit Erlangen, Würzburg, Tübingen, Jena und Bonn stehen, sowie Beziehungen mit Schüler, Wirth und Siebenpfeiffer unterhalten. Auch sollen durch einen polnischen Offizier Briefe an die „Comité-Direktion“ nach Paris gegeben worden sein. Am 21. Februar wurde nachfolgendes Lied, vom Studenten Rochholz verfaßt, gesungen.

Das teutsche Lied.

1. Teutscher Gesang,
Woge wie Meere,
Brause wie Stürme du teutscher Gesang!
Dräuende, sieggewohnte Heere,
Flammend für Freiheit und flammend für Ehre,
Nahen in waffengewaltigem Gang.
Chor:
Die Eichenlaub an ihre Klingen
Und an die Freiheit
Alle Wünsche hingen,
Fordern nun mit Blut
Ihr geraubtes Gut.
Und sie wollen den Tyrannenübermut
Verderben und bezwingen!

2. Freu Dich, o Land,
Daß wir wie Leuen
Kämpfen und siegen im Schlachtengewand
Daß mit der tödlichen Wunde die Treuen,
Wenn sich die Gauen von Knechtschaft befreien,
Sterbend noch jauchzen: o Vaterland!
Chor wie oben.

3. Vaterland, Vaterland!
Wenn dich ein kleiner
Szepternder Kronenjung Sklavin genannt,
Nieder mit ihm in den Sand und keiner,
Wärs auch der ältesten Könige einer,
Bettle für ihn auf dem blitzenden Sand!
Chor wie oben.

4. Sitte und Zucht
Grüßt in dem Tal
Und auf den Bergen, der Glaube Zuflucht!
Aber sie kehren mit einem Mal,
Wenn sie sich krümmen, die Sardanapal,
Unter des Flamberg vernichtender Wucht!
Chor wie oben.

5. Rede und Wort
Nehmen die Diebe,
Nehmen bepurpurte Räuber uns fort!
Aber zwei tiefverborgene Triebe
Fanden sie nicht, die Vaterlandsliebe
Und den erhabenen Tyrannenmord!
Chor wie oben.

6. Schwert und Geschoß
Rütteln die Ahnen
Klirrend in staubigen Hallen uns los,
Seit der begeisterte Sohn der Germanen
Seine geliebten Standarten und Fahnen
Wieder mit brünstigen Armen umschloß.
Chor wie oben.

7. Köstliche Glut,
Heiliger Boden,
Mütterlich Land voller Stärke und Mut,
Opferaltar der unsterblichen Toten,
Öffne dich! Schling sie hinab die Despoten,
Die dich mit Tränen besprengt und mit Blut.

Chor:
Zur Schlacht! Von Schmach und Greueltaten,
Im Fürstenblut mein Teutschland rein zu baden!
In dem letzten Krieg,
Nach dem Völkersieg
Mag ihm dann, der nie von Gottes Gnaden schwieg,
Sein Pfaffen-Gott genaden!

Am 24. Februar wurden durchziehende Polen auf der Germanenkneipe bewirtet, revolutionäre Lieder gesungen und eben solche Reden teils von Germanen, teils von Polen gehalten. „Daß die Polen hier geduldet werden," sagt der Berichterstatter, „ist ein wahres Übel." Die Tribüne ließ man unter Kuvert kommen, damit sie nicht konfisziert werden konnte. Der Germane von Inama liest den „Westboten" im Café Baumgarten einer großen Menge vor. Am 1. März wird verzeichnet, daß Pistor ein Blatt für Altbayern herausgeben will, das in der ersten Zeit ganz gemäßigt erscheinen soll, um mehr Eingang zu finden und die Regierung zu täuschen. Sobald es Fuß gefaßt, soll es ganz im revolutionären Sinne geschrieben werden. Derselbe gründete beim Cafetier Eder eine Gesellschaft, an der jeder teilnehmen kann, der sich zur Opposition bekennt. Am 22. März äußert Gietl, daß die Germanen und Isaren sich immer enger verbinden und auf dem Punkte stehen, sich mit allen Uni-

versitäten Deutschlands zu vereinigen. Er werde bis Ostern nach Neuburg fahren und dort mit allen Mitteln liberale Grundsätze verbreiten. Am 1. April reiste Quitzmann nach mehreren Universitäten, um mehr Teilnahme für die Tendenzauffassung der Germanen und für ihr revolutionäres System zu gewinnen. Gietl erwartet einen Brief von Würzburg, in welchem über die Gesinnung der Würzburger Burschenschaft Näheres enthalten sein soll. Am 6. April erschien ein Bürgerkatechismus von Pistor, der Mitarbeiter der Zeitschrift „Die Zeit“, geworden ist. Gietl äußerte am 7. April, daß die Würzburger Studenten neuerdings aufgefordert wurden, dem System der hiesigen Burschenschaft beizutreten, daß für den Augenblick die Angelegenheiten nicht mit raschen Schritten vorwärts gehen können, die nächste Ständeversammlung aber viel dazu beitragen werde. Am 12. April begibt sich Guittienne nach Straßburg, um mit den dortigen Vereinen zu verhandeln; der Vorstand der Germanen, Heinkelmann, nennt sich „Oberster Beamter der reinen liberalen Verbindung Germania“. Bei dem Wirte Obermaier besteht ein freisinniger Bürgerverein; der Isare Mayer und ein Germane begaben sich am 12. April zu dieser Gesellschaft und erhielten Unterstützungen für die Polen.

Am 19. April reiste der Germane Böhringer nach Tübingen und versprach die dortigen Studenten mit den hiesigen freisinnigen Gesellschaften zu vereinen. Am 21. April befanden sich viele fremde Studenten in München. Anfangs Mai soll eine Zusammenkunft der Burschenschaften von Erlangen und Würzburg in München stattfinden, um sich mit den hiesigen Germanen über das fernere Wirken zu beraten. Am 29. April seien zwei Abgesandte von Erlangen gekommen und es habe ein Konvent stattgefunden. Am 30. April fordert Dr. Pistor die Germanen und Isaren auf, keine Geldsendungen mehr an Dr. Wirth zu schicken, sondern sein Blatt „Die Zeit“ zu unterstützen, da es die gleichen Zwecke wie das Wirthsche Organ verfolge. Infolge der zunehmenden Unsicherheit werden die Konvente der Germanen nicht mehr in München, sondern in benachbarten Orten gehalten. Die Notizen schließen am 3. Mai mit der Mitteilung, daß Germanen und Isaren sich sehr um die neuangehenden und neuangekommenen Studenten bemühen und viele von diesen sich aufnehmen lassen.

Aus diesen Aufzeichnungen gewinnen wir den Eindruck, daß Germanen und Isaren ganz im politischen Getriebe standen, dabei aber schon den Standpunkt des gewaltsamen Umsturzes vertraten.

Von besonderem Interesse ist das Bemühen, die übrigen Burschenschaften zu beeinflussen und sie zur Beteiligung an dem revolutionären Treiben zu bewegen. Würzburg, Erlangen und

Tübingen wurden besonders bearbeitet. Die späteren Ereignisse zeigen, daß besonders diese drei Universitäten mit München die folgenschweren Beschlüsse des Stuttgarter Burschentages herbeiführten, daß diese somit im Grunde ausschließlich das Werk der Münchner Germania waren.

Im Frühjahr 1832 waren die Germanen und Isaren von den liberalen Landtagsabgeordneten wiederholt gewarnt worden, sie möchten mehr Vorsicht an den Tag legen, da sie beobachtet werden. Die Warnungen wurden nicht beachtet. Die Polizei hatte unterdessen Material gesammelt und Anhaltspunkte zum Einschreiten zur Genüge gefunden.

Am 16. Mai 1832 wurden die Germanen von der Polizei im kleinen Rosengarten aufgehoben und dabei nachfolgende verhaftet:[150] Karl Flessa, Paul Huther, Karl v. Schwab, Friedrich Hammer, Anton Quitzmann, Karl Pfretzschner, Karl Schneemann, Karl Kalbsfuß, Franz Sonner, Heinrich Heinkelmann, ferner Alfons Dambrun und Dr. Adam Seyfert, beide ehemalige Germanen. Pfretzschner trug ein schwarz-rot-goldenes Band. Die als Zeugen vernommenen Kellner gaben an, daß jeden zweiten Tag Studenten im Nebenzimmer zusammengekommen seien, die sich Germanen hießen; es waren ihrer immer zwischen 20 und 30. Die Wirtin bestätigte dies und sagte weiter aus, daß die Germanen schon seit fünf Jahren bei ihr verkehrten.

Die Verhafteten wurden von der Polizei zuerst dem Senate zur Disziplinaraburteilung übergeben. Am 18. Juni 1832 fällte dieser folgendes Urteil: Der k. Senat hat sich aus den von der k. Polizeidirektion dahier mitgeteilten Untersuchungsakten in betreff einer Studentengesellschaft im kleinen Rosengarten ausführlichen Vortrag erstatten lassen und erkennt auf disziplinärem Wege:

1. Gegen die Studierenden der Medizin Heinrich Friedrich August Heinkelmann aus Bamberg, Karl Schneemann aus Bamberg, Karl Pfretzschner aus Stockheim bei Kronach, Anton Quitzmann aus Freising und Karl Kalbsfuß aus Kriegsfeld im Rheinkreise, daß dieselben unter besondere Aufsicht gestellt und zur Unterschrift des allgemeinen consilii abeundi angehalten werden sollen;
2. gegen die Studenten der Jur. Karl Wilhelm Friedrich Hammer aus Nürnberg und Karl v. Schwab aus Stuttgart; ferner gegen den Studenten der Medizin Franz Seraph. Sonner und gegen die Studierenden der Philosophie Friedrich Karl Flessa aus Cadolzburg und Paul Huther, daß dieselben unter besondere Aufsicht zu nehmen seien.

---

[150]) U.A.M., D. XIV. 4. c.

Gründe:

Die obengenannten Studierenden sind beschuldigt, an einer geschlossenen Gesellschaft und zwar insbesondere an der Gesellschaft Germania teilgenommen zu haben. Als erwiesen kann jedoch diese Beschuldigung nach dem Inhalt der vorgelegten polizeilichen Untersuchungsakten nicht angenommen werden, da nach dem Rapporte des Gendarmerie-Brigadiers Abroell (Akt Nr. 1) am 16. Mai laufenden Jahres in dem hinteren Gastzimmer des kleinen Rosengartens nicht bloß Studierende, sondern auch Personen aus anderen Ständen und selbst solche angetroffen wurden, die hier nicht ihren bleibenden Wohnsitz haben. Wenn übrigens auch ein vollständiger Beweis nicht vorliegt, so begründen doch die einzelnen, durch die Untersuchung konstatierten Umstände zusammengenommen allerdings den Verdacht des Fortbestehens der verbotenen Gesellschaft Germania. Denn a) der kleine Rosengarten war, wie die Wirtin und mehrere Beteiligte angeben, schon vor fünf Jahren der Versammlungsort der Germanen und diese Benennung wurde fortwährend bis in die neueste Zeit den dort zusammenkommenden Studierenden von der Wirtin, dem Dienstpersnal und den gewöhnlichen Gästen beigelegt, wie dieses aus den Depositionen des Josef Rume, Josef Vögtl und Gustav Schwab erhellt. b) Unter denjenigen Personen, welche am 16. Mai getroffen wurden, waren auch solche, welche erwiesenermaßen ehedem zur Verbindung der Germania gehörten oder in bezug auf diese Verbindung tätig waren, namentlich der Baupraktikant Alfons Dambrun, der selbst bei seiner Vernehmung äußerte, daß er im Jahre 1830 an der Gründung der Germania teilnahm, ferner der nunmehrige Doktor der Medizin Adam Seyfert. Der Student Pfretzschner trug selbst noch das Band mit den Gesellschaftsfarben der Germania. c) Als vollständig erwiesen ist zu betrachten, daß sich die Studierenden und zwar nach der Aussage des Kellners Vögtl größtenteils dieselben Studierenden an bestimmten Tagen im Rosengarten einfanden. Zwar wird dieses von den Studierenden Flessa, Quitzmann und Heinkelmann widersprochen. Allein auch abgesehen davon, daß sie als Zeugen in eigener Sache keinen Glauben verdienen, wird ihre Angabe durch die Depositionen der Zeugen vollkommen widerlegt. So deponiert Josef Rume, daß die Studenten jeden zweiten Tag zusammenkamen, der Kellner Josef Vögtl bezeichnet sogar die Wochentage, an denen die Zusammenkünfte stattfanden und damit stimmt auch die Aussage des Gießers Gustav Schwab überein. Diese Zeugnisse verdienen übrigens um so mehr Berücksichtigung, weil ihren Urhebern nicht nur kein Verdacht entgegensteht, sondern denselben auch die besten Kenntnisse der Sache zugetraut werden können, indem Rume und Vögtl die Stu-

denten zu bedienen gehabt haben, August Schwab aber als mehrjähriger regelmäßiger Gast des Hauses fortwährend Gelegenheit hatte, die Vorgänge in demselben zu beobachten. Josef Vögtl deponiert ferner, daß die Studenten das hintere Zimmer ausschließlich für sich benützten. Josef Rume stimmt damit überein, indem er sagt, daß das hintere Zimmer von keinem anderen Gast besucht worden sei und daß die Studenten nicht in das vordere Zimmer kamen, wenn auch dort Platz für sie gewesen wäre. Endlich August Schwab bestätigt dasselbe mit dem Bemerken, daß sich die Studenten stets in einem abgesonderten, niemand zugängigen Zimmer befunden hätten.

Zwar könnte es scheinen, als ob diese Aussagen durch den wirklichen Befund am 16. Mai entkräftet würden, weil die k. Polizeikommission in dem betreffenden Lokal auch fremde Gäste antraf. Allein, wenn gleich dieser Umstand, wie bereits oben bemerkt worden, die Gewißheit einer abgesonderten Gesellschaft nicht aufkommen läßt, so reicht er doch keineswegs hin, auch den Verdacht zu entfernen. Denn es ist etwas sehr Gewöhnliches, daß Mitglieder solcher Gesellschaften zuweilen auch einen oder den anderen Bekannten in ihrem Lokale aufnehmen, ohne daß um deswillen jedermann der freie Eintritt gestattet wäre. Der Zeuge August Schwab bemerkt auch wirklich in seiner Vernehmung, daß, wenn Leute von anderen Ständen in das hintere Zimmer kamen, diese nur solche gewesen seien, welche mit den Studierenden in näherer Berührung standen — und diese Angabe gewinnt dadurch Wahrscheinlichkeit, daß einige von den dort angetroffenen Nichtstudenten, namentlich Dr. Schulz, Dr. Seyfert und Dambrun vor nicht gar langer Zeit Studenten, ja die beiden letzteren sogar Mitglieder der Germania waren. Auch wäre die übereinstimmende Aussage der Zeugen ganz unerklärbar, wenn in dem hinteren Zimmer jedermann ohne Unterschied freien Zutritt gehabt hätte, sie erklärt sich aber vollkommen, wenn man annimmt, daß zuweilen wohl auch andere, aber nur Bekannte der Gesellschaft, dahin kamen.

Faßt man alle diese Umstände zusammen, so drängt sich unleugbar der Verdacht auf, daß die Gesellschaft der Germanen ihre früheren Zusammenkünfte in dem bezeichneten Lokal fortsetzte."

Die polizeilichen Untersuchungen waren unterdessen weitergeführt worden[151]) und hatten eine derartige Fülle belastendes Material zutage gefördert, daß

1. die Tatsache des Bestandes einer verbotenen Verbindung unter den Studierenden der Hochschule mit politischer Tendenz zum vollen Anschuldigungsbeweise erbracht ist,

---

[151]) Kr.A.M., Rep. M. A. u. E. Fasc. 101.

2. dringende Indizien vorliegen, welche die Tätigkeit dieser Verbindung als staatsverräterisch charakterisieren.

Die Polizeibehörde vertrat den Standpunkt, daß eine strafrechtliche Untersuchung eingeleitet werden müsse, verhaftete den am meisten gravierten Wilhelm Hammer und übergab am 18. August 1832 den Untersuchungsakt dem K. Kreis- und Stadtgericht München. Dieses führte die Untersuchungen weiter und erbrachte gegen die Germanen und Isaren besonders folgende Beweismittel für die Angehörigkeit zur Allgemeinen Burschenschaft:[152])

1. Unter den bei dem Studenten Karl Pfretzschner entdeckten Papieren des verstorbenen Studenten Benno von Reisch fand man eine Art von Memorial, worin derselbe von dem Bestande der Burschenschaft, seiner Aufnahme in diese als äußeres und später als geheimes Mitglied spricht.
2. Derselbe bezeichnet darin alle Mitglieder der hiesigen Burschenschaft mit ihren Familien- und teilweise sogar mit ihren sogenannten Kneipnamen.
3. Ferners lag dabei eine Rede desselben, welche er bei Gelegenheit der Aufnahme von Renoncen in die Verbindung gehalten, mit der deutlichen Zeichnung einer politischen Tendenz dieses Vereins.
4. Ein anderer Aufsatz von unbekannter Hand, aber ein Bestandteil der Reischschen Papiere behandelt die Untätigkeit des deutschen Bundes mit dem Ausdrucke der Vernichtung der deutschen Fürsten.
5. Eine weitere Abhandlung spricht sich über die Zulässigkeit des Fürstenmordes aus und schließt mit einer Lobrede auf den Mörder Kotzebues.
6. Ebenso entschieden ergibt sich die staatsgefährliche Tendenz der hiesigen Burschenschaft aus einem Briefe des Studenten Wilhelm Hammer vom Mai 1832 an den Studenten Brüggemann in Heidelberg. In diesem Briefe beurteilt er die Stellung und Lage ihres Vereins, drückt die Hoffnung der Verbindung mit der Isaria aus und gibt die Tendenz zu erkennen, die bestehenden Staatseinrichtungen zu vernichten.
7. Aus der mit dem Universitätsamt Heidelberg eingeleiteten Korrespondenz geht auch hervor, daß Hammer der Versammlung von Studenten in der Klosterruine Limburg bei Dürkheim beigewohnt hat, bei der Brüggemann neben Ausfällen gegen die deutschen Fürsten zugleich die unumwundene Aufforderung zur Mitwirkung für die Einheit Deutschlands, selbst erforderlichen Falles durch die Anwendung

[152]) Kr.A.M., Rep. M. A. u. E. Fasc. 101.

von Gewalt, an die Zuhörer richtete und sich für die Durchführung revolutionärer Grundsätze aussprach.

8. Endlich ergab sich auch aus einem Briefe des Studenten Löwenthal aus Mannheim an diesen Brüggemann, daß die beiden zu einem Zeitpunkte in Berührung gestanden sind, in welchem jener bereits als ein offenbarer Feind der öffentlichen Ruhe und Ordnung beurkundet ist."

Am 28. Dezember wurde daher gegen folgende 43 Germanen und Isaren die Einleitung der Generaluntersuchung befohlen: Anton Quitzmann, Meinhard Zottmaier, N. Schrader, Friedrich Hausmann, G. A. K. Hausmann, Friedrich Driver, Eduard Scherr, Ph. Vorhaus, Xaver Löwenthal, Leopold Gietl, Bernhard Selger, Karl Pfretzschner, Georg Maier, Prosper Bracht, August Kunradi, Adolf Krätzer, Hermann von Crailsheim, Friedrich Schuster, Josef Schauberg, Chr. Th. Flierl, Julius Hasel, W. v. Ketteler, Friedrich Schmiedigen, J. Nep. Maier, Karl von Godin, Adolf Reutner, Gustav Reuter, Melchior Aschenbrenner, Karl Hertter, J. B. Scheurer, Friedrich Köster, Karl Schneemann, Ludwig Asmus, Friedrich Bender, Heinrich Ellrod, Ferdinand Escherich, Heinrich Faber, K. Frd. Flessa, Jakob Fellner, Ludwig Köhler, Ignatz Oberle, Peter v. Obwexer, Benedikt Sensburg.

Während der Untersuchungen bestanden Germanen und Isaren im Verborgenen weiter, dem Auflösungsbefehl vom 17. Mai 1832 wurde keine Folge geleistet.[153]) Die Germania wechselte nur ihr Kneiplokal und zog ins Löwenbräuhaus. Der Mitgliederbestand wurde zwar durch diese behördlichen Untersuchungen stark herabgesetzt, da doch viele die hohen Strafen fürchteten. Eine um so eifrigere Tätigkeit entwickelte der kleine Kreis der unerschrockenen Anhänger der Burschenschaft. Der politische Radikalismus gewann immer mehr die Oberhand, erklärlich durch den ständigen Verkehr mit Männern wie Dr. Eisenmann und Dr. Siebenpfeiffer, die als die schärfsten Vertreter jener Richtung anzusehen sind, welche nur in gewaltsamer Erhebung und in tätiger Mitwirkung aller Kreise eine Rettung des Vaterlandes sahen. Man spielte mit revolutionären Gedanken und warf mit revolutionären Schlagwörtern um sich. Jede Mahnung zur Besonnenheit verhallte ungehört. Zur Erreichung des Zweckes schien jedes Mittel gut genug zu sein. Wie die Schranken zwischen Burschenschaft und Korps fallen sollten, so auch die zwischen Studenten und Bürgerschaft. Man schloß sich an die politischen Parteien, an die politischen Vereine an und ließ sich auch zur Beteiligung an den planmäßig angelegten Volkskundgebungen verleiten.

---

[153]) B.G.St.A., Rep. 105 XXI Vol. 1.

Das größte dieser Volksfeste war das zu Hambach am 27. Mai 1832; auch München wurde dazu eingeladen, wie alle, die „an Abschüttelung äußerer und innerer Gewalt" ein Interesse hätten.[154]) Man beschloß, keinen eigenen Vertreter hinzuschicken, jedoch machte man die Mitglieder auf das Fest aufmerksam. Dr. Pistor und Brüggemann fuhren daraufhin nach Hambach. Nach den amtlichen Berichten strömten dort ungefähr 25 000 Menschen zusammen. Von Dr. Siebenpfeiffer und Dr. Wirth wurden schwungvolle Reden gehalten, die sich gegen Bundestag und Bundesfürsten wandten und erst durch die Einführung einer demokratischen Verfassung für Deutschland bessere Zeiten verhießen. In ähnlichem Sinn sprachen auch Dr. Pistor und Brüggemann.

Für die große Menge war die Veranstaltung mit Beendigung der Versammlung in Hambach beendet. Die eigentliche Bedeutung der Hambacher Maifeier liegt aber in den Beratungen und Abmachungen, die am 28. Mai 1832 in Neustadt stattfanden.[155]) Es sollte nicht bei Singen und Reden sein Bewenden haben, es sollten Beschlüsse gefaßt werden, in welche Formen die freiheitliche Bewegung zu leiten wäre, es sollte „Der Übergang von den Worten zur Tat" gefunden werden. Die Versammlung fand am 28. Mai 1832 im Schießhaus statt, mit einer Beteiligung von 5000 bis 6000 Männern. Siebenpfeiffer hielt eine ungestüme Rede, worin er in direkter Anknüpfung an die glorreiche Erhebung Frankreichs die Berufung eines Nationalkonventes beantragte. Darauf wurden Wirth, Schüler, Siebenpfeiffer und Hallauer für die Rheinpfalz, Closen für das rechtsrheinische Bayern, Lohbauer für Schwaben, Jordan für Hessen, Brüggemann, Cornelius und Rauschenblatt für Norddeutschland gewählt. Die Abgeordneten sollten aber nicht zu irgend einer Tathandlung schreiten, sondern erst beraten, was geschehen müsse. Auch wollte man anscheinend schon damals festlegen, an welchem Tage man losschlagen wolle. Ein fester Beschluß wurde aber nicht gefaßt.[156])

Das Hambacher Fest blieb aber nicht ohne Nachwirkungen. Metternich konnte durch übertriebene Schilderung der dortigen Vorgänge selbst und besonders durch Ausmalen der verderblichen Folgen solcher Kundgebungen für die Monarchien seine Anträge auf Einschränkung der ständischen Gewalt, der Presse und des Vereinsrechtes auch bei den bis dahin widerstrebenden Bundesfürsten durchsetzen. Es wurde die entschiedene Unterordnung der politischen Gesetzgebung der einzelnen Staaten unter den Bundestag, die genaue Überwachung der Verhand-

---

[154]) Heigel, Das Hambacher Fest vom 27. Mai 1832, S. 65.
[155]) Das. S. 76 ff.
[156]) Das. S. 77.

lungen der Ständeversammlungen, die Beschränkung der Öffentlichkeit dieser Verhandlungen ausgesprochen und eine Kommission zur Überwachung dieser Vorschriften eingesetzt (Art. III. V. VI. des B-B. vom 28. Juni 1832). Am 3. Juli 1832 wurde noch durch Bundesbeschluß das neue badische Preßgesetz unterdrückt.

Von mancher Seite wird im Anschlusse an das Hambacher Fest behauptet,[157]) daß die Burschenschaft in dieser Zeit ihren nationalen Charakter verloren habe, die Idee der Einheit Deutschlands sei hinter einem internationalen Kosmopolitismus zurückgetreten, der in der Polen- und Franzosenschwärmerei zum Ausdruck kam. Für einige wenige Burschenschafter mag dies vielleicht zutreffen, für die Münchner Germanen aber sicher nicht. Wenn auch unter dem Einflusse von Wirth für die Polen Stimmung gemacht wurde, dabei wurde aber der Hauptzweck, die Einheit und Freiheit Deutschlands nicht vergessen; die Freiheit Polens wurde nur als ein Mittel zur Befreiung Deutschlands angesehen und in Frankreich glaubte man nach wie vor den alten Erbfeind Deutschlands suchen zu müssen. So schreibt z. B. Compes im Winter 1832 an Georg Fein, den früheren Mitredakteur der „Tribüne“:[158]) „Nie werde ich französischen Interessen dienen, zunächst deshalb nie, weil ich alle Fremdherrschaft hasse und ich kann es nur als heillose Verblendung ansehen, wenn sonst mir Gleichgesinnte in der besten Absicht, der nächsten Vergangenheit uneingedenk, von einem bewaffneten Einschreiten der dreifarbigen Fahne in unsere Angelegenheiten Heil erwarten. Der Deutsche hat nicht zuviel Gemeingeist, allein er kann mit der Reinigung des eigenen Hauses ohne fremde Besen fertig werden. Die Arbeit geht freilich langsamer, aber sicherer und schonender . . .“ Auch Brüggemann verlangt in seiner Rede auf dem Hambacher Fest Elsaß-Lothringen für Deutschland.

Die Münchner Germania war nach dem Hambacher Fest vollkommen in das Fahrwasser des Vaterlandsvereins gekommen. Allen Ratschlägen von dieser Seite wurde Folge geleistet und dabei vollkommen außer Acht gelassen, daß man eigentlich eine studentische Korporation war. In dem Bemühen, recht viele Anhänger zu erwerben, wollte man nicht nur mit den Landsmannschaften ein besseres Verhältnis anbahnen, auch mit den Bürgern glaubte man näher verkehren zu müssen, um sie für die liberalen Prinzipien zu gewinnen.

In der ersten Hälfte des Sommersemesters 1832 teilte die Münchner Germania der vorsitzenden Burschenschaft zu Tübingen die Vereinigung mit den Isaren, welche die burschenschaft-

---

157) Qu. u. D. IV, 338, Fußnoten 177.
158) Qu. u. D. I, 275.

liche Tendenz unter Beibehaltung der landsmannschaftlichen Formen angenommen habe, mit, spricht sich über den engherzigen Geist der Burschenschaft den Landsmannschaften gegenüber aus und schlägt vor, den bisherigen formellen Bestand der Burschenschaft aufzulösen und nicht nur mit den Landsmannschaften, sondern auch mit den Bürgern und Philistern zusammen zu leben und in dieser formlosen Weise den burschenschaftlichen Zweck zu fördern.[159])

Die vorsitzende Burschenschaft teilte die Vorschläge der Münchner den übrigen Burschenschaften mit und es knüpften sich daran ausgedehnte Meinungsaustausche.

Ungefähr zur gleichen Zeit kam auch ein Schreiben von der Würzburger Germania an die Vorsitzende, in dem die Anberaumung eines Burschentages gewünscht wurde.[160]) Sie hätten Reformen im Wesen der Burschenschaft vorzuschlagen, die von großer Wichtigkeit seien, aber nur mündlich verhandelt werden können. Auf dem bisherigen Wege komme man nicht weiter, es gelt mittels der Preſſevereine das Volk aufzurütteln.

Wir haben oben gesehen, wie weitgehend Würzburg von München beeinflußt wurde; vielleicht war es verabredet, gleichzeitig Forderungen ähnlichen Inhalts getrennt zu stellen, um größere Wirkung zu erzielen.

Die Tübinger erwiderten,[161]) sie hielten einen neuen Burschentag nicht für nötig, da jede Burschenschaft unbehindert sei, Veränderungen an ihrer Verfassung vorzunehmen. Das Schreiben der Würzburger Burschenschaft fand in München natürlich lebhaften Anklang. Die beiden Burschenschaften taten sich noch enger zusammen und ließen nicht nach, einen neuen Burschentag zu fordern, vor dem sie ihre Vorschläge für eine allgemeine Reorganisation der Burschenschaft bringen wollten.[162]) Ungefähr Anfang November 1832 schrieben die Münchner nach Tübingen, daß sie auf eine kleine Anzahl herabgekommen seien und daher den Antrag stellen, der Burschenschaft eine andere Form zu geben, ihren Kreis zu erweitern, die Verbindungsform aufzuheben und die Burschenschaft in einen Klub politisch Gleichgesinnter zu verwandeln.

In München scheint diese Umwandlung schon mehr oder weniger vollzogen gewesen zu sein. Aber auch in Tübingen fanden allmählich die Münchner Vorschläge Anklang, besonders seitdem der Münchner Germane Böhringer dorthin gekommen und namentlich unter den jüngeren Mitgliedern großen Einfluß gewonnen hatte.[163]) Man trug sich auch dort mit der Ab-

[159]) B.G.St.A., Rep. 97 VIII, u. Rep. 105 XXI Vol. 1.
[160]) B.G.St.A., Rep. 105 XXI Vol. 1.
[161]) Qu. u. D. III, 140.
[162]) Qu. u. D. IV, 341.
[163]) Qu. u. D. IV, 341.

sicht, das Verbindungswesen aufzugeben und in einer formlosen Vereinigung auf das gemeinsame Ziel hinzuarbeiten.

Da die beiden bayrischen Burschenschaften immer dringender auf Abhaltung eines Burschentages drängten, ja die Würzburger Burschenschaft sogar drohte, wenn die Tübinger keinen Tag ausschreiben, werden sie selbst den Termin anberaumen, gab die Vorsitzende dem Drängen nach und schrieb auf Weihnachten 1832 zu Stuttgart einen allgemeinen Burschentag aus.

Die Tagung fand am 26. und 27. Dezember im Gasthof zum Adler in Stuttgart statt. Von München war Arnold (Stauffer) als Abgesandter erschienen. Bei seiner späteren Verhaftung leugnete zwar Arnold in Stuttgart gewesen zu sein, ja seine Hauswirte versichern sogar, er sei während der Weihnachtsfeiertage in München gewesen; ebenso ist Arnold bemüht, seinen Kneipnamen „Stauffer" zu verheimlichen, da er unter diesem Namen in Stuttgart sich ins Fremdenbuch eintrug und unter diesem den anderen Abgeordneten bekannt war. Die Kieler und Tübinger Abgesandten geben übereinstimmend an, daß München durch einen gewissen Stauffer vertreten war, was wahrscheinlich ein Deckname gewesen sei. Daher schreibt Arnold an Hausmann, er möge leugnen, den Kneipnamen „Stauffer" jemals gehört zu haben, „indem das Lebensglück vieler Mitglieder hiervon abhängt, daß jener Name nicht herauskomme."[164] Ohne Zweifel war Arnold als Abgesandter der Münchner Germania in Stuttgart.

Der Würzburger Deputierte begründete die Anträge seiner Burschenschaft, die darauf hinausliefen, die Burschenschaft in eine unmittelbar revolutionäre Bahn zu drängen. Es sei keine Möglichkeit auf friedlichem Wege zu freiheitlichen Zuständen in Deutschland zu gelangen. Es bleibe nichts anderes übrig, als Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Die Revolution sei bereits im Werke und es handle sich nur darum, ob die Burschenschaft sich an der historisch notwendig gewordenen Revolution beteiligen wolle oder nicht. Geleitet werde sie von dem (an Stelle des verbotenen Preßvereins getretenen) Vaterlandsverein, der seine Verzweigungen in ganz Deutschland habe und an dessen Spitze die angesehensten und einflußreichsten Männer stehen, so daß am Gelingen nicht zu zweifeln sei.

Die Vertreter von München und Erlangen traten sofort den Ausführungen des Würzburger Abgeordneten bei und veranlaßten die Annahme folgender Beschlüsse:[165])

§ 1. Der Beschluß des Frankfurter Burschentages, daß jede Burschenschaft, die nur einen Deputierten zum Burschentage

---

164) A.R.A.M., Verz. X B. 5.
165) Qu. u. D. IV, 342 ff.

schicke, nur durch eine Stimme vertreten werde, wird mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage aufgehoben.

§ 2. Nachdem die Majorität des Stuttgarter Burschentages ihre Ansicht über den Stand der politischen Lage in Deutschland dahin abgegeben hatte, daß die Idee der Revolution in der Majorität des Volkes Anklang gefunden habe und somit ein glückliches Resultat einer solchen Bewegung vorauszusehen ist, so bestimmt der Stuttgarter Burschentag, daß die vom Frankfurter Burschentag gegebene Bestimmung, eine praktisch politische Tendenz, beibehalten und daß der Weg der Revolution als der einzige für jetzt dazu verfolgt werde.

§ 3. Als Mittel erscheinen: 1. Anschließen und Vereinigung zum gemeinschaftlichen Handeln mit dem Vaterlandsverein oder womöglich Herbeiführung gänzlicher Vereinigung. Die geschäftsführende Burschenschaft soll beauftragt werden, das baldmöglichst ins Werk zu setzen, die ganze Sache unparteiisch und höchst vorsichtig zu prüfen und Verbindungen demgemäß einzugehen; es versteht sich von selbst, daß auch unbedingte Vollmacht gegeben wird, Verfügungen an die einzelnen Burschenschaften zu erlassen. 2. Es ist Pflicht jeder Burschenschaft, womöglich durch Schrift und Wort ihre politische Ansicht allgemeiner zu machen, politische Klubs mit Bürgern zu errichten, Preßvereine zu gründen, Waffen anzuschaffen und sich im Gebrauch derselben zu üben. 3. Den Burschenschaften soll es erlaubt sein, über ihr formelles Bestehen als Studentenverbindung zu verfügen, wie sie es für nötig und zweckmäßig finden; jedoch findet der Burschentag die Beibehaltung dieser Form für wünschenswert, wo es die äußeren Verhältnisse erlauben. Durch die Bestimmung wird jedoch das frühere Gesetz nicht aufgehoben, welches die Allgemeinheit verwirft.

§ 4. Eine Revision des Komments und Prüfung der Konstitution der einzelnen Burschenschaften, sowie Appellation der einzelnen Mitglieder gegen ihre Burschenschaften fällt demnach nicht mehr dem Burschentage anheim; bloß die Revision der Allgemeinen Konstitution, die, wie früher, für alle Verbindungen bleibt, liegt ihm ob.

§ 5. Den Begriff der Moralität selbst stellt der Burschentag in der Weise dar, als notwendig zur Ausbildung seiner gesamten Willenskräfte, wodurch natürlich der engere Begriff von Moralität keineswegs ausgeschlossen ist.

§ 6. Die geschäftsführende Burschenschaft wird aufmerksam gemacht, allenfallsige Veränderungen der Adressen sogleich an alle Burschenschaften mitzuteilen.

§ 7. Die Farben der Karten für dieses Semester sind blau, für das nächste gelb.

§ 8. Die Burschenschaften werden aufgefordert, die größte Vorsicht bei Briefen und anderen Papieren zu beobachten.

§ 9. Jede Burschenschaft soll verpflichtet sein, womöglich alle 3 Monate der geschäftsführenden Burschenschaft von ihrer Stellung und Wirksamkeit nach außen Nachricht zu geben.

Damit war die Tagung beendet. Die Münchner Burschenschaft hat ihr seit einem halben Jahre angestrebtes Ziel erreicht. Die allgemeine Burschenschaft hat die Formen einer studentischen Gesellschaft abgestreift, sie hatte als ihre Hauptaufgabe Verbreitung umstürzlerischer Politik bezeichnet, sie bestimmte als Mittel zur Erlangung der Einheit Deutschlands die Revolution. Den fundamentalen Unterschied zwischen den Beschlüssen zu Frankfurt und denen zu Stuttgart legt das Berliner Kammergericht in dem Erkenntnis gegen Brüggemann und Genossen folgendermaßen dar:[166] „Die Frankfurter Beschlüsse erklärten die Revolution für ein zur Erreichung des Verbindungszweckes anzuwendendes Mittel, jedoch nicht für ein ausschließliches. Sie verpflichteten die Mitglieder der Burschenschaft nicht zur Erregung, sondern nur zur Teilnahme an Volksaufständen. Anders dieStuttgarter Beschlüsse. Die Revolution wurde hingestellt als das durch die Zeitumstände gebotene, notwendig und allein zu versuchende Mittel. Die Mitglieder der Burschenschaft sollten sich nicht bloß einem bereits erregten Aufstande anschließen; sie sollten vielmehr selbst eine Revolution erregen."

VI.

Die Münchner Germania nach dem Stuttgarter Burschentag, ihre Beteiligung am Frankfurter Wachensturm und ihr Ende.

Arnold kehrte nach Beendigung des Burschentages nach München zurück; es ist anzunehmen, daß die gefaßten Beschlüsse keinen Widerspruch fanden, da sie der Gesinnung der meisten Mitglieder entsprachen. Otto gibt an,[167] daß in München nach dem Stuttgarter Burschentag sich die Burschenschaft in einen politischen Klub auflöste; über die Art und Weise dieser Umwandlung ist nichts Näheres bekannt. Tiefeinschneidend ist die Veränderung nicht gewesen, da schon vor dem Burschentage die Mitgliederzahl der Germania stark abgenommen hatte und der Ausfall an Mitgliedern durch regeren Verkehr mit den Bürgern ausgeglichen wurde.

---

166) Burschenschaftliche Blätter 1889, Sonderheft 3, S. 19.
167) Qu. u. D. IV, 345, Fußnote.

Ebensowenig bedeutete der Anschluß an den Vaterlandsverein für die Münchner Germania eine Änderung ihrer politischen Absichten und Ziele; sie war es doch, die das engere Zusammengehen mit diesem Verein in der Burschenschaft beantragte und seit Bestehen desselben zu seinen Hauptanhängern gehörte.

Was bezweckte aber der Vaterlandsverein? Anfänglich wollte er nur auf die Wahl der Landstände einwirken, die liberalen Anträge durch Adressen und aufklärende Reden im Volke unterstützen. Seit den Bundesbeschlüssen vom 28. Juni 1832, die die Freiheit der Presse vernichteten und die gegebenen Verfassungen beschnitten, fand eine Abkehr von den konstitutionellen Ansichten im Vaterlandsverein statt. Als politisches Ideal schwebte jetzt eine alle Staaten umfassende deutsche Republik vor nach dem Muster der nordamerikanischen Union. Die Beeinflussung der Landstände, das Bestreben durch die Presse eine Aufklärung des Volkes allmählich zu erreichen, erschien aussichtslos. Nur mit Gewalt war eine Umgestaltung möglich, und so predigte man Umsturz und Revolution. Das Volk sollte mit dem Gedanken vertraut gemacht werden, daß nur ein Weg zur Freiheit führe, die bewaffnete Erhebung der Gesamtheit. Eine Volksbewaffnung sollte durchgeführt werden in der Weise, daß jeder einzelne des Vaterlandsvereins sich mit Männern verlässiger Gesinnung verbinde, diese bewaffne und so ein ganzes Netz von Vertrauten über das Land verbreite. Das Zusammenarbeiten und Zusammenfließen zu einem Ganzen müsse den Sturz der Regierungen herbeiführen.

In diesem Sinne wirkte man vor allem auf die Burschenschaften ein. Man suchte sie zu überzeugen, daß ihre, nur einem geschlossenen Kreis zugängliche Art der Agitation wenig Erfolg haben werde; würden sie sich einigermaßen auffällig benehmen, hätten die Behörden gleich das ganze Nest ausgenommen. Sie sollten daher losere Vereinigungen mit den Bürgern bilden und dort neuen Boden für ihre Ansichten zu gewinnen trachten. Vor allem müßte man auch das Landvolk zu beeinflussen suchen, da dieses nicht viel zu verlieren habe und namentlich, wenn es ohne Beschäftigung sei, wie nach der Ernte, leicht zu Gewaltstreichen gegen die Behörden bereit sei.

Der Vaterlandsverein erwarb sich unter den Bürgern in verhältnismäßig kurzer Zeit eine große Anhängerschaft, besonders in Württemberg, Baden, Hessen, Braunschweig, Nassau und in der Rheinpfalz; aber auch in Bayern entstanden zahlreiche Bürgervereine. Um für die bevorstehende Erhebung sich den Erfolg zu sichern, versuchte man auch das Militär und die Bürgergarde auf seine Seite zu ziehen. In Württemberg arbeitete besonders Oberleutnant Koseritz für diesen Plan und, nach seinen Berichten, nicht ohne Erfolg. Ebenso war in Homburg, Kassel und

vielen anderen Plätzen das Militär für eine Revolution gewonnen.

Seit dem Stuttgarter Burschentag konnte man hauptsächlich durch die Bemühungen der Münchner und Würzburger Burschenschaft auch auf eine lebhafte Beteiligung aus den Kreisen der Burschenschaften rechnen.

Die Pläne nahmen immer festere Form an. Man wählte bereits fünf provisorische Präsidenten der deutschen Republik und zwar: Jordan, von Itzstein, Rotteck, Benzel-Sternau und Welcker. Als Sitz der neuen Regierung sollte vorderhand Ludwigsburg dienen. Auf 3. März 1833 wurde eine allgemeine Versammlung nach Großgartach, Oberamt Heilbronn, einberufen, um dort die näheren Pläne des Losschlagens zu besprechen. Der Münchner Germane Körner war im Februar und März persönlich bei Jordan in Kassel und bei Schüler in Metz gewesen, um sich mit beiden über Art und Zeit des Unternehmens zu besprechen.[168]). Die Billigung des Vorhabens durch diese Männer, die großes allgemeines Ansehen genossen, trug viel zur Hoffnungsfreudigkeit der Führer bei. Man schmeichelte sich die gleichen Erfolge erringen zu können, wie in Kassel, Braunschweig und Dresden, wo durch verhältnismäßig geringe Mittel das Ziel der freieren Verfassung erreicht worden war. Die Stimmung schildert Körner in seinem Tagebuch[169]) folgendermaßen: „Wir waren alle der festen Überzeugung, daß, wenn auch unser Schritt mißlingen und wir alle den Untergang finden würden, dennoch irgend eine Tat geschehen müsse. Wir waren der Überzeugung, daß jeder vergossene Tropfen Blutes tausendfachen Ertrag doch einst bringen würde. Wir waren der Überzeugung, daß das Mißlingen uns nur scheinbar zurückwerfen mußte, denn wir alle hatten aus der Geschichte die unwandelbare Ansicht geschöpft, daß keine Tat, die einem freien, männlichen, auf Selbstaufopferung gegründeten Entschlusse entspringt, ohne die beabsichtigten Folgen bleiben kann. Wir glaubten an die Wahrheit und Gerechtigkeit unserer Gesinnung und also auch unserer Handlung zu sehr, um nicht, wenn auch nicht unmittelbar, den Sieg unserer Sache für gewiß zu halten."

Schon früher hatte man sich darauf geeinigt, als Ausgangspunkt der Revolution Frankfurt zu wählen; der Sitz des Bundestages sollte der Sammelplatz der Freiheitsbewegung werden. Die Berichte lauteten günstig. In Frankfurt im Hause des Dr. Bunsen seien Waffen und Munition für mehrere 100 Mann vorhanden. Die Artillerie der Frankfurter Bürgerwehr sei für den

---

[168]) Dr. Ed. Dietz, Das Frankfurter Attentat vom 3. April 1833 und die Heidelberger Studentenschaft, S. 26—27.

[169]) Das Tagebuch ist 1837 niedergeschrieben und befindet sich in Original-Handschrift im Archiv der Deutschen Burschenschaft.

Plan gewonnen, ebenso zwei preußische Posener Regimenter, das Nassauische Militär gut dafür gestimmt. Das Polendepot von Besancon wolle durch Elsaß, Rheinbayern und Baden marschieren und an der Revolution teilnehmen. Man glaubte daher, daß der richtige Zeitpunkt jetzt gekommen und setzte den Beginn des Losschlagens auf Anfang April fest, je nach der Verlegung der Residenz nach Stuttgart, und, wenn diese nicht stattfand, auf jeden Fall nach dem 3. April.

Die Frankfurter Gruppe, geführt von Dr. Bunsen, Dr. Gärth, Sohn eines Münchner Bürgers, und Dr. Körner, wollte nun aus Eitelkeit, um sich auf eigene Hand hervorzutun, möglichst bald losschlagen. Sie handelte damit ausdrücklich gegen den Wunsch des größten Teils des Vaterlandsvereins. Auf 3. April wurden die Burschenschaften nach Frankfurt berufen.

Dr. Körner übernahm die Benachrichtigung der Vorsitzenden zu Heidelberg unter folgendem Deckschreiben: „In den nächsten Tagen noch vor Ostern, hat meine Schwester Hochzeit in Frankfurt. Es wird mich freuen, wenn Du diesem Feste beiwohnst und einige tüchtige Bursche mitbringst.“.

Nach Altbayern kam im Auftrage des Frankfurter Vereins Berchelmann und benachrichtigte die Universitäten und Bürgervereine von dem Vorhaben. Am 1. April kam dann noch Kunradi (Münchner Germane) nach Heidelberg und teilte als genauen Termin den 3. April mit.

Schon am 31. März versammelten sich einige Verschwörer im „Pariser Hof“ in Frankfurt. Dort und in einer am 2. April zu Bockenheim abgehaltenen letzten Versammlung wurde der genaue Plan des Anschlages festgesetzt. Zwei Kolonnen sollten sich der Konstablerwache und Hauptwache bemächtigen, eine dritte des Zeughauses. Gleichzeitig sollten die Bauern von Bonames über Pfreungesheim gegen das Friedberger Tor geführt werden.

Bis zum 3. April verstärkte sich die Zahl der Verschworenen auf fünfzig bis sechzig, die Hälfte davon waren Burschenschafter. Der Münchner Germania haben folgende angehört: Dr. G. P. Körner, Karl Pfretzschner, Ed. von Welz, Theodor Engelmann, August Kunradi, Eduard Kohloff,[170]) Hermann Friedrich Handschuh und Karl Kolligs. Die Teilnehmer versammelten sich teils bei Dr. Bunsen, teils im Gasthofe des Wirtes Pauli hinter der Rose. Als Erkennungszeichen diente eine schwarz-rot-goldene Armbinde. Es war bekannt, daß der Anschlag dem bayrischen Gesandten verraten worden war; man ließ daher jedem noch am

[170]) Außerdem befand sich zur Zeit der Unruhen der frühere Münchner Markomanne und Jenenser Burschenschafter Gustav Kombst in Frankfurt; er beteiligte sich aber nach der Schilderung in seinem Buche „Erinnerungen aus meinem Leben“ S. 138 ff. nicht an dem Wachensturm.

Abend den Rücktritt frei. Um ½10 Uhr brachen die Verschwörer von ihren Versammlungsorten auf, gegen 10 Uhr war die Hauptwache und Konstablerwache ohne größeren Widerstand genommen. Die Aufforderung an die umherstehenden Bürger, sich im Namen der Freiheit der Bewegung anzuschließen, stieß auf allgemeine Teilnahmslosigkeit. Bis man daran ging, das Zeughaus zu nehmen, war das ganze Bataillon des Frankfurter Linienmilitärs ausgerückt, hatte die beiden Wachen unter hartnäckigem Widerstand der Empörer wieder genommen und innerhalb einer Stunde die Ruhe wieder hergestellt. Die von Bonames kommende Schar fand die Tore bereits von Soldaten besetzt; sie zog daher vor, wieder abzuziehen. Die amtlich bekannt gegebenen Verluste waren neun Tote (sechs Soldaten, ein Bürger, zwei Aufrührer) und vierundzwanzig Schwerverletzte (vierzehn Soldaten, acht Bürger und zwei Meuterer, unter den letzteren auch Dr. Körner).

Mit dem Frankfurter Attentat war der Hauptschlag des Vaterlandsvereins mißlungen, war der Traum von einem allgemeinen gewaltsamen Umsturz, von einer deutschen Republik wesenlos geworden. Besondere Enttäuschung und Niedergeschlagenheit entstand aber in den burschenschaftlichen Kreisen, da man fest auf die Macht des Vaterlandsvereins gebaut hatte und ihm bedingungslos vertraute. Die folgenden Ereignisse verwandelten diese Niedergeschlagenheit in Bestürzung und Schrecken.

Es ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß die Behörden von dem Treiben des Vaterlandsvereins und der Burschenschaften unterrichtet, daß die Absichten in Frankfurt bekannt waren. Die Ausführung wurde nicht gehindert, um den Beweis erbringen zu können, daß Worte, wie die Dr. Wirths auf dem Hambacher Fest nicht nur Phrasen waren, daß die verdächtigen Vereinigungen nicht nur auf dem Papier hochverräterische Tendenz hatten, sondern auch nicht vor hochverräterischen Taten zurückschreckten. War dieser Beweis erbracht, so war Metternich und sein System gerechtfertigt, die widerstrebenden Bundesfürsten mußten sich der zentralisierten Polizeigewalt beugen, mit der Österreich einen weitgehenden Einfluß auf die innere Politik der Bundesstaaten ausüben konnte.

Gleich in der Nacht vom dritten auf vierten April wurde in Frankfurt mit Verhaftungen begonnen. Die meisten Verschwörer hatten Unterschlupf in Privatwohnungen gefunden, wo sie unentdeckt blieben und größtenteils in den nächsten Tagen heimlich entweichen konnten.

Von den Münchner Germanen konnten sich sechs in Sicherheit bringen. Körner gelangte in Frauenkleidung über Karlsruhe nach Straßburg und wandte sich dann nach Amerika. Den gleichen Weg wählten Engelmann und Kunradi.[171]) v. Welz und Kolligs

[171]) Schon bei den Demagogenverfolgungen der zwanziger Jahre

flohen in die Schweiz, Kohloff nach Frankreich. Nur Pfretzschner und Handschuh wurden in Frankfurt verhaftet.

Nach den Entflohenen wurde mit Steckbriefen gefahndet, die Verhafteten gerichtlich vernommen. Da die meisten Anführer entkommen waren, die Verhafteten aber jeden Zusammenhang leugneten, ihren Besuch der eben stattfindenden Messe zuschrieben, ging die Untersuchung nur langsam vorwärts. Erst die Geständnisse des stud. jur. Hermann Müller aus Neubrandenburg, der in Berlin auf Veranlassung der Frankfurter Behörden verhaftet wurde, deckten den ganzen Hergang der Verschwörung auf und belasteten besonders schwer die Burschenschaften. Auf Grund dieser Entdeckungen konnte Metternich am 26. Juni 1833 die Einsetzung einer Bundeszentralbehörde durchsetzen.

„Von Bundes wegen wird eine Zentralbehörde niedergesetzt, deren Aufgabe ist, die näheren Umstände, den Umfang und den Zusammenhang des gegen den Bestand des Bundes und gegen die öffentliche Ordnung in Deutschland gerichteten Komplotts, insbesondere des am 3. April lfd. Jahres zu Frankfurt stattgehabten Attentats zu erheben und fortwährend von sämtlichen Verhandlungen der verschiedenen mit Untersuchungen wegen Teilnahme an dem gedachten Komplotte in den einzelnen Bundesstaaten beschäftigten Behörden im Interesse der Gesamtheit in Kenntnis zu setzen, auch gegenseitige Mitteilungen und Aufschlüsse unter denselben zu befördern, endlich für die Gründlichkeit, Vollständigkeit und Beschleunigung der anhängigen Untersuchungen Sorge zu tragen.“

Die Untersuchungen richteten sich in erster Linie gegen die Burschenschaften als hochverräterische Verbindungen. Dabei machte sich bei den einzelnen Gerichtshöfen eine einschneidende Verschiedenheit in der Auffassung bemerkbar. Während das Berliner Kammergericht und das Frankfurter Appellationsgericht mit der Zugehörigkeit zur Burschenschaft den Tatbestand des Hochverrates als gegeben erachteten, beurteilten die Badener Gerichte und auch das Appellationsgericht Landshut die Burschenschaft nicht ohne weiteres als hochverräterische Verbindung. Dieser Unterschied der Auffassungen kam bei den Urteilssprüchen augenfällig zum Vorschein.

Das am 19. Oktober 1836 verkündete Frankfurter Urteil sprach gegen alle noch verhafteten Burschenschafter lebenslängliche Zuchthausstrafe aus, einer wurde zu fünfzehnjähriger verurteilt. Zu den zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe Verurteilten

---

hatten sich viele Burschenschafter nach Amerika gewandt. In den dreißiger Jahren sammelten sie sich in der Gegend von Belleville (Ill.), wo die Familie Engelmann sich ansässig gemacht hatte und auf ihrer Farm, der „Herberge der Gerechtigkeit“ in St. Clair County, jedem Verbannten Zuflucht gewährte (Dr. Ed. Dietz, Das Frankfurter Attentat, S. 67).

gehörte auch der frühere Münchner Germane Hermann Frd. Handschuh; diesem gelang es jedoch am 10. Januar 1837 aus dem Gefängnisse zu entfliehen. Pfretzschner wurde 1837 nach Bayern ausgeliefert.

Ungefähr zur gleichen Zeit wurde das Erkenntnis des Berliner Kammergerichtes gefällt, in dem von 204 Abgeurteilten 39 zur Todesstrafe und zwar 4 zur verschärften „mittels des Rades von oben herab", 35 zur einfachen „vermittels des Beiles", verurteilt wurden. Die Todesstrafen wurden durch Kabinettsorder vom 11. Dezember 1836 in lebenslängliche bzw. 30jährige Festungshaft umgewandelt. Unter den zum Tode Verurteilten befanden sich die Münchner Germanen Brüggemann und Guittienne, Bracht wurde zu zwanzigjähriger, Hoeninghaus und Compes zu sechsjähriger Festungsstrafe verurteilt.

Dagegen wurde von den Badener Gerichten als Höchststrafe nur in einem Falle auf zehnjährige Zuchthausstrafe erkannt, die bayrischen Gerichte erstreckten die Untersuchungen nur auf Mitglieder der Burschenschaften nach Weihnachten 1832.

In München wurde mit den Untersuchungen schon frühzeitig begonnen. Schon am 5. April kam ein Schreiben des Kgl. Kommissärs von Würzburg an die Münchner Polizeidirektion mit dem Ersuchen zu recherchieren, wohin sich alle der burschenschaftlichen Umtriebe einigermaßen Verdächtigen während der Osterferier gewandt haben.[172]) Diesem Ersuchen wurde sofort nachgekommen und bei folgenden 38 Ermittlungen erhoben:

Quiris Xaver, hier befindlich
Fuggs Friedrich, nach Sonthofen gereist
Kieffer Friedrich, unbekannten Aufenthaltes
Leimbach Heinrich, nach Augsburg gereist
Dick August, hier befindlich
Syffert-Channonta, nach Starnberg gereist
Mehrmann Georg, nach Regensburg gereist
Mayr Georg, hier befindlich
Herter Karl, hier befindlich
v. Heyder Wilhelm, hier befindlich
Faber Heinrich, hier befindlich
Schneemann Karl, hier befindlich
Schneemann Josef, nach Memmingen gereist
Hierl Christian, nach Sulzbach gereist
Dr. Schwab Josef, hier befindlich
Folger Bernhard, hier befindlich
Schuster Friedrich, hier befindlich
Sensburg Benedikt, hier befindlich
Quitzmann Anton, hier befindlich

---

[172]) K.A.M., Rep. A. R. Fasz. 808 Nr. 12.

Quitzmann Xaver, hier befindlich
Hausmann Friedrich, nach Donaueschingen gereist
Aschenbrenner Melchior, hier befindlich
Boebel Franz, hier befindlich
Werner August, abgereist
Henser Karl Leopold, hier befindlich
Doehn Adolf, hier befindlich
Löwenthal Zacharias, nach Regensburg gereist
v. Dall'Armi, nach Heidelberg gereist
Flessa Karl Frd., nach Hause gereist
Schmidigen Fdr., hier befindlich
Reuter Gustav, hier befindlich
Saur Georg, hier befindlich
Sennig Georg, hier befindlich
Demmler Frd. Wilh., hier befindlich
Dücrue Josef, nach Augsburg gereist
Hasel Julius, hier befindlich
Mayer Jos. Nep., hier befindlich.

Am 15. April wurde nachfolgender Erlaß gegeben:[173])

„Die neuesten Ereignisse in Frankfurt haben die traurige Überzeugung genährt, daß mehrere Studenten der inländischen Hochschulen, fast sämtliche Mitglieder der längst verbotenen Burschenschaft, tätigen Anteil an jenen beklagenswerten Exzessen genommen haben. Wir verordnen daher hiermit, was folgt:

I.

Die überführten Teilnehmer von nicht bestätigten Gesellschaften unter den Studierenden der Hochschulen überhaupt, insbesondere aber der Burschenschaft der Germania, Arminia, Teutonia, Markomannia, Amicitia usw. unterliegen nicht nur der Relegation von den betreffenden Universitäten, sondern auch dem Ausschlusse von allen Hochschulen, und werden eben dadurch zur Anstellung in den entsprechenden Staatsdienstgraden unfähig.

II.

Jeder Ausländer kann nur insoferne auf einer der drei Landesuniversitäten immatrikuliert werden, als er durch legale Zeugnisse genau nachzuweisen vermag, daß er sich, solange er die Hochschule besuchte, an keinem Orte den Verdacht zugezogen habe, Mitglied einer unerlaubten Verbindung gewesen zu sein.

III.

Ausländer, welche schon auf inländischen Universitäten immatrikuliert sind, sollen von denselben entfernt werden, wenn sich gegen sie auch bloß gegründete Anzeigungen der Teilnahme an irgend einer nicht erlaubten Gesellschaft ergeben.

---

[173]) K.A.M., Rep. A. R. Fasz. 808 Nr. 13.

IV.

Inländer, gegen welche Anzeigungen dieser Art vorliegen, sind bis zur Überweisung oder bis zur vollkommenen Rechtfertigung in der Art unter besondere Polizeiaufsicht zu stellen, daß sie sich a) von acht zu acht Tagen persönlich bei der Polizeibehörde zu melden haben und b) daß die Professoren, bei welchen solche Verdächtige Kollegien hören, dem Universitäts-Rektor über den mehr oder weniger fleißigen Besuch der Kollegien durch dieselben monatlich pflichtmäßige schriftliche Anzeige zu erstatten haben, welche dem Ministerial-Kommissär mitzuteilen ist.

V.

Der Ausspruch über die Entlassung, sie mag von der Universität oder von der Polizeibehörde in Antrag gebracht worden sein, hat in Würzburg und in Erlangen von dem Direktorium der Universität- und Stadtpolizei, in Würzburg unter dem Vorsitze des Ministerial-Kommissärs auszugehen.

In München bilden der Ministerial-Kommissär, der Rektor der Hochschule, zwei Senatsmitglieder und der Polizeidirektor das Spruchkollegium. Die Berufungen der Hinweggewiesenen haben keine Suspenswirkung. Der Ministerialkommissär und der Stadtkommissär in Erlangen sind ebenfalls befugt, gegen den Ausspruch der Mehrheit an unser Staatsministerium des Innern Berufung einzulegen.

VI.

Schließlich sind zur Vermeidung öfters vorgekommener Mißbräuche die Universitätsmatrikel aller Hochschüler bei der Polizeibehörde nicht nur während der Dauer der ganzen Studienzeit zu hinterlegen, sondern es sollen die Matrikel in keinem Falle und zu keiner Zeit von Seite der Polizeibehörden als Reiselegitimation beachtet, vielmehr allenthalben von reisenden Hochschülern stets förmliche Pässe selbst in dem Inland gefordert werden.

Von Bedeutung für die Münchner Verhältnisse war der Umstand, daß die seit Sommer 1832 geführten Untersuchungen gegen Hammer und Genossen noch im Gange waren, diese nun auf die Frankfurter Ereignisse hin noch weiter ausgedehnt und mit mehr Energie geführt wurden. Haussuchungen wurden wieder vorgenommen, so eine[174]) am 10. Mai 1833 bei Eberhard Scherr, wobei das Wappen der Germania, Freiheits- und Polenlieder und eine Einladung zum Augsburger Konstitutionsfeste gefunden wurden. Am 29. Mai wurden die Vernehmungen geschlossen. Am 27. November 1833[175]) wurde die Generalunter-

---

[174]) K.A.M., Rep. M. A. u. E. Fasz. 649.
[175]) K.A.M., Rep. M. A. u. E. Fasz. 101.

suchung wegen Hochverrates gegen Wilhelm von Hayder, Ignatz Kaufmann, Hermann Quante, Friedrich Schuster und Friedrich Wilhelm Stein definitiv, gegen Heinrich Ellrodt, Ferdinand Escherich, Theodor Flierl, Otto Hartlieb, Joh. Nep. Maier, Peter Obwexer, Adolf Reutner, Friedr. Schmiedigen, Andreas Scheuerrecker, Bernhard Folger, Friedrich Wend, Ignatz Oberle, August von Dallarmi, Meinhard Tottmaier, Leopold Gietl, Max Jelich und Franz Sonner einstweilen aufgehoben, von einem Ausspruche gegen Napoleon Hauner, Friedr. Driver, Adolf Krätzer, Karl von Melzl, Alois Röckl, Eduard Röbel, Karl v. Inama (†) und Karl Pfretzschner Umgang genommen.

Gegen die noch in Haft Befindlichen wurde die Untersuchung weiter geführt, dabei der Hauptwert darauf gelegt, daß sie nach dem Stuttgarter Burschentag noch der Germania angehörten, die Beschlüsse desselben und die Absichten des Vaterlandsvereins kannten. Da der Beweis hierfür nur bei den wenigsten erbracht werden konnte, schmolz die Zahl der Angeklagten immer mehr zusammen. Dagegen dehnte sich die Untersuchung infolge der immer wieder erholten Untersuchungsresultate bei außerbayrischen Gerichten in endlose Länge. Ein am 8. Juni 1836 erlassenes Urteil sprach von den angeklagten Germanen bis auf drei alle wegen Hochverrats frei, gegen Engelmann, Kunradi und v. Welz wurde zwar auf Einstellung des Verfahrens wegen Hochverrats mangels völligen Beweises erkannt, sie wurden aber zu einer Sicherheitskaution von 10 000 Gulden und fünfjähriger Festungsdetention als Verdachtsstrafe verurteilt. Bei der eingelegten Berufung stellte sich heraus, daß Kunradi Militärperson war. Das Urteil wurde daher aufgehoben, die Sache zur nochmaligen Untersuchung und Aburteilung einem gemischten Gerichtshof unter Zuziehung von Militärrichtern übergeben. Am 30. Juli 1838 erging das Urteil, das auch den 1837 in Frankfurt ausgelieferten Pfretzschner mit einbegriff. Dieser wurde zu lebenslänglicher Festungshaft (I. Grades) verurteilt, die übrigen aus denselben Gründen wie im ersten Erkenntnis mit 10 000 Gulden o d e r (nicht „und“ wie früher) fünfjähriger Festungsdetention bestraft. Die wiederum eingelegte Berufung hatte am 23. Juni 1839 zur Folge, daß Pfretzschner außer Verfolgung gesetzt wurde, bei den übrigen drei wurde die Verdachtsstrafe aufgehoben. Einen ähnlichen Verlauf zeigte das Verfahren gegen Karl Moritz aus Zweibrücken. Dieser wurde wegen Hochverrats am 26. November 1836 zur Festungsstrafe II. Grades auf unbestimmte Zeit verurteilt, am 22. April 1837 wurde die Strafe auf 12 Jahre beschränkt, am 2. September 1839 ganz aufgehoben.

Waren diese Urteile im Vergleich zu den vom Berliner Kammergericht gefällten als milde zu bezeichnen, so muß man auf der anderen Seite die lange Untersuchungshaft als er-

schwerend in Betracht ziehen. Bei allen, auch bei welchen kein richterlicher Spruch erfolgte, die im Studienjahr 1833 der Zugehörigkeit zur Burschenschaft Germania überführt werden konnten, wurde nach dem Erlaß vom 15. April die Ausweisung aus den drei Landesuniversitäten ausgesprochen. Folgende einundvierzig wurden als Mitglieder der Münchner Burschenschaft im Jahre 1833 bezeichnet und von der Universität verwiesen: Dr. Seuffert, Friedrich Kester, Jul. Hasel, Max v. Wächter, von Godin, Fdr. Bender, Anton Quitzmann, Xaver Quitzmann, Karl Schneemann, W. v. Heyder, Bernhard Folger, Asmus Ludwig, Melch. Aschenbrenner, G. Th. Flierl, Ludw. Arnold, C. F. von Lerchenfeld, Josef Reuther, Paul Hutter, Karl Hertter, Ferd. Gebhard, Heinrich Faber, Fr. Schmiedigen, Franz Kreuter, Max Müller, Michael Mayer, Rob. v. Kolb, Josef Weber, C. J. Wintermeier, Karl Wiener, Frdr. Flessa, C. Bertram, Napoleon Hauner, Nikol. Henkel, Josef Schneemann, Franz Reuß, Otto v. Hartlieb, Demler, Karl Moritz und W. v. Löffelholz.

Da fast in allen deutschen Bundesstaaten gleichlautende Erlasse Anwendung fanden, war für jeden, der in seinem Sittenzeugnis einen Vermerk über Teilnahme an burschenschaftlichen Verbindungen hatte, die Fortsetzung der akademischen Studien in den meisten Fällen unmöglich gemacht und damit eine schwere Strafe auferlegt.

Die Münchner Germania scheint sich im Sommer 1833 noch erhalten zu haben, wenigstens spricht ein Erlaß vom 2. Juli 1833 davon, daß immer noch mehrere die bekannten Abzeichen der Burschenschaft, namentlich schwarze Sammt- oder Tuchröcke mit altdeutschem Schnitt, schwarz und rot verbrämte Hauben, Hauben mit der goldenen Revolutionsfarbe, auch Bänder mit den Trikoloren Deutschlands und Frankreichs tragen; unter Hinweis auf das Edikt vom 15. April 1833 wird davor gewarnt.

Inzwischen greifen die Untersuchungen immer weiter um sich; die Verhaftungen erfolgen zahlreicher. Wer noch unentdeckt war, verließ München. Seit Herbst 1833 hat die Germania zu bestehen aufgehört.

Lebenslauf.

Philipp Wehner, geboren den 12. Juli 1888 zu Werneck, besuchte das K. Luitpoldgymnasium in München und bezog im Herbst 1907 die Universität München. Neben dem medizinischen Fachstudium widmete er sich den historischen Wissenschaften. 1910 legte er das Physikum ab, 1912 das medizinische Staatsexamen; 1913 promovierte er zum Dr. med. Seit 1912 beschäftigte er sich hauptsächlich mit neuerer Geschichte.